

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

10/2014

Herausgeber: Verein zur Förderung demokratischer Publizistik (e.V.)

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe November-Dezember 2014

Redaktionsnotiz.....	3
Imperialismus und Krieg.....	4
<i>Michael Opperskalski und Aktham Suliman:</i> Interview mit "Russia Today".....	4
<i>Irene Eckert: Solidarität mit Rojavaye und Solidarität mit Assad erforderlich! Anti-Terrorkrieg nur mittels UN-Resolution 2178 Erfolg versprechend!.....</i>	7

<i>Michael Opperskalski</i> : Interview in der Sendung „Der fehlende Part“ unter dem Titel „Syrien. So lautlos ist der Krieg?“ bei „Russia Today“.....	16
<i>Karsten Schönsee</i> : Kobanê ist überall! Überall ist Widerstand!...	18
<i>Brigitte Queck</i> : Die Ukraine vom Mai bis zum Oktober 2014....	22
<i>Irene Eckert</i> : Frieden braucht Bewegung, Zuversicht und das Wissen um die wahre Geschichte!.....	37
Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas.....	44
<i>Sekretariat der Initiative Kommunistischer und Arbeiterparteien Europas</i> : Stellungnahme zum 97. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.....	44
Die Partei der Arbeit Österreichs	47
<i>Partei der Arbeit Österreichs</i> : Partei – Klassenkampf – Sozialismus.....	47
<i>Stefan Klingensberger/PdA</i> : Einige Aufgaben unserer theoretischen Arbeit.....	50
Zur Konterrevolution in der DDR 1989/90	59
<i>Gerhard Schiller</i> : Zeittafel der Konterrevolution 1989/1990.....	59
Buchbesprechungen	67
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Das Massaker von Sant‘ Anna di Stazzema. Mit den Erinnerungen von Enio Mancini.....	67
<i>Frank Flegel</i> : Ernst Wolf. Weltmacht IWF.....	71
Leserbriefe	74
<i>Ingo Wagner</i> : Keine historische Zukunft.....	74
<i>Tassilo Redlich</i> : Zum Thema machen.....	76
<i>Eberhard Kornagel</i> : Viel gelernt.....	76
<i>Werner Neubert</i> : Nichts mehr hören.....	76
<i>Zbigniew Wiktor</i> : Großes Interesse.....	77
<i>Brigitte Queck</i> : Uranwaffengegner ehrliche Makler?.....	77

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Verein zur Förderung demokratischer Publizistik e.V.

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.com

Spendenkonten:

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: Redaktionsadresse, aber Mail: freundeskreis@offen-siv.com

Redaktionsnotiz

Das Jahr 2014 war ein Jahr, in dem die Kriegsgefahr in einem bisher nicht gekannten Ausmaß gewachsen ist. Dementsprechend ist diese letzte Ausgabe der offen-siv in diesem Jahr keine angenehme Lektüre. Wir beschäftigen uns hauptsächlich mit Imperialismus und Krieg, wollen versuchen, die Hintergründe Interessen und Kräfteverhältnisse zu beleuchten.

Genauso widerlich wie die Weltsituation war das propagandistische Trommelfeuer der bürgerlichen Medien zum 25. Jahrestag des „Mauerfalls“. Sie scheinen es nötig zu haben. Wir bringen zu diesem Thema eine Chronik der Konterrevolution, beginnend mit dem Spätsommer 1989 und endend mit dem 3. Oktober 1990.

Von der Partei der Arbeit Österreichs, die ja aus der dortigen Kommunistischen Initiative hervorgegangen ist, gibt es nach dem ersten Jahr ihrer Existenz Interessantes zu berichten, wir bringen sowohl einen Jahresrückblick als auch eine perspektivische Arbeit zur Theoriearbeit.

Zwei Buchbesprechungen und einige Leserbriefe runden das Heft ab.

Wahrscheinlich habt Ihr in den beiden Heften zur Geschichte der Sowjetunion (Ausgaben 8-2014 und 9-2014) bemerkt, dass Satz und Seitenumbruch nicht sehr gelungen waren. Wir hatten Software-Probleme beim Umspeichern der fertiggestellten Hefte ins PDF-Format, der Umbruch wurde in die Länge gezogen und es kam ein veränder-

tes Heft dabei heraus. Inzwischen haben wir das Problem behoben. Wir bitten Euch für den „schrägen“ Seitenumbruch um Nachsicht, - unsere technischen Möglichkeiten sind halt genauso begrenzt wie unsere finanziellen.

Apropos Finanzen: Wir haben in diesem Jahr insgesamt 10 Hefte realisiert. Das geht an unsere Grenzen. Wenn Ihr zum Jahreswechsel mit einer Spende an uns denken könntet, würde uns das sehr helfen, denn unsere Kasse ist leer und wir bewegen uns mal wieder am finanziellen Abgrund.

Spendenkonto Offensiv:

Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv

Ausland: Konto Frank Flegel,

Internat. Kontonummer(IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

<h2>Imperialismus und Krieg</h2>

Michael Opperskalski und Aktham Suliman: Interview mit “Russia Today”

Die Rolle Katars, der BRD etc. bei der Unterstützung des Terrorismus in der Region des Nahens Ostens, insbesondere gegen Syrien und den Irak. (Abschrift des TV-Interviews: Red. offen-siv)

Moderatorin: Ein ganz wichtiger „Player“ in der Region ist Katar, dessen Rolle im Zusammenhang mit dem IS weitgehend im Dunkeln bleibt. Das kleine Öl-Emirat ist auch in Deutschland wirtschaftlich aktiv mit 23 Milliarden Euro allein im letzten Jahr mit Beteiligungen bei der Deutschen Bank, Volkswagen und dem Bauunternehmen HochTief. Vielleicht schauen wir deshalb durch eine rosarote Brille auf Katar. Diese Frage kann uns der investigative Journalist, Kenner der Region und Herausgeber des „Geheim-Magazins“ Michael Opperskalski im Interview mit Nicolaj Gericke sicherlich beantworten.

Frage an Michael Opperskalski: Schauen wir Deutschen gerade deswegen gerade gern einmal weg, wenn es um die Außenpolitik dieses Landes geht?

Michael Opperskalki: Sie haben es auf den Punkt gebracht. Man kann sagen: Katar ist ein strategischer Wirtschaftspartner der BRD und von daher sprechen Sie eine „sehr heiße Suppe“ an. Eine „heiße Suppe“ deswegen, weil Katar involviert ist auf den verschiedensten Ebenen in der arabischen Region, zum Teil in Konkurrenz mit Saudi-Arabien und anderen, und das in Kriege, in Destabilisierung, in Rüstungslieferungen, in Geheimdienstoperationen und letztendlich in Terror und Massenmord, siehe Syrien, siehe Irak. Die deutsche Regierung schweigt, man will diesen Handelspartner offensichtlich nicht verärgern, und das nimmt dieser Handelspartner natürlich zum Anlass, immer weiter „drauf zu satteln“, um die strategischen Ziele, die er hat und die in Verbindung stehen mit den strategischen Zielen des Westens, weiter durchzusetzen.

Frage an Michael Opperskalki: Gibt es da noch andere Dinge, z.B. Verflechtungen zwischen Deutschland, der ISIS und Katar?

Michael Opperskalki: Da kann ich Ihnen einiges nennen – auf verschiedenen Ebenen. Zu den Wirtschaftsgeschäften gehören ja auch florierende Rüstungsgeschäfte nach Katar. Natürlich sind die „End-User certificated“, d.h. die offiziellen Besteller sind das Verteidigungsministerium Katars zum Beispiel oder andere offizielle Institutionen, und dahin wird das Zeug auch geliefert, das tödliche Zeug, und dann geht ein Teil davon, nicht alles, aber ein Teil davon, an die so genannte „Syrische Opposition“, das sind Terroristen, ob sie sich „ISIS“ nennen oder „Daesh“ oder „Islamische Front“ oder „al-Nusra“ und so weiter, - und inzwischen sind auch solche Waffen gefunden worden, z.B. im Irak. Aber der Irak hat wiederum Schwierigkeiten damit, das zu problematisieren, obwohl er die Beweise in der Hand hat, weil er Deutschland und die deutsche Außenpolitik nicht antagonisieren möchte. Und auch diese Verhältnisse nutzt Katar aus.

Frage an Michael Opperskalki: Aber warum ist das denn kein Skandal geworden in Deutschland, warum schweigen alle darüber?

Michael Opperskalki: Das ist eine sehr gute Frage. Zwar ist manches bekannt, nicht alles, aber vieles. Bestimmte Meldungen werden aber schlicht und einfach unterdrückt, weil sie nicht ins herrschende Bild passen. Ins herrschende Bild passt, dass es in Syrien angeblich einen Volksaufstand gegen Baschar al-Assad, einen demokratisch legitimierten und gewählten Präsidenten, gibt, dass dort angeblich Oppositionelle darben und unterdrückt werden und dass Katar diese Oppositionellen großzügig unterstützt. Die Tatsache, dass diese so genannten Oppositionellen Terroristen sind, passt nicht ins Bild, genauso wie die Wahrheit über das, was in der Ukraine passiert, nämlich ein Aufmarschgebiet und Provokationsort des Westens gegen Russland zu sein, genauso wie es nicht ins Bild passt, was anderweitig in der Welt passiert und welche Rolle deutsche Geheimdienste und auch deutsche Rüstungsfirmen und Rüs-

tungslobbyisten spielen bei der Destabilisierung verschiedenster Regionen. Das darf nicht bekannt werden. Und weil das nicht bekannt werden darf, wird darüber nicht berichtet, obwohl ausreichend Informationen darüber vorliegen.

Frage an Aktham Suliman: Es liegen Informationen vor, und deshalb habe ich meinen Gast hier, Herrn Aktham Suliman, ehemaliger Deutschlandkorrespondent von Al Jazeera und Kenner der Region, unabhängiger Journalist.

Herr Suliman, es wäre doch ein Skandal, wenn Deutschland da irgendwie involviert wäre in dieses Zusammenspiel von Katar und IS.

Aktham Suliman: Sie sagen es: es „wäre“. Warum sage ich: „wäre“? Weil so ein Skandal nicht öffentlich werden soll, er wird niemals so stattfinden, wie man sich das theoretisch vorstellen mag. Sicherlich hat Deutschland Super-Beziehungen zu Katar, zu dem Staat, dem Emirat Katar. Katar hat unterschwellig, indirekt Super-Beziehungen zu vielen Organisationen im Nahen Osten, wie mein Vorredner bereits dargestellt hat, die sich irgendwann dem IS (oder ISIS) oder anderen Organisationen angeschlossen haben oder anschließen.

Das heißt aber: juristisch würde das nie nachweisbar werden. Aber vom Sinn her, politisch, wie es funktioniert, gibt es Beziehungen, finanzielle und waffentechnische Beziehungen zwischen den Golfstaaten, allen voran Katar, und diesen Organisationen, und natürlich sind sich die westlichen Länder im Klaren darüber, dass das stattfindet und natürlich drücken sie da gern ein Auge zu – und dazu gehört auch Deutschland, aber Deutschland ist da kein Hauptspieler.

Frage an Aktham Suliman: Trotzdem: Frau Merkel drückt da definitiv ein Auge zu, und das auch bei ihrem Katar-Besuch vor einigen Wochen. Auf die Frage, warum wir die Beziehungen Katars zur IS und die finanzielle Unterstützung nicht näher hinterfragen gab sie folgende Antwort.

Eingespielt wird Angela Merkel, Tagesschau: „Ich habe auch alle Fragen gestellt, die hier bei uns diskutiert werden und habe jetzt keinen Grund, den Aussagen des Emirs nicht zu glauben.“¹

Frage an Aktham Suliman: Relativ unkritisch...

Aktham Suliman: In der diplomatischen Sprache heißt das zweierlei: Bitte nicht mehr näher darauf eingehen, auf der anderen Seite, ganz übersehen wollen wir das nicht. Und so balanciert man in Deutschland auf einem Feld, was wirklich sehr interessant ist, denn das, was Katar macht, macht Katar nicht eigenwillig, das, was übrigens die

¹ Pressekonferenz 17.09.2014 in Berlin gemeinsam mit dem Emir von Katar, Scheich Al-Thani

Türkei macht im Augenblick, macht die Türkei nicht eigenwillig, gerade die Türkei ist ja ein Partner in dieser NATO-Allianz, d.h. man weiß, das ist ein Partner, mit dem arbeiten wir zusammen, und es gibt Punkte, wo man nicht unbedingt übereinstimmt oder Punkte, wo der eine oder andere eine andere Rolle hat. Katar und die Türkei sind eine Front, sind als eine Front zu sehen im Nahen Osten, anders als Saudi-Arabien oder Ägypten zum Beispiel oder einige andere Länder, und sie machen bestimmte Aktivitäten im Zusammenhang mit Organisationen und Gruppen, die sie „Freiheitskämpfer“ nennen, die aber von anderen zumindest als terroristisch definiert werden. Aber diese Gruppen bekommen Geld, sie bekommen Waffen, aber nicht bitteschön per Lieferschein, nicht per Überweisungsauftrag, d.h. man kann es nicht nachweisen. Aber man weiß, wie mein Vorredner dargestellt hat, dass bestimmte Waffen über diese oder jene Wege ankommen, über Mittelsländer wie z.B. auch Kroatien vor kurzem im Fall Syrien. Man hat nach Kroatien Waffen verkauft, und die tauchen auf einmal irgendwo auf, mal in Libyen, mal in Syrien. Es gibt also eine Unterwelt, eine unsichtbare Welt, wo man sich alles erlauben kann, ohne sich erkennbar zu machen. Sie würden niemals den Botschafter Katars oder den amerikanischen oder sonstigen Botschafter erwischen bei so einer Sache.

Russia today, 14.11.14

Irene Eckert: Solidarität mit Rojavaye und Solidarität mit Assad erforderlich! Anti-Terrorkrieg nur mittels UN-Resolution 2178 Erfolg versprechend!

Die UN-Resolution 2178 vom 24. September 2014 ernst nehmen: Iran, Irak und Syrien einbeziehen, nicht Katar und Konsorten

Zur Rolle von Religion und Ideologie angesichts des Terrors des US-Imperiums

Seit Ende September setzen die Amerikaner auch im Norden Syriens Bomben ein, angeblich um den „Islamischen Staat“s - Terror der ISIL oder IS dort zu bekämpfen und die Kurden in Rojava vor dessen furchterregenden Übergriffen zu schützen. Ihre vorgeblichen Anti-Terror-Maßnahmen *müssten* als Umsetzung der einmütigen UN-Sicherheitsrats-Resolution vom 24. September S/RES/2178 (2014) begrüßt werden, wenn sie a) in Absprache mit dem syrischen Staat erfolgt wären und b) die Menschen gerade jetzt im hart umkämpften, strategisch äußerst bedeutsamen Kanton AYN AL ARAB (Kobane) zu schützen vermöchten. Keines von beidem ist aber offenkundig der Fall.

Vielmehr setzt der NATO-Verbündete Türkei seine seit langem sattsam bekannte Förderung der IS-Banden fort. Dem von der UNO eingeforderten Antiterrorkampf will Erdogan sich nur anschließen, wenn das Ziel in absolut völkerrechtswidriger Manier die Beseitigung des syrischen Staatschefs Assad heißt. Ein autonomes, räte-demokratisch verwaltetes Kurdenterritorium an seiner Grenze ist offenkundig nicht nach seinem oder seiner Verbündeten Geschmack.

Die US-Angriffe auf syrisches Hoheitsgebiet sind ohne UN-Mandat ebenso als ebenso völkerrechtswidrig einzustufen und zu verurteilen wie das Verhalten des NATO-Mitgliedes Türkei. Die US-Bomben zielen auf die Infrastruktur der souveränen arabischen Nation und auf die Einkunftsquellen der Autonomieregion. Es ist zu befürchten, dass sie nach dem anti-libyschem Drehbuch den Weg für das Phantomgebilde „Islamischer Staat“ (IS) eher frei bomben als ihn versperren sollen. Das vorgebliche Ziel der Zerstörung des einen islamistischen Terrorhaufens dient demnach nur als kaum noch wirksamer Nebelwerfer. Ablenken soll das angekündigte Vorgehen gegen den IS-Terror davon, dass mit Bahsar al Assad wieder einmal und noch immer ein unliebsames Regime und sein zu Hause populärer Staatschef beseitigt werden soll.

Anti-Terrorkampf nur auf Basis der UN-Sicherheitsresolution Erfolg versprechend

Der Anti-Terrorkampf muss mittels der in der UN-Sicherheitsresolution vorgegebenen Möglichkeiten und Methoden erfolgen. Die Zusammenarbeit mit den Staaten und Ethnien, die über jahrelange Erfahrung im Widerstand gegen den islamofaschistischen Bandenterror verfügen, ist ein Schlüsselfaktor. Wer ihn nicht beachtet, ist nicht glaubwürdig und begibt sich der wichtigsten Möglichkeiten. Das Lügenmärchen, nach dem unsere „besten Freunde“ sich auf diese Weise einer tödliche Bedrohung gegen ihr Mutterland erwehren müssen, erweist sich als fadenscheinig. Die Rechtsansprüche, auf die sie sich berufen, sind unglaubwürdig und halten der Prüfung nicht stand, solange der Iran, Russland, Syrien und seine Kurden der Antiterrorkoalition ferngehalten und bekämpft werden. Solange das in der UN-Charta verbrieftes Völkerrecht missachtet oder für imperialistische Ziele verbogen wird, solange bleibt der Anti-Terrorkampf eine zynische Farce.

Fragwürdige Verbündete behindern erfolgreiche Anti-Terrorstrategie

Während einmütig alle Nationen der UN-Entscheidung S/RES/2178 (2014) ihre Zustimmung erteilt haben und damit dem Terror Schach zu bieten gelobten, haben sich nur vierzig „tapfere“ Raubgesellen der fragwürdigsten Sorte der Obama-Regierung in ihrem neuerlichen Anti-Terror-Kreuzzug angeschlossen, alles abhängige Vasallen. Unter diesen Komplizen sind die reaktionären Golfmonarchien. Nicht nur ihre Frauen verbergen diese Völker- und Menschenrecht missachtenden Regime hin-

term Schleier, auch die Freiheiten ihrer übrigen Bürger werden beschnitten. Die Opern-Scheichs regieren mit harter Hand, von Demokratie keine Spur. Darüber hinaus finanzieren und exportieren sie seit Jahrzehnten den islamo-faschistischen Terror mit ihren Petro-Dollars. Solcher Art sind die „Verbündeten“ der abendländischen Führungsnation, einer Nation, die es nach all den von ihr geführten Kriegen noch wagt, mit Konzepten wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechtsschutz für immer weitere Kriege zu werben.

Diese vorgeblichen Freiheits- und Menschenrechtsfanatiker haben die Scheichtümer am Golf dazu angestiftet, ihre Gefängnisse und Zuchthäuser zu öffnen. Die Familien der entlassenen Schwerverbrecher werden sogar noch entschädigt dafür, dass ihre Sprösslinge seit 2011 das Mordhandwerk nach Syrien trugen und dafür, dass sie gewaltbereite und gewissenlose Spießgesellen weltweit im Tötungshandwerk schulen. Die Scheichs und ihre Hintermänner handeln gemäß einer mittelalterlich anmutenden Leitideologie, dem *Wahabismus*, einer kolonialen Abart des Islam. Ein fratzenhaft verzerrter Islam findet so seine gotteslästerliche Anwendung in Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Indienstnahme von Religion und Pervertierung ihres Gerechtigkeitsideals zeitigt katastrophale Folgen

Ein derart gemeingefährliches Vorgehen, wie es die ISIS und ihre Brüder an den Tag legen, ist auch aus atheistischer Sicht mit dem Attribut „gotteslästerlich“ zu charakterisieren, weil es jeglicher Moral oder Ethik Hohn spricht und weil es höchste Autoritäten in den Schmutz tritt, die von Milliarden Menschen für heilig erachtet werden. Solches Tun, das in überheblicher Manier davon ausgeht, niemandem mehr Rechenschaft schuldig zu sein, hat schwerwiegende Folgen für die ganze Menschheit. Es ist ebenso frevelhaft und brutal wie dasjenige der Kreuzzügler im Mittelalter zur ‘Befreiung des Grabmals Christi’ in Jerusalem oder jenes der darauf folgenden ‘Heiden’-Bekehrung im Zeichen Christi in der ‘Neuen Welt’.

Die heutigen Islamo-Faschisten und ihre Einflüsterer kennen genau wie jene Pseudo-Christen der mittelalterlichen Kreuzzugs-Ära keinerlei Respekt vor fremder Kultur und Tradition. Sie kennen nur das Dogma der harten Münze, für die sie morden und brandschatzen. Die aufgeblasenen Berichte über die angeblich sprudelnden Geldquellen des IS aus geraubten syrischen Ö raffinerien sollen den Staatscharakter des Banditen-Gebildes untermauern helfen, den Bombeneinsatz gegen sie rechtfertigen und vor allem von den wahren Finanziers der Meisterschüler des Mordhandwerks ablenken.

Mietlinge der Mordgesellen sind all jene zu nennen, die dem Imperium in seinem menschenverachtenden Unrecht tun beistehen und ihm gar noch ideologisch den Steigbügel halten. Nicht Bomben werden gebraucht, um diesen Brandschatzern das

Handwerk zu legen, sondern Argumente. Vor allem aber muss man ihnen den Geldhahn zudrehen, ihren Waffenzufluss unterbinden, ihr reibungsloses Grenzgängertum verunmöglichen und damit aufhören, das eigentliche Ziel, den Sturz des mit großer Mehrheit wiedergewählten syrischen Präsidenten Bashar al Assads nämlich, zu rechtfertigen oder gar zu unterstützen. Solches Unterfangen als völkerrechtswidrig zu brandmarken, ist schon deshalb geboten, weil selbst "linke" Organe wie die Tageszeitung "Junge Welt", immer wieder dem Irrtum aufsitzen, eine solche Forderung sei legitim, sie bedürfe nur der richtigen Leute und Mittel dafür.

Es ist also an der Zeit, dass die Schöpfer der Horrorgestalten vom Zuschnitt IS an den Pranger gestellt werden. Aber auch jene sind zu kritisieren, die in Verurteilung des kriegerischen Terrors inkonsequent sind.

Die Völker sehnen sich nach klarer Orientierung, die dazu führen wird, dass Kreaturen vom Zuschnitt der IS das finstere Handwerk gelegt wird. Die für deren Verbrechen verantwortlichen Politiker aber müssen nach Den Haag beordert werden und dort über ihre den Massenmord fördernden Tätigkeiten Rechenschaft ablegen. Es ist überfällig solches zu fordern, denn deren heuchlerisches Getue um Menschenrecht, Demokratie und „Schutzverantwortung“ hat sich in den Augen der Weltöffentlichkeit erschöpft.

Menschenrecht und Demokratie gegen dessen Usurpatoren verteidigen

Das Ursprungsland der Demokratie und der Menschenrechte, die Vereinigten Staaten von Amerika, stehen heute nackt und bluttriefend da vor aller Welt. Sicht- und erkennbar sind nun die Untaten der einst so neu erscheinenden US-amerikanischen Welt. Das darf nicht länger folgenlos bleiben. Die Menschheit erwartet durchaus, dass Verbrechen gesühnt werden, ungeachtet dessen, wer sie begeht. Niemand kann gegenüber dem Völkerrecht einen Ausnahmezustand oder Sonderrechte geltend machen und stattdessen mit dem Finger auf andere zeigen.

Friedenskräfte, die ernst genommen werden wollen von ihren Mitmenschen, müssen das frevelhafte Tun des US-Imperialismus ins Visier nehmen und ihn deutlich anprangern. Sie müssen vor allem fordern, dass Schluss mit der Unterstützung seiner Kriege und dessen Finanzierung des weltweiten Terrors gemacht wird, der wiederum als Rechtfertigung für neue Kriege erhalten muss. Ein neuer, rechtsstaatlicher Wind muss angefacht werden, der zu Sturm wird und der die Kriegstreiber am Ende hinwegbläst.

Die Förderer der Monster-Golems gehören an den Pranger

Auch die „Verbündeten“ NATO-Brüder, ihre Waffenzuträger und Wahrheitsverdrehher müssen wegen der abgrundtiefen Rechtswidrigkeit ihres Tuns angeklagt und ver-

urteilt werden. Schließlich waren sie es, die Pate gestanden haben bei der Gründung und Förderung solcher Frankensteins vom Schlage Mujahedin, Taliban, UCK, Al Nusra, Boko Haram und vieler, vieler anderer Teufelskinder ähnlichen Zuschnitts. Nicht nur das. Sie begleiten das unheilvolle Werden und Wirken ihrer Golems weiterhin aktiv und mit Wohlwollen. Erfolgt doch deren Mission auch in ihrem menschenfeindlichen Sinne und Interesse und lautet: Aufräumen mit jeder Form von Widerstand und mit jeglicher Gerechtigkeitsphilosophie!

So unwahrscheinlich es für manch heutigen Menschen klingen mag, der menschenfreundliche Islam war nach dem vorläufigen Ende des Sozialismus das letzte zu erbringende Opfer auf dem Altar des Imperiums. Nach dem schmachlich dahin Gemordeten blieb die Weltanschauung der Muslime die letzte noch auf fast allen Kontinenten lebendige Gerechtigkeitslehre.

Den islamo-faschistischen Monsterbabies von obiger Prägung dagegen ist es zu verdanken, dass der einst heilige Name des Islam (Shalom/Frieden) nicht nur in den Schmutz gezogen, sondern nachhaltig ruiniert wurde. Man erinnere sich an die Symbolhaftigkeit der überheblichen, frevelhaften Gesten. Im US-KZ Guantanamo wurden nach dem selbstinszenierten 11. September öffentlichkeitswirksam Koran-Exemplare in Abtritte geworfen! Wer immer heute Islam hört, denkt an Mord und Totschlag, denkt an Terror und Krieg. Ähnliches war der monströsen NATO-Liaison, ihren Ideologen und Sinn-Verdrehern in jahrzehntelanger Wühlarbeit mit dem Sozialismus gelungen. Seine besten und in aller Welt beliebten Führungspersönlichkeiten waren nachhaltig verunglimpft und entsorgt worden. Das Antlitz der Menschenhoffnung wurde auf diese Weise vollkommen ins Fratzenhafte entstellt.

Verteidigen wir die Religion gegen die Religion

Dem alttestamentarischen Judentum war es ähnlich ergangen. Es ist schon lange bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Und doch hatten seine in der Gerechtigkeit wurzelnden Ideale einst maßgeblich zur Geburt einer sozialistischen Ideenwelt beigetragen. Auch deswegen mussten dessen humanistische Ideale geschliffen werden. Die Nazi-Ideologen, Geschöpfe der selben noch immer nach Weltherrschaft gierenden Eltern, wussten wohl, warum sie beide Lehren in einem Atemzug verteufelten. Der Schlachtruf vom „jüdischen Bolschewismus“ war gleichzeitig Auftakt zu völkermörderischem Handeln. Er zielte aber nicht nur auf Menschen, sondern, noch folgenreicher, auf gleich zwei bedeutsame Gerechtigkeitslehren.

Die meisten übrig gebliebenen Juden gingen fataler Weise bei den Zionisten, den Erben der Nazis, in die Lehre und trugen so das Böse weiter in die Welt hinaus. Aber nicht nur unter den Juden, auch unter den Sozialisten war ein derartiger Geist der Zersetzung schließlich erfolgreich eingesetzt worden.

Das Christentum, ebenfalls im Kern eine Gerechtigkeitslehre, wie ursprünglich alle Welt-Religionen, Pate sozialer und humaner Menschheitsvisionen, war ja längst pervertiert und diskreditiert, nachdem seine Kirchenfürsten Frieden mit jedweder Macht geschlossen hatten.

Selbst der friedfertige Buddhismus war seit den 50iger Jahren des vorigen Jahrhunderts vereinnahmt, ja geradezu in Geiselschaft genommen worden in der Person des Dalai Lama. Im braunen Gewande etwa des vietnamesischen Mönches Thich Nhat Hanh treibt der für fremde Zwecke instrumentalisierte Sinn des Buddha im französischen Plum Village sein Unwesen.

Alle kritischen, nach Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, ja nach purer Menschlichkeit strebenden Lehren wurden also usurpiert, damit sie dem Imperium nicht zur Gefahr werden könnten. *Dafür* musste alle käufliche Weisheit der Welt herhalten, um alle Philosophie und alle Theologie in ihr obszönes Gegenteil zu verkehren. Man erinnere sich etwa an die *“Satanischen Verse”* des sprachgewaltigen indischen Autors Salman Rushdie.

Am schlimmsten traf die Sinn-Verkehrung jüngst die Muslime. Vor ihnen waren es die leidgeprüften Juden und die Völker des fortschrittlichen Russlands gewesen, dann die Koreaner, die Vietnamesen und Kambodschaner, meist Anhänger eines noch überwiegend friedlichen Buddhismus. Ihr Widerstand brach am Ende ein und sie erlagen in Massen dem Ungeist des US-Imperiums. Dessen Dienste standen wie stets bereit, um seine eigenen Monsterbabies schließlich mit den Insignien fremder Religionen oder der daraus resultierenden Ideologien auszustaffieren und so die Menschheit auf perfideste Weise zu täuschen.

Zentriert in der arabischen Welt, wenn auch über den ganzen Erdball verteilt, sah das Imperium seit 1989, nach erfolgreicher Zertrümmerung der sozialistischen Weltgemeinschaft, im Islam die letzte Bastion, die geschliffen werden musste.

Zwar haben fast alle Segnungen unserer modernen Zivilisation im Orient ihren Ursprung, wo zuletzt der Islam starke Wurzeln geschlagen hatte, aber ‘was tut’s der Muslim wird verbrannt’ und zwar gerade deswegen!

Aus der Sicht jener Kräfte, die nach Weltherrschaft streben und alle Ressourcen der Erde als ihnen gehörig betrachten, inklusive der dort hausenden Seelen, bildet die eigentliche muslimische Umma einen erheblichen Störfaktor. Nicht nur wegen ihrem tief empfundenen Gerechtigkeitsinn, wegen ihrer Offenherzigkeit und Freundlichkeit. Überall wo Muslime siedeln, befinden sich die edelsten Rohstoffe des Industriezeitalters: Öl, Gas, Uran und nicht zu vergessen Wasser.

Schon früh im 19. Jahrhundert hatten die Briten die muselmanische ‘Gefahr’ für sich erkannt. Auf der arabischen Halbinsel schufen sie daher die Mikro-Staatengebilde der Golfmonarchien. Mit Hilfe einer ultra-reaktionären, sinnentstellenden Abart des Islam, der Pseudo-Lehre vom *Wahabismus*, entstand so, künstlich auf den Plan gerufen, eine langsam wirkende Gegenkraft, die die relative Einheit der islamischen Welt sprengen sollte.

Israels Rolle als Pfahl im Fleische der arabischen Welt durchschauen

Mit der Gründung des Staates Israel, einer europäisch-abendländischen Bastion im Fleische der arabisch-stämmigen Siedlergemeinschaft Palästinas, wurde ein weiterer Spaltpilz gezeugt. Zwar musste die britische Weltmacht nach 1945 den Stab an ihre US-Nachfolger abgeben, aber der Grundstein war gelegt durch Theodor Herzl, die Balfour-Erklärung und den Völkermord an den europäischen Juden. Das entsetzliche Verbrechen Nazi-Deutschlands, dem die westliche Wertegemeinschaft jahrelang tatenlos zugesehen hatte, kam dem Globalherrschaftsanspruch des US-Imperiums und seiner Vasallen schließlich in mehrfacher Hinsicht zu pass.

Die Auswanderung nach Palästina wurde nämlich durch den NS-Völkermord maßgeblich begünstigt, ja erst in belangvollem Umfang erwirkt. Mit der Staatsgründung schuf man 1948 ein monströses Staatsgebilde, das auf Unrecht gründend, täglich neues Unrecht gebar. Allerdings war den Überlebenden der Vernichtungslager ewige Straffreiheit zugebilligt. Wer auch immer es wagen sollte, fürderhin dennoch seine Stimme kritisch geltend zu machen, wurde mit dem Stigma „Antisemit“ gebrandmarkt.

Der Mini-Staat in Nahost von der Größe der Schweiz, mit dem Status der ewigen Opferrolle ausgezeichnet, erfüllt für das Imperium viele Missionen gleichzeitig: Pfahl im Fleische der arabischen Welt, bester Abnehmer der modernsten Rüstungs‘güter’, allzeit bereit, diese an seinen Nachbarn zu erproben. Hinzukommen: Die Entwicklung modernster Sicherheitstechnologie, Hüterschaft des Öls und der Gasvorkommen vor der Küste GAZAs, Zuchtstelle für fromme Fundamentalisten, Zeuge für erfolgte Wiedergutmachung und damit ewiger Entschuldung und vor allem zuverlässiger Verbündeter im kriegerischen und subversiven Vorgehen gegen unliebsame, weil unbotmäßige Regime wie Iran und Syrien.

Allerdings verdeutlicht das Beispiel des „Judenstaates“ Israel, eines Hortes des Terrors und der Kriegspolitik, auch die Fragilität eines auf Gewaltherrschaft basierenden Kunstprodukts. Nicht nur ist Israels Glaubwürdigkeit vor der Welt mit dem Bombenterror gegenüber GAZA vom Sommer 2014 endgültig erschöpft. Die inneren Widersprüche werden die Nation am Ende zerbrechen. Die laut Eigenbezeichnung „einzige Demokratie im Nahen Osten“ ist nicht nur genau so dünnhäutig und überheblich wie

ihre 'Leadnation', die selbsternannte Führungsmacht USA. Ihre "Kreatur" Israel ist genauso repressiv nach innen und kriegerisch nach außen wie ihre Schöpfer es ihnen gebieten. Demokratie gilt im hebräischen Staat, genau wie in den USA, nicht für alle Bürger. Es gibt hier wie dort Landeskinder, die die Polizei straflos abschießen darf.

Die fortgesetzte und mörderische Unterdrückung der Palästinenser, denen man Hab und Gut weg nahm, um sie am Ende als Täuflinge des Terrors dastehen zu lassen, wendet sich langsam aber stetig gegen die Staatslenker. Ebenso wie seine große Stütze, die NATO-Bruderschaft, steht das Land bloß und bluttriefend vor der Weltgemeinschaft. Das Mitleid, das es lange Zeit genoss, ist für immer verspielt. Die fundamentalistisch-zionistisch-jüdische Ideologie, Hauptsäule des Staates Israel, verweist zurück ins Mittelalter und zeigt große Ähnlichkeit mit den ansonsten manchmal verhassten Brüdern in den Golfmonarchien, mit denen man sich neuerdings bestens versteht. Die Orthodoxen im Herzen Jerusalems unterdrücken ihre Frauen genauso wie die Wahabiten dies tun. Sie fordern häusliche Beschränkung, Arbeitsamkeit, Gebärfreudigkeit und Verhüllung weiblicher Attribute. Die Perücke ersetzt das Kopftuch und wollene Strümpfe und Röcke bis übers Knie den Schleier. Während es deren Männern freisteht, müßig oder den Tag über in die "Schul" zu gehen und die Thora zu studieren, obliegen sämtliche anfallenden Arbeiten den Frauen. Orthodoxe Männer und Frauen genießen allerdings gegenüber den übrigen Bürgern Privilegien, so etwa die Freistellung vom Wehrdienst. Die überwältigende Mehrheit der jungen Israelinnen hält sich begrifflicher Weise so wenig an solche Kleidervorschriften wie die Töchter der Scheichs in Saudi Arabien dies tun. Zur Bestrafung könnte man fast sagen, müssen sie ihre jugendliche Unschuld auf dem Altar der Armee opfern. Das schafft böses Blut innerhalb der Nation.

Der Wohnungsnot im Lande Israel und anderer sozialen Probleme versucht man durch fortwährenden Siedlungsbau auf geraubtem Gebiet beizukommen, was wiederum neue Sicherheitsmaßnahmen auf den Plan ruft. Die Jugend wird vom Armeedienst traumatisiert und verhetzt. Aber die widerständigen Stimmen mehren sich mit Zunahme der Zumutungen, die auch vor jüdisch-israelischen Bürgern nicht Halt machen. Die Kriegspolitik nach außen, schafft soziale Probleme nach innen. Vor allem aber wird die Substanz des Judenstaates durch die Unglaubwürdigkeit und Brüchigkeit seiner Ideologie angegriffen. Diese Ideologie ruht auf Selbstlob und Selbstüberhebung. Der Singularitätscharakter des Staates Israel wird von seinen Machthabern in ganz ähnlicher Weise beschworen, wie es der Friedensnobelpreistragende Präsident der Vereinigten Staaten nicht müde wird von seinem Land hervorzukehren. Der Sicherheitswahn wirkt im Inneren beider Staaten verhängnisvoll und zehrt im Übrigen das Volkseinkommen auf.

Es gibt Wege aus der Gefahr, wir müssen sie nur sehen und gehen

Erkennen wir also die Brüchigkeit und Schwäche jener Nationen, die mit überheblicher Arroganz die Weltgemeinschaft mit Krieg bedrohen und damit von ihren wachsenden inneren Widersprüchen ablenken wollen.

Schauen wir auf die Hohlheit ihrer Ansprüche und nutzen wir die Widersprüche zwischen ihren Worten und Taten einerseits und ihrem realen ökonomischen Niedergang und dem völligen Bankrott ihrer Ideologie.

Vertreten wir demgegenüber die Sache von Recht und Gerechtigkeit.

Stützen wir uns auf Geist und Buchstaben des in der UN-Charta und den nachfolgenden Konventionen verbrieften Völkerrechts.

Stellen wir uns auf die Seite der Ethik, den basalen Kern aller Weltreligionen.

Fordern wir die Verurteilung des völkerrechtswidrigen Vorgehens der USA und ihrer gedungenen Verbündeten und verweisen wir auf den Widerspruch zwischen ihren Worten und Taten!

Fordern wir die sinngemäße Einhaltung *aller* UN-Resolutionen.

Erinnern wir große und kleine Nationen an ihre Pflicht zur Wahrung des Völkerrechts.

Fordern wir von der Türkei ihre Unterstützung der IS-Terror-Islamisten einzustellen und stattdessen, den Kurden in Kobane/Ayn al Arab Beistand zu leisten. Sollte auch dies unterbleiben, sind wir genötigt zu fordern:

Erdogan, Netanjahu und Obama nach den Haag wegen der aktiven Unterstützung von Terror und fortgesetzter Missachtung des Völkerrechts!

Fordern wir von unserer Regierung den Rückzug der Patriot-Raketen samt Begleitpersonal und Ausrüstung sowie den Verzicht auf weitere bewaffnete Einmischung in fremde Händel!

<http://pwlasowa.blogspot.de/2014/10/kampfe-gegen-den-is-um-ain-al-arab.html>

Geschrieben am 11.10.2014, nachkorrigiert am 24.10, Irene Eckert

Michael Opperskalski: Interview in der Sendung „Der fehlende Part“ unter dem Titel „Syrien. So lautlos ist der Krieg?“ bei „Russia Today“²

Moderatorin: Der IS kann allem Anschein nach nicht besiegt werden. Außerdem will man ja auch noch irgendwie Assad loswerden. Deshalb hat Obama eine Neueinschätzung der Lage bei der Sicherheitsversammlung angefordert, nachdem die USA zu dem Schluss kamen, dass der IS parallel zur Regierung Assad der eigentliche Herrscher im Lande ist.

Eingespielt wird aus einer Pressekonferenz mit der Sprecherin des Außenministeriums der USA folgende Sequenz:

Frage von Gayane Chichakyan (Journalistin von RT International): In welcher Weise würde die Entfernung Assads beim Kampf gegen den IS helfen?

Antwort der Sprecherin des US-Außenministeriums: Ich denke, das ist eine interessante Frage. Wir glauben weiterhin, dass Assad der Magnet für Terrorismus in Syrien ist. Ein politischer Wandel würde in der Region offensichtlich zu einer größeren Stabilität beitragen.

Moderatorin: Ob das nun eine neue alte Strategie ist, das würde ich gern mit meinem Gast besprechen, Michael Opperskalski, Herausgeber des Geheim-Magazins und Kenner der Region. Assad wollte man schon damals loswerden, nun kam der IS dazwischen, nun muss man sie irgendwie verbinden, die zwei Anliegen.

Michael Opperskalski: So neu ist die Sache gar nicht, wenn man mal richtig durchblickt und die Sache auf den Tisch legt. O.k., das Problem ist natürlich, dass um Syrien herum, um die Problematik Syrien herum es unheimlich viel Propaganda und Desinformation gibt. Vieles stimmt nicht, was wir lesen müssen in den Zeitungen oder sehen müssen in den Nachrichten.

Tatsache ist: seit 20-11 wird versucht, die syrische Regierung zu stürzen mit unterschiedlichen Mitteln – die will ich jetzt nicht im Einzelnen aufzählen – und Tatsache ist auch: diese Mittel haben versagt, und deswegen wurde IS aufgerüstet, d.h. es wurden immer radikalere Gruppen in Stellung gebracht. Tatsache ist aber noch immer: die syrische Regierung ist nicht gestürzt worden. Und Tatsache ist auch, das ist eine Nachricht von gestern, dass Aleppo befreit wurde – die Anzeichen deuten darauf hin,

² Abschrift des TV-Interviews: Red. offen-siv

und die so genannte „Freie Syrische Armee“, diese Terroristen haben sich zurückgezogen, womit wieder neue Waffen in die Hände des IS gefallen sind.

Tatsache ist auch, dass der Krieg gegen Syrien so lange fortgesetzt werden wird, wie bestimmte regionale „Spieler“ wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar Geld, Waffen und jegliche logistische Unterstützung den so genannten Oppositionskräften, den bewaffneten Oppositionskräften in Syrien zukommen lassen.

Und Tatsache ist auch: es müssen Verhandlungen stattfinden. Die syrische Regierung ist bereit dazu.

Moderatorin: Aber man möchte nicht mit der syrischen Regierung verhandeln. Das hat die US-Regierung klar und deutlich gesagt, dass nicht mit Assad zusammen gegen den IS gekämpft wird.

Michael Opperskalski: Das ist bekannt, das ist seit Jahren bekannt, seitdem der Sturz dieser Regierung das Ziel der USA ist. Tatsache ist aber auch: Assad ist ein Faktor. Das ist eine demokratisch gewählte Regierung. Es sind Veränderungen in der Verfassung demokratisch unterstützt worden. Und Tatsache ist auch: so eine internationale Kampagne wie jetzt gegen Syrien könnte man als davon betroffene Regierung nicht durchhalten, wenn man nicht einen Großteil, nicht alle, aber einen Großteil der Bevölkerung auf seiner Seite hat. Ergo ist das ein Fakt. Und irgendwann müssen selbst die USA und andere Kräfte einsehen, dass man mit diesem Fakt realistisch umgehen muss.

Moderatorin: Die syrische Regierung hat auch gewisse Zweifel, wie sie der syrische Außenminister äußert.

Eingespielt wird ein Statement des syrischen Außenministers Walid al-Muallim: Ich möchte sagen, dass wir Zweifel haben, keine Ängste, aber Zweifel bezüglich der Aufrichtigkeit der Amerikaner, Israels, der Türkei, Saudi-Arabiens, die eine Koalition gebildet haben. Und diese Zweifel sind berechtigt, denn wenn es das Ziel wäre, gegen den IS vorzugehen, hätte niemand etwas dagegen. Wenn die Ziele aber völlig andere sind, dann werden wir das selbstverständlich nicht hinnehmen und auch die Internationale Gemeinschaft sollte dagegen sein.

Moderatorin: Diese Zweifel sind durchaus berechtigt.

Michael Opperskalki: Das sind Fakten. Das sind nicht nur Zweifel, das sind Fakten. Und die syrische Regierung zweifelt verständlicher Weise, denn sie ist Opfer seit Jahren nun einer internationalen Kampagne der Zerstörung, der Barbarei, der Köpfung, - aller Möglichkeiten, die man sich vorstellen kann und die nur zum Teil in den Medien hier vorkommen, Stichwort Desinformation, - aber das Statement des syri-

schen Außenministers sagt auch, dass die syrische Regierung im Prinzip bereit ist, zu sprechen, zu verhandeln und diplomatische Lösungen zu finden.

Moderatorin: Vielen Dank Herr Opperskalki. Die syrische Regierung ist bereit und die syrische Armee hat die Stadt Aleppo zurückerobert.

Russia today, 20.11.2014

Karsten Schönsee: Kobanê ist überall! Überall ist Widerstand!

Mörder IS – Kollaborateur AKP-Türkei

Nicht nur die offiziellen deutschen Tagesschau- und Heute-Nachrichten überschlagen sich mit ihrem geheuchelten Entsetzen über das Massaker und den Terror des „Islamischen Staates“ (IS) in der nordsyrischen Stadt Kobanê, wo die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG und die Frauenverteidigungseinheiten YPJ seit nunmehr über 50 Tagen heldenhaften Widerstand leisten. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel vergießt z.B. im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages Krokodilstränen über die Rolle des NATO-Partners Türkei und dessen aktive Unterstützung der IS-Kämpfer: *„Eigentlich müsse man von einem NATO-Land erwarten dürfen, dass es seine Prioritäten richtig setze und dass der Kampf gegen den IS-Terror Priorität für Ankara habe.“*³

Doch der türkischen Regierung geht es um ihre geostrategischen Pläne, Teile Nordsyriens unter ihre Kontrolle zu bringen, in denen die kurdische Rojava-Revolution die gesamte Bevölkerung basisdemokratisch organisiert. Dabei ist es egal ob sie Kurden, Christen, Aleviten, Schiiten, Sunniten, Eziden, Türkmene, Araber sind und ob sie einer anderen Volks-, Religions- oder sozialen Gruppe angehören. Dieses demokratische Friedensprojekt in Rojava auf Grundlage des **Demokratischen Konföderalismus**⁴ ist ein Modell für die gesamte Region des Mittleren Ostens. Denn diese Formen von demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen sind eine konkrete Alternative zu den nationalistischen, religiös-fundamentalistischen, patriarchalischen und kapitalistischen Vorstellungen. Nichts fürchten die Imperialisten und ihre Kompradoren in der

³ „Merkel wirft der Türkei Untätigkeit vor“. www.faz.net vom 08.10.2014

⁴ Dieses Modell beruht auf den Gedanken von Abdullah Öcalan „Demokratischer Konföderalismus“, Neuss, 2014 www.freedom-for-ocalan.com. Konkret wird es von mehreren deutschen Delegationen beschrieben, die Rojava vor kurzer Zeit besucht haben. Siehe deren Berichte u.a. auf www.ulla-jelpke.de

Region mehr als die Selbstorganisation der unterdrückten Völker und deren Kampf gegen die imperialistischen Mächte sowie deren politischen, militärischen, ideologischen, ökonomischen usw. Handlangern. Deswegen ist es die Aufgabe aller antifaschistischen und demokratischen Menschen überall in der Welt, diesen Kampf in Kobanê und ganz Rojava aktiv zu unterstützen.

Der Kovorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) Cemil Bayik bewertet die Aufstände in der Türkei und Nordkurdistan nach dem Einmarsch der Djihadisten des IS im Kanton Kobanê in Rojava (Nordsyrien) und die Angriffe der radikalislamistischen Hüda-Par auf Kurden in Nordkurdistan/Türkei in der letzten Zeit so: *„Der türkische Staat hat, wie auch die Angriffe des faschistischen IS auf Kobanê, auch in Nordkurdistan reaktionäre Kräfte mobilisiert. Sowohl innen- als auch außenpolitisch instrumentalisiert er seine Kräfte gegen die kurdische Freiheitsbewegung. Genauso wie sie in den 1990er Jahren den JITEM⁵ und die dem JITEM-nahestehenden Kräfte gegen die kurdische Freiheitsbewegung mobilisiert haben, greifen sie jetzt demokratische Initiativen des Volkes an. Diese Angriffe stehen unmittelbar in Verbindung mit den türkischen Kriegskräften. Es sind geplante und vorbereitete Angriffe.“*⁶ (...)

Während Tausende von Dörfern in Kobanê belagert sind, zehntausende Menschen gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen und auf der Flucht sind, Kobanê schweren Angriffen ausgesetzt ist, ist das kurdische Volk auf der Straße, um diesen Widerstand in Kobanê zu unterstützen. Menschen anzugreifen, die sich für Kobanê erhoben haben, kommt der öffentlichen Unterstützung für den IS gleich. (...)

Hinter diesen Provokationen stehen sicherlich der türkische Staat und die AKP-Regierung. In einer Phase, in der der Widerstand von Kobanê anhält, verwandelten sich die Provokationen in Tötungen. Die These von Abdullah Öcalan, wonach der IS der JITEM unter einem anderen Namen ist, verdeutlichen die Hintergründe dieser Angriffe. Den JITEM aus den 1990er Jahren haben sie erneut ins Leben gerufen. Dieser JITEM, der während der AKP-Regierung erneuert und mit grüner Farbe angemalt wurde, ist der JITEM aus den 1990er Jahren. (...)

Die AKP-Regierung und der grüne JITEM sind aktiv. Diese Angriffe wurden ausgeübt, um die Unterstützung des kurdischen Volkes für Kobanê zu unterbinden. Der andere Grund für diese Angriffe ist, dass der türkische Staat mit diesen Angriffen auf

⁵ Deutsch: Geheimdienst und Terrorabwehr der Gendarmerie

⁶ So gibt es in der Türkei inzwischen über 40 Tote, die durch Angriffe des türkischen (Staats-)terrorismus bei Protesten gegen den Krieg in Kobanê getötet wurden. Alleine hierbei kam es zu mehr als 1213 Festnahmen, über 183 Verhaftungen und mehreren Hundert Verletzten.

die Beendigung der Waffenruhe von Seiten der kurdischen Freiheitsbewegung geantwortet hat. Der türkische Staat droht dem kurdischen Volk und der Freiheitsbewegung gemäß dem Motto „Wenn Ihr euch unserer Politik nicht beugt, werdet ihr mit solchen Angriffen konfrontiert werden“: Auch die Drohung des Efkân Ala⁷ kommt diesem gleich.“⁸

Werden PKK und PYD zu Freunden des Imperialismus und seiner Lakaien?

Die türkische Republik öffnete inzwischen einen Korridor für eine kleine Gruppe irakischer Peshmerga-Kämpfer (mit panzerbrechenden Waffen) und der Freien syrischen Armee nach Kobanê. Unbestritten ist auch die Wichtigkeit der spärlichen Waffenlieferungen sowie die von der (USA geführten) Anti-IS-Koalition geflogenen Luftangriffe auf die IS-Banden, die den Vormarsch des IS immer besser behindern, seitdem die YPG der US-Luftwaffe die Koordinaten der IS-Stellungen weiterleitet. Doch bleibt diese Unterstützung für Kobanê mehr als zögerlich.⁹ Und dies ist kein Wunder. Denn die imperialistischen Staaten bevorzugen das Gesellschaftsmodell des vom feudalen Barzani-Clan regierten Südkurdistan (der sog. Autonomen Region Kurdistan im Irak) als ihr Modell für den gesamten Mittleren Osten. Dem steht diametral entgegengesetzt die (volks-)demokratische Rojava-Revolution, die in Kobanê verteidigt wird.

Diese Autonome Region Kurdistan (im Nordirak) ist die Vorzeigeregion bei der Umsetzung des US-Projekts „Größerer Mittlerer Osten“ (Greater Middle East Project - GMPE) des US- und BRD-Imperialismus¹⁰. Die Rojava-Revolution dagegen ist die Perspektive eines demokratischen Mittleren Ostens für die Bevölkerung der Region. Sie ist eine wirkliche Alternative zum imperialistischen Status quo in der Region. Rojava ist somit nicht nur dem IS und anderen Islamisten sowie der Türkei und den anderen Regionalmächten ein Dorn im Auge – auch die westlichen (NATO-)Staaten, die durch die Umsetzung des GMPE langfristig ihre eigenen Interessen in der Region, auf Kosten der lokalen Bevölkerung, gesichert sehen wollen – wissen ganz genau,

⁷ Türkischer Innenminister

⁸ Yeni Özgür Politika vom 09.10.2014 nach www.isku.org

⁹ „So schrecklich es auch ist, in Echtzeit das Geschehen in Kobanê zu verfolgen, so wichtig ist es, einen Schritt zurückzutreten und das strategische Ziel zu verstehen.“ US-Außenminister John Kerry am 08.10.2014

¹⁰ Deswegen liefert die deutsche Bundeswehr Waffen sowie Ausbilder nach Südkurdistan und hat ihre Soldaten im Osten der Türkei mit den Patriot-Raketen stationiert. So will sich die Merkel-Regierung zusammen mit ihren NATO-Partnern Türkei und USA ihren Anteil an der „Tankstelle Kurdistan“ sichern.

dass der Demokratische Konföderalismus für ihre (imperialistischen) Interessen eine große Gefahr darstellt.

Halt Stand, freies Kobanê! Waffen für die YPG/YPJ!¹¹

*„Kobanê stellt heute den Widerstand gegen den IS-Faschismus dar, also ist sein Kampf antifaschistisch. Kobanê ist die Selbstverteidigung gegen die IS-Besatzung, also antikolonialistisch. Kobanê ist der Widerstand von Frauen gegen das pure Patriarchat und den Feminizid. Kobanê ist der Widerstand für Glaubensfreiheit und Minderheitenrechte, weil dort alle Glaubensgemeinschaften ihre kulturelle Existenz gegen den mit dem Islam maskierten „grünen Faschismus“ verteidigen. Diese Liste kann ohne weiteres verlängert werden. Aber eines ist klar: Kobanê ist eine kleine Stadt mit einer großen Mission für die gesamte Welt der Unterdrückten.“*¹²

Die Revolution in Rojava braucht dringend militärische Unterstützung. Ähnlich wie den antifaschistischen Kämpfern für die spanische Republik (1936-1939), die durch die Embargopolitik der „demokratischen Staaten“ Europas nur wenige (schwere) Waffen zur Verfügung hatten, die ihnen allein von der sozialistischen Sowjetunion geliefert wurden, brauchen die kämpfenden Genossinnen und Genossen der YPG/YPJ derzeit in Kobanê dringend Nachschub und neue, schwere Waffen, um sich gegen die IS-Faschisten zu verteidigen. Deshalb sind die Forderungen zur Unterstützung dieses gerechten Kampfes hier in der BRD¹³:

Weg mit dem Verbot der PKK!

Die Menschen in Kobanê und Rojava brauchen konkrete, **humanitäre Hilfe!**

Die Volksverteidigungseinheiten der YPG und YPJ benötigen schwere Waffen, um sich gegen den Terror des IS zur Wehr zu setzen!

Wir fordern deshalb einen **Unterstützungskorridor** zwischen den Kantonen Cizire und Kobanê, über den die Verteidigung gesichert werden kann!

¹¹ Es gibt inzwischen eine linke, strömungsübergreifende Spendenaktion für die Solidarität mit Rojava, in dem Spenden für die kurdischen Selbstverteidigungskräfte gesammelt werden: www.rojava-solidaritaet.net

¹² Songül Karabulut und Nilüfer Koc, Gute Zeiten für die Kurden – schlechte Zeiten für die Türkei. In: Kurdistan-Report Nr. 176, November/Dezember 2014, S. 7

¹³ Das sind die Forderungen der 15 Aktivistinnen und Aktivisten, die am 10.10.2014 den türkischen Radiosender „Metropol FM“ in der Berliner Markgrafenstrasse 11 besetzt haben. Dieser Sender wird von vielen Menschen gehört. Die Besetzerinnen und Besetzer wurden von Sicherheitskräften und Mitarbeitern des Senders brutal angegriffen.

Eine **Pufferzone**, wie sie von der Türkei geplant wird, bedeutet die Aufteilung Rojawas zwischen dem IS und der Türkei und damit ihre Vernichtung!

Wir fordern, dass die Türkei die Unterstützung des IS einstellt und alle Mittel dafür benutzt werden, sie dazu zu zwingen!

Karsten Schoensee, 06.11.2014

Brigitte Queck: Die Ukraine vom Mai bis zum Oktober 2014

Die Gräueltaten des faschistischen Mobs in der Ukraine am 2. Mai 2014, geschehen im und am Gewerkschaftshaus in Odessa, gingen um die Welt. Zirka 116 Verbrannte, Verstümmelte und Erschossene, bestialisch Ermordete, sind allein in diesem Falle zu verzeichnen gewesen.

Professor Chossudowsky erklärte gegenüber GlobalResearch am 6. Mai 2014 unter: „Ukraine and America’s ‘Global War on Terrorism’. Is US-NATO Applying the ‘Syria Model’ in Ukraine?“. „Da ging nichts spontan oder zufällig vonstatten bei dieser teuflischen und kriminellen Unternehmung, die bei dem Massenmord von föderalen Aktivisten innerhalb des Gewerkschaftshauses stattfand. Das Gebäude wurde in Brand gesetzt als Teil einer sorgfältig geplanten paramilitärischen Operation....“

Der Rechte Sektor ist dafür trainiert worden, um Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung zu begehen. Von der deutschen Bildzeitung festgestellt: ‘Dutzende der Spezialisten der CIA und des FBI beraten die ukrainische Regierung.’ ‘Ungenannten deutschen Sicherheitskräften zufolge, so Bild am Sonntag, sagten aus, dass CIA und FBI-Agenten Kiew behilflich sind, die Rebellion in der Ostukraine zu beenden und eine funktionierende Sicherheitsstruktur zu etablieren.’ Der historische Hintergrund: Während des Kalten Krieges hat Washington die ukrainischen Nazis unterstützt Der US-Geheimdienst steht unauslöschlich hinter dem Rechten Sektor. Es gibt eine lange Beziehung zwischen dem US-Geheimdienst und den Neo-Nazi-Gruppen in der Ukraine, über die man Bescheid wissen muss, um die gegenwärtigen Beziehungen, einschließlich der gegangenen Verbrechen durch die Militanten des Rechten Sektors in Odessa, zu verstehen. Die Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) ist eine Organisation, geführt von Bandera, die aktiv mit Nazi- Deutschland während des 2. Weltkrieges kollaborierte beim Massenmord an den Juden, Polen Russen und Ukrainern und die unter dem Namen „Nachtigall Battalion“ bekannt wurde (im Englischen OUN Nightingale Battalion). Gegenwärtige neue Berichte bestätigen die US-

Unterstützung der zwei Neo-Nazi Parteien. Die Unterstützung der OUN durch die CIA reicht zurück bis in die Zeit des Kalten Krieges.

Von Historikern bestätigt, jedoch der amerikanischen Öffentlichkeit nicht bekannt, war die heimtückische Unterstützung der UKRAINE OUN NEO-Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg als ein Mittel, die Sowjetunion zu destabilisieren. Diese Unterstützung war ein integraler Bestandteil der „Truman Doktrin“, die vom US-Außenministerium unter George Kennan formuliert worden ist. Es ist bittere Ironie, dass nach der Niederlage von Nazi-Deutschland, die Truman Administration auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges den US-Geheimdienst instruierte, die Unterstützung der ukrainischen OUN „Nachtigall Bataillon“ durch Nazi-Deutschland fortzusetzen und diese in eine subversive Guerilla Gruppe unter anglo-amerikanischem Akronym transformierte....

Die übrig gebliebene Nightingale Gruppe faszinierte die CIA und wurde im Wesentlichen rekrutiert. Man brachte deren Führer zum Training und zum Zwecke der Indoktrinierung in die Vereinigten Staaten. Nach dem Training in den Vereinigten Staaten wurden die Nightingale Führer in der Ukraine per Fallschirm abgesetzt, damit sie sich mit ihren Compagnons verbinden und subversive Tätigkeiten, Agitation und Sabotage, einschließlich von Anschlägen, gegen die Sowjetunion verüben sollten. Dieser komplexe historische Hintergrund ist notwendig bei der Einschätzung der zeitweiligen US-NATO Beziehungen zu den zwei Neo-Nazi Parteien Svoboda und dem rechten Sektor, die beide das Nazi- Erbe Stephan Banderas und der OUN glorifizieren. Hier gibt es eine Kontinuität: Was historische Aufzeichnungen belegen ist, dass die US-Geheimdienste, von der „Truman Doktrin“ bis zu den NeoCons (nicht zu vergessen Obama) die ukrainischen Neo-Nazi Parteien unterstützt haben. Die späteren verfassungsmäßigen „Geheimaktivitäten“ werden gegenwärtig zur Fortsetzung des Kalten Krieges eingesetzt, mit dem Ziel, die Ukraine in den Rahmen ihrer NATO-Ausdehnung einzubeziehen, um damit ebenso die Russische Föderation zu destabilisieren. ...

Es ist bedeutsam, die Massentötungen in Odessa in Beziehung zur US-Militärdoktrin zu setzen. „Die Produktion massiver Tötungsereignisse“, die die Tötung von Zivilpersonen zur Folge hatte, sind Teil des US-Militäroperationsvorgehens, das sie in extensiver Form in Zentralasien, dem Mittleren Osten, in Nordafrika und in Zentralafrika anwenden. Lokale Aufständische sind, historisch gesehen, vom US-Geheimdienst unterstützt worden. Vom Sowjetisch-Afghanischen Krieg (1979-1989) bis hin zu Syrien und Libyen, waren die Jihadistischen und Mujahideen Rebellen in zahlreiche Bürgerkriege verwickelt, die von der CIA unterstützt und von den USA und ihren Alliierten finanziert und trainiert wurden. Deren Ziel ist, souveräne Staaten zu destabilisieren.

In Syrien hat sich die Opposition Al Qaeda-Terrororganisationen angeschlossen, die von der westlichen Allianz unterstützt werden. Die Verbrechen, die von den Al Nusrah Söldnern (im Auftrage der US-NATO in Saudi-Arabien und Katar trainiert) begangen werden, werden zwangsläufig der Regierung von Bashar Al Assad angelastet. Mehr noch, unterstützt durch die Desinformation der Medien, werden die toten Zivilisten der US-gesponserten Terroroperationen und „False Flags“ unveränderlich auf die Opfer geschoben. Die Ukraine ist keine Ausnahme. Die Medienpropaganda dient dazu, die Realitäten auf den Kopf zu stellen. Die Verbrechen, die vom Rechten Sektor, den „Patrioten“, begangen wurden, werden kaum in den Medien erwähnt. Die Schuld wird Moskau und seinen „pro-russischen Separatisten“ zugeschoben. Sind die Verbrechen in Odessa nicht ähnlich denen, die von den US/NATO gesponserten Terroristen in Syrien begangen wurden? Während die Al Nusra Militanten als „Friedenskämpfer“ gegen die `despotische sekulare Regierung von Bashar Al Assad´ dargestellt werden, wird der Rechte Sektor der Neo-Nazis in der Ukraine von den westlichen Medien als `Wahre Patrioten´ bezeichnet. Das Neue und Normale: die Sozialisierung mit Terroristen und Neo-Nazis Es ist von Bedeutung, dass der republikanische Senator John McCain, der mit Al Qaeda-Führern in Syrien Umgang pflegt, auch in einen Routine-Dialog mit dem Führer der Neo-Nazi Partei Swoboda treten will....

Wenden die US - NATO das „syrische Modell“ in der Ukraine an? Sowohl die Al Nusra und der Rechte Sektor haben Verbindungen zum US-Geheimdienst. In beiden, Syrien und der Ukraine, zielte Washington darauf, die Institutionen eines souveränen Staates zu destabilisieren und zu zerstören. Die Tötung von Zivilisten bedeutet soziale Spaltung und damit soll zugleich die Massenbewegung gegen die US - NATO eingedämmt werden. Was vor sich geht, ist, eine Destabilisierung und soziale Zerstörung. Den Konflikt in Syrien seit Mitte März 2011 betrachtet, sponserten die US - NATO Söldner, die in die Tötung von Zivilisten involviert waren. Umfangreich dokumentiert ist, dass die Al Qaeda Söldnern angegliedert sind, die von der westlichen Militärallianz rekrutiert und trainiert wurden. Die Paramilitäragenda war darauf ausgerichtet, verheerenden Schaden anzurichten und den Prozess eines Regierungsumsturzes zu forcieren.

Al Nusrah ist für Syrien das, was der rechte Sektor für die Ukraine ist. Sie sind das Fußvolk der westlichen Militärallianz Während die Al Nusra in Katar und Saudi Arabien ausgebildet wurde, wurde der Rechte Sektor in Polen trainiert. In beiden, in der Ukraine und in Syrien, sind westliche Spezialtruppen in die terroristischen Operationen von Übersee involviert. In beiden, in Syrien und in der Ukraine, gibt es tote Zivilisten, für die die Opfer verantwortlich gemacht werden...“

Quelle: <http://www.globalresearch.ca/ukraine-and-america...ukraine/5380611> Übersetzt aus dem Englischen von: Brigitte Queck

Inzwischen spricht man von ca. 4000 Toten dieses „Bürgerkrieges“ in der Ukraine. Dieser war von der NATO schon lange vor dem Maidan geplant, wie die Präsenz von 5.000 NATO-Söldnern bis zu den Protesten in Kiew eindeutig belegt. (siehe www.informationclearinghouse.info/article37700.htm „Proxy Conflict With Russia: Ukraine Descends Into Open Warfare“ von Richard Rozoff)

Der Regierungssturz der gewählten Regierung von Janukowitsch erfolgte dann mit US/NATO-Scharfschützen zusammen mit ukrainischen faschistischen Kräften am 22. Februar 2014 nach dem internationalen Abkommen zwischen der Regierung unter Janukowitsch und der ukrainischen Opposition unter Präsenz der deutschen, polnischen und französischen Außenminister.

Die USA wollten sicher gehen, dass nach der erfolglosen, ebenfalls von ihnen inszenierten „orangenen Revolution“ im Jahre 2004 die Ukraine endlich fest in die US/NATO-Staaten integriert wird.

Sie hatten es im Jahre 2014 sehr eilig! War doch die Staatsverschuldung der USA mittlerweile auf umgerechnet 17 Billionen Euro angestiegen und ihr Eroberungskrieg gegen Syrien, das weltweit die größten Gasvorkommen aufweist und mit denen man schließlich den eigenen maroden Dollar zu sanieren gedachte, durch den mutigen Einsatz, aber auch die diplomatischen Vermittlungsversuche der russischen Seite, mittlerweile ins Stocken geraten!

Die bürgerlichen Zeitungen verschweigen bewusst die Hintergründe des jetzigen Krieges der US/NATO gegen die Ukraine.

Wie Chossudovsky gegenüber GlobalResearch erklärte, haben die USA bereits kurze Zeit nach dem 2. Weltkrieg, bei dem sie als Alliierte der Sowjetunion gegen Hitler geholfen hatten, das faschistische ukrainische „Nachtigal Batallion“, das im 2. Weltkrieg auf den Gehaltslisten der Gestapo stand und zusammen mit der SS Morde an Juden und Andersdenkenden verübt hatte, in den USA für einen späteren Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion ausgebildet, militärisch trainiert und später an Fallschirmen über der Ukraine abgesetzt. Diese hatten dann bis in die 50er Jahre Sabotageakte und Anschläge auf das Territorium der Sowjetunion verübt.

Ein Aufleben dieser sogenannten „Schläfer“ fand nach der Perestroika und der Gründung eines selbständigen ukrainischen Staates statt. Hunderte von der US/NATO gesteuerte und bezahlte sogenannte Nichtregierungsorganisationen sind seither in der Ukraine tätig. Viele von ihnen unterstehen der US-Regierung, bzw. dem US-Außenministerium. Die von der US-Vizepräsidentin in Kiew im Februar 2014 er-

währten 5 Mrd. Dollar, die die USA für die ukrainische Opposition zur Verfügung gestellt hatte, waren bereits im Jahre 1991 fest im Haushaltsplan der USA verankert worden !

Die schrecklichen Ereignisse in der Ukraine, vor allem die Ereignisse des 2. Mai 2014 im Odessaer Gewerkschaftshaus, reihen sich ein in zahlreiche vom Think Tank der US/NATO ausgedachten Aktionen, die sich nicht nur gegen die Ukraine richten, sondern vor allem auf Russland zielen, dessen immense Bodenschätze man ebenso wie die von Jugoslawien, dem Irak, Libyen und anderen Ländern für die Ziele der Weltherrschaftsansprüche der USA nutzen will. In Syrien waren die US/NATO seitens Russland im August 2013 gestoppt worden, als vom spanischen NATO-Stützpunkt aus zwei Raketen in Richtung Syrien abgefeuert wurden, die den Luftkrieg gegen Syrien eröffnen sollten.

Das hatte der ganzen Welt gezeigt, dass es Russland mit seinem jahrelangem Eintreten für eine multilaterale Welt, in der auch dem kleinsten Staat auf der Welt, gemäß UNO-Charta, die gleichen Rechte eingeräumt werden sollen wie den Großmächten, bitter ernst ist und es auch mit „Taten“ dafür eintritt, dass Syrien nicht wie Libyen hinterhältig von den US/NATO überfallen und vereinnahmt wird.

Fidel Castro sagte bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten W. Putin am 13.7.2014 : „Russland ist aus dem `Systemimperativ seiner und der NATO-Existenz DIE Friedensmacht in Europa, die die NATO stoppen stoppen kann!“. (Berliner Zeitung, 13.7.2014) Das wissen die US/NATO nur allzu gut !

Der Lebensstandard des russischen Volkes ist seit der Machtübernahme W. Putins in Russland enorm angestiegen und das Volk steht hinter „seinem“ Präsidenten.

Deshalb versuchen die US/NATO Russland mit allen Mitteln zu schwächen und, wie sie sagen, die „Systemauseinandersetzung“ für sich zu gewinnen. Daraus leitete der deutsche Außenminister Steinmeier „eine **konzentrierte gemeinsame Haltung der EU gegenüber Russland**“ ab. (siehe Vortrag auf der Konferenz der deutschen Botschafter vom 25.8.2014 in Berlin und Rede auf der Tagung der EU-Botschafter in Paris, in: UZ vom 26.9.2014 „Imperialistische Kriegspolitik, aktuelle Gefahren...“)

Für diese Systemauseinandersetzung zu Gunsten der US/NATO diente ihnen auch ihre lügenhafte Konstruktion des Absturzes der MH 17 der auf dem Gebiet der Verteidiger von Lugansk und Donezk.

Wissenswertes über den Flug MH 17, veröffentlicht vom Flugkapitän Fernando Pinto Frazao:

Der Flug MH 17 ist auf Anweisung der ukrainischen Flugkontrolle etwa 200 km von seiner üblichen Route abgewichen. Entsprechend der Daten von flightaware.com,

einer Internetseite, die den internationalen Flugverkehr überwacht, flog MH 17 diesmal 200 km (!) nördlich der üblichen Route von Malaysian Airlines. Mit anderen Worten: das Flugzeug wurde von der Flugsicherung der Ukraine **direkt über das Kriegsgebiet der Donezk-Region gelenkt !**

Die ukrainische Flugsicherung wies den Piloten von MH 17, die mit einer Höhe von 10 700 angemeldet worden war, an, von seiner üblichen Flughöhe abzuweichen und 1000 Meter (!) tiefer als normal zu fliegen.

Die westlichen Medien hetzten nach dem Absturz von MH 17 sogleich, Russland würde den Flugschreiber des Flugzeugs nicht oder nur manipuliert herausgeben. Doch die Russen übergaben ihn den Niederlanden, die die Untersuchung leiteten, weil sie beim Flugzeugunglück die meisten Opfer zu verzeichnen hatten, sofort.

Die malaysische Regierung, der die Radar-Daten über die Aktivitäten der ukrainischen Flugabwehr vorliegen und die folglich weiß, dass zum Zeitpunkt, als sich die Malaysian Airlines Maschine in der Luft befand, der Radar einer ukrainischen Buk-Flugabwehr-Batterie in der Region aktiv war, verdächtigt weder Russland noch die sogenannten Separatisten der Ostukraine, ihre Maschine abgeschossen zu haben. Die Strahlung des Buk-Radars ist vom russischen Militär dokumentiert worden und zwar in der Nähe des Dorfes von Slyka, 30 km von Donezk entfernt.

Inzwischen verdichteten sich die Beweise, dass die Passagiermaschine von einem ukrainischem Kampffjet abgeschossen wurde, was von Seiten eines ehemaligen Flugkapitäns sowie mehrerer Twitter-Einträge eines spanischen Fluglotsen belegt wird.

Hier die Einträge des spanischen Fluglotsen vom 17.7., dessen Twitterkonto inzwischen aus dem Internet entfernt wurde:

10.30 Uhr: „Flugzeug abgeschossen, abgeschossen, abgeschossen, kein Unfall!“

10.31 Uhr : „Jetzt hat Kiew, was sie wollten, ich habe es schon in der ersten Tweets gesagt, Kiew ist verantwortlich“.

10.35 Uhr : „Ein Unfall, der absolut nicht normal ist, sie bedrohen uns direkt im Tower am Flughafen in Kiew“.

10.35 Uhr : „Sie werden uns die Handys und andere Sachen jeden Moment wegnehmen.“

10.38 Uhr: „Bevor sie mir das Handy wegnehmen, oder mir den Hals umdrehen. Abgeschossen von Kiew !“

11.12 Uhr: „Wir haben die Bestätigung: Flugzeug abgeschossen, die Kiew-Behörden haben bereits die Informationen: abgeschossen - jetzt sind wir ruhig“.

11.13 Uhr: „Was tun die Ausländer hier im Turm mit den Kiewer Behörden? Sie sammeln alle Informationen.“

11.15 Uhr : „Wenn möglich, werde ich weiter schreiben“.

11.48 Uhr: „Das B777 Flugzeug (MH 17) flog, begleitet von ukrainischen Kampffjets, bevor es Minuten später vom Radar verschwand“.

11.54 Uhr: „Wenn die Behörden in Kiew die Wahrheit erzählen wollen: es ist alles aufgezeichnet. Zwei Kampffjets flogen Minuten vor dem Absturz sehr nahe, wurden nicht von einem Jagdflugzeug abgeschossen.“

12.00 Uhr: „Malaysian Airlines B 777 - Flug ist gerade verschwunden, und die Militärbehörde Kiew informierte uns bereits über den Abschuss!! **Woher wussten sie das?**“

12.00 Uhr: „Sieben Minuten, nachdem das Flugzeug verschwunden ist, wurde der Abschuss gemeldet, später kam ausländisches Personal in unseren Turm, sie sind immer noch da.“

12.01 Uhr: „All das ist in den Aufzeichnungen der Radaranlagen gespeichert. Für die Ungläubigen: abgeschossen von Kiew! Hier wissen wir das, und die militärische Flugsicherung weiß das auch.“

13.15 Uhr: „Hier haben militärische Befehlshaber die Kontrolle, und geben zu, dass das Militär vielleicht anderen Instruktionen gefolgt ist, aber nicht den pro-russischen.“

13.29 Uhr: „Der Innenminister wusste, was die Kämpfer in der Gegend taten, aber der Verteidigungsminister wusste es nicht.“

13.31 Uhr: „Das Militär bestätigte, dass es die Ukraine war, aber sie wissen noch nicht, woher der Befehl kam.“

13.36 Uhr: „Vor Tagen sagte ich hier schon, dass das Kiewer Militär den derzeitigen Präsidenten stürzen will, das könnte eventuell auf Bestellung von Timoschenko erfolgt sein (sie folgen den Anordnungen von Timoschenko).“

13.38 Uhr: „Die Jets flogen in der Nähe von 777 - bis 3 Minuten, bevor sie vom Radar verschwand, nur 3 Minuten.“

13.43 Uhr: „Luftraum gesperrt!“

13.45 Uhr: „Der Luftraum ist gesperrt - mehr Abschüsse befürchtet!“

15.17 Uhr: „Militärische Kontrolle sagt nun offiziell: Das Flugzeug wurde von Raketen abgeschossen.“

15.23 Uhr: „Die Regierung hat den offiziellen Bericht, unterzeichnet von der zuständigen Militärbehörde in Kiew: Flugzeug abgeschossen!“

15.26 Uhr: „Der Bericht zeigte, wo die Raketen hätten abgefeuert werden müssen, und gibt an, dass sie nicht aus den eingenommenen Rebellengebieten abgefeuert wurden.“

15.34 Uhr: „Das Militär-Radar speicherte die Daten, dass eine Rakete auf das Flugzeug abgeschossen wurde, die zivilen Radargeräte taten dies nicht.“

15.36 Uhr: „Die Militärführung gab keinen Befehl, eine Rakete abzufeuern, jemand tat es im Namen der Ukraine.“

15.38 Uhr: „Für diejenigen, die es nicht wissen: Es gibt, sagen wir mal, ein Militär, das unter dem Befehl des Verteidigungsministers steht und ein Militär, das unter dem Befehl des Innenministers steht.“

15.38 Uhr: „Das Militär unter dem Befehl vom Innenminister wusste die ganze Zeit, was passierte.“

16.06 Uhr: „Militärische Befehlshaber hier im(ATC) Kontrollturm bestätigen, dass die Rakete von der ukrainischen Armee stammte.“

16.07 Uhr: „Es gibt Militärbefehlshaber, die es wussten und andere, die es nicht wussten.“

16.08 Uhr: „290 tote unschuldige Menschen. Was für ein nutzloser Krieg, wo Patriotismus mit Geld gekauft wird.“

16.09 Uhr: „Die Art und Weise wie (die Beamten) nur wenige Minuten nach (dem Unglück) in den Kontrollraum kamen und dass sie alle Details kannten, veranlasste uns zu glauben, dass sie es getan haben.“

16.10 Uhr: „Das Gesicht der Soldaten, die später kamen, sagten: was hast du gerade getan, es gibt keinen Zweifel.“

16.12 Uhr: „**Und auch die Tatsache, dass das Militär, begleitet von Ausländern, zu uns kam und uns fragte, ob wir ihre Version erzählen könnten.** „**Unsere Antwort war: Diese Radargeräte haben keinen Raketenabschuss aufgezeichnet, die Militärgeräte schon, da gibt es keinen Zweifel!**“

Der Flugkapitän Fernando Pinto Frazao schreibt weiter:

„Was den Tathergang betrifft, bin ich bei meinen Recherchen auf die Analyse eines Berufskollegen, des deutschen Flugkapitäns a. D. Peter Haisenko gestoßen. Seine Schlussfolgerungen sind messerscharf und auf den Punkt gebracht, und sie sind scho-

ckierend, denn sie liefern Beweise für ein ungeheuerliches Verbrechen, begangen nicht etwa von den Russen, den ukrainischen Separatisten, sondern auf Befehl von zumindest Teilen der illegalen Kiewer Marionettenregierung und folglich auch in Absprache mit deren Puppenspielern, den Vereinigten Staaten von Amerika.“....

Analyse des deutschen Flugkapitäns a.D. Peter Haisenko:

Als erstes war ich erstaunt, wie wenige Fotos von den Wrackteilen mit Google zu finden sind. Alle sind in niedriger Auflösung, bis auf eines: Das Fragment des Cockpits unterhalb des Fensters auf der Kapitänseite. Dieses Bild ist allerdings schockierend. In Washington hört man mittlerweile Stimmen, die bezüglich MH 17 von einem „möglicherweise tragischen Irrtum/Unfall“ sprechen. Angesichts dieses Bildes wundert mich das nicht.

Ein-und Austrittslöcher von Geschossen im Cockpit-Bereich

Ich rede nicht von Spekulationen, sondern von eindeutigen Fakten.

Das Cockpit zeigt Spuren von Beschuss. Man kann Ein-und Austrittslöcher sehen. Der Rand eines Teils der Löcher ist *nach innen !!* gebogen.... Der Rand der anderen, der größeren und etwas ausgefransten Austrittslöcher ist nach *außen !!* gebogen. Zudem ist erkennbar, dass an diesen Austrittslöchern teilweise die äußere Schicht des doppelten Aluminiums weggefetzt oder verbogen ist - nach *außen !!*...

Bei Sichtung der verfügbaren Bilder fällt eines auf: Alle Wrackteile der Sektionen hinter dem Cockpit sind weitestgehend unversehrt.....Nur der Cockpit - Teil ist wüst zerstört.

Daraus läßt sich eines bereits schließen: DIESES FLUGZEUG WURDE NICHT VON EINER RAKETE IN DER MITTE GETROFFEN. Die Zerstörung beschränkt sich auf den Cockpit-Bereich.

Nun muss man wissen,, dass dieser Teil aus besonders verstärktem Material gebaut ist. Schließlich muss der Bug des Flugzeugs auch den Aufprall eines großen Vogels bei hoher Geschwindigkeit einigermaßen schadlos überstehen können. In diesem Bereich ist deutlich stärkeres Aluminium verbaut worden als am Rest der Außenhaut.

....

Hier hat zweifelsfrei eine Explosion innerhalb des Flugzeugs stattgefunden.

Was kann also passiert sein? Russland hat Radaraufzeichnungen veröffentlicht, die mindestens eine ukrainische SU 25 in der nächsten Nähe der MH 17 zeigen. Das korrespondiert mit der Aussage des verschollenen spanischen Controlleurs, der zwei ukrainische Kampfflugzeuge in der direkten Nähe der MH 17 gesehen hat. Betrachten wir dazu die Bewaffnung der SU 25: Sie ist ausgerüstet mit einer zweiläufigen 30-

mm-Kanone, Typ GSch-302/AO-17A, Kampfsatz: 250 Schuss Panzerbrand- bzw. Splitter-Spreng-Geschosse, die in einem Gliederzerfallgurt befestigt sind.

Das Cockpit der MH 17 ist von zwei Seiten beschossen worden: Ein- und Austrittslöcher auf derselben Seite.

Nun stelle man sich vor, was passiert, wenn eine Abfolge von Panzerbrand- und Splitter-Spreng-Geschossen das Cockpit trifft, die immerhin so ausgelegt sind, dass sie einen Panzer zerstören können. Die Panzerbrandgeschosse werden teilweise quer durch das Cockpit aus der anderen Seite leicht deformiert wieder austreten. Schließlich ist ihre Durchschlagskraft für eine solide Panzerung ausgelegt. Die Splitter-Spreng-Geschosse aber werden im Cockpit selbst explodieren, so sind sie ausgelegt. Bei der rapiden Feuerfolge der GSch-302 Kanone gibt es folglich in kürzester Zeit eine schnelle Abfolge von Explosionen innerhalb des Cockpit-Bereichs, von denen jede einzelne ausreicht, einen Panzer zu zerstören.

Weil der Innenraum eines Verkehrsflugzeugs ein luftdicht verschlossener Raum ist, wird durch diese Explosionen der Druck im Innern des Flugzeugs in Sekundenbruchteilen extrem ansteigen. Es wird zerplatzen wie ein Luftballon...

Fragmente der inneren Sektionen sind an den Stellen zerbrochen, die aufgrund der Bauart bei extremem Überdruck am ehesten auseinanderbrechen werden.

Das Bild des weit zerstreuten Trümmerfeldes und das brutal beschädigte Cockpit-Segment passen dazu. Weiterhin zeigt ein Flügelsegment Spuren eines Streifschusses, der in Verlängerung direkt zum Cockpit führt.

Interessanterweise musste ich feststellen, dass sowohl das hochaufgelöste Foto des Cockpit-Segments als auch das vom Streifschuss am Flügel mittlerweile aus Google-Images entfernt worden sind....

Folgt man den Stimmen aus Washington, die von einem „möglicherweise tragischem Irrtum/Unfall“ sprechen, bleibt nur noch die Frage, welcher „Irrtum“ hier begangen worden sein könnte.

Ich begeben mich jetzt nicht in den Bereich der Spekulationen, gebe aber folgendes zu bedenken:

Die MH 17 ist in ihrer Lackierung verwechselbar mit der des russischen Präsidenten. Beide tragen die Farben der russischen Trikolore. Die Maschine mit Putin an Bord befand sich zur selben Zeit in der Nähe von MH 17...

Dazu nehmen wir noch die Aussage der Frau Timoschenko, sie wolle Putin am liebsten mit einer Kalaschnikow erschießen.

Aber das ist pure Spekulation.

Der Beschuss der MH 17 hingegen nicht !

Quelle: Magazin 2000 plus/Nr.358 :“Malaysia Absturz-der Beweis“, 2014/10

Hintergründe zum Abschuss des malaysischen Zivilflugzeugs

Für das Weltkapital, vertreten durch FED, IWF, Weltbank, geht es z. Z. um Sein oder Nichtsein, da sich ihr Instrumentarium auf das Weltwährungssystem, den Dollar, stützt, dessen imperialistisches Hauptland, die USA, mit 17 Billionen Euro verschuldet sind. Bisher mussten alle Länder, um international Handel treiben zu können, Dollar kaufen und erhielten selbst für den Verkauf ihrer Rohstoffe und Waren ebenfalls Dollar. Damit konnten die USA auf unser aller Kosten leben, indem sie, selbst verschuldet, über die Federal Reserve-Bank einfach Dollar nachdrucken ließen.

Aber am 15.7.2014 gründeten die BRICS-Staaten in Fortaleza, Brasilien, eine sogenannte Gegen-Weltbank und eine Gegen-IWF mit Sitz in Shanghai, die damit über kurz oder lang die Weltleitwährung, den Dollar, “austrocknen“ können. Die BRICS-Staaten repräsentieren mit Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika fast die Hälfte der Weltbevölkerung, was bedeutet, dass das US-Finanzsystem auf die Hälfte der Erdbevölkerung ihren Einfluss verliert.

Mehrere südamerikanische Staaten baten bereits den BRICS-Fond um Hilfe, zumal die US-Hedgefonds am Beispiel Argentinien wieder einmal bewiesen haben, dass es ihnen lediglich um Maximalprofit und nicht um die Interessen der Bevölkerung in diesen Ländern geht.

Durch die Existenz des Gegen-IWF wird auch China in die Lage versetzt, allmählich seine angehäuften Dollar loszuwerden. Gleichzeitig werden die Verträge der BRICS-Staaten mit den Umschuldungsländern künftig so gestaltet werden, dass es keine Wuchervereinbarungen mehr geben wird, aber die Loslösung von den USA als unabdingbarer Bestandteil dieser Verträge gilt.

Da die USA, so bestätigten uns auch unsere Freunde dort, seine Wirtschaft hauptsächlich auf die Produktion von Rüstungsgütern ausgerichtet hat, ist es nicht nur vom Rohstoffraub anderer von ihnen überfallener Länder, sondern auch von der Rüstungsproduktion und dem Verkauf dieser in andere Länder abhängig. Auch deshalb sind die USA, bei Risiko des eigenen Unterganges, bestrebt, einen großen Krieg mit Russland, einem der größten Rohstofflieferanten von Öl und Gas, vom Zaune zu brechen. Dabei sind ihnen die Menschen und auch der Tod von 298 unschuldigen Zivilisten der Malaysia Airlines egal.

Paul Craig Roberts, US-Ökonom und Staatssekretär unter Ronald Reagan, hat am 25.9.2014 auf seiner Webseite einen Kommentar zur kürzlichen Rede von US-Präsident Barack Obama vor der UN-Generalversammlung veröffentlicht und geht dabei scharf mit der US-Politik zu Gericht, indem er schreibt:

„Die ganze Welt weiß, dass Washington die rechtmäßig gewählte, ukrainische Regierung gestürzt hat, dass Washington sich weigert, seine Satellitenfotos vom Abschuss der malaysischen Verkehrsmaschine freizugeben, dass die Ukraine sich weigert, die Anweisungen ihrer Flugsicherung an das Verkehrsflugzeug offenzulegen, dass Washington eine echte Untersuchung der Zerstörung des Verkehrsflugzeugs verhindert hat, dass die europäischen Experten, die am Absturzort waren, ausgesagt haben, dass beide Seiten des Cockpits von Maschinengewehrfeuer durchsiebt waren, ein Hinweis, dass das Verkehrsflugzeug von den ukrainischen Jets abgeschossen wurde, die dicht hinter ihm waren.“ (...) Die ganze Welt weiß, dass Russland keine territorialen Ambitionen hat. Wenn es anders wäre, hätte das russische Militär sich nicht wieder zurückgezogen, nachdem es die von den USA ausgebildete und ausgerüstete georgische Armee zerschlagen hatte, die zuvor Südossetien angegriffen hatte. Der Kreml hat Georgien nicht wieder eingegliedert, obwohl es über Jahrhunderte Bestandteil Russlands gewesen war. Wenn Washington Bomben wirft und in 13 Jahren ohne Kriegserklärung in sieben Länder einfällt, dann ist das keine Aggression. Eine Aggression findet erst dann statt, wenn Russland die mit 97 Prozent der Stimmen zustande gekommene Petition der Krim zur Wiedervereinigung mit Russland annimmt.“
(...) Übersetzung: Rainer Rupp. Quellen: www.paulcraigroberts.org und <http://www.jungewelt.de/2014/10-01/027.php>

Die US/NATO und die Reaktion Russlands auf die verstärkten Sanktionen des Westens im Zusammenhang mit dem Absturz des malaysischen Zivilflugzeugs

Russland, das in keinster Weise schuldig war am Abschuss der malaysischen Zivilmaschine, aber trotzdem sofort von verstärkten westlichen Sanktionen auf den Gebieten des Finanz,- Energie,- und Militärssektors belegt worden ist, war folgende:

W. Putin kündigte auf einer Sitzung mit dem russischen Sicherheitsrat ein Ende der Zusammenarbeit Russlands mit der NATO an und betonte die Einrichtung einer Pufferzone mit dem Westen. Russland überlegt die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, da allein im Jahre 2014 75 Milliarden Dollar in die westlichen Länder transferiert wurden. Russland prüft außerdem, europäischen Fluglinien die Überflugrechte zu entziehen. Allein die Einschränkung der Trans-Sibirien-Route würde die Kosten für Flüge nach Asien aus den westlichen Ländern enorm in die Höhe schießen lassen. Das wäre die bislang schwerste Strafmaßnahme Russlands auf die von den EU-Ländern verhängten völlig ungerechtfertigten Sanktionen.

Bewundernswert ist, dass Russland immer wieder zu Verhandlungen bereit war. Selbst mit der faschistoiden ukrainischen Regierung! So traf W. Putin Anfang Juni, Ende August und im September 2014 in Minsk mit dem derzeitigen ukrainischen Präsidenten Poroschenko zusammen, um im Interesse der Menschen im Osten und Südosten der Ukraine ein Ende des Bruderkrieges, angestachelt von den US/NATO, zu erreichen.

Am 5. September 2014 wurde unter Anwesenheit des früheren Präsidenten der Ukraine, Leonid Kutschma, dem Premierminister der "Volksrepublik Donezk", Alexander Sachartschenko, der OSZE-Sondergesandten Heidi Tagliavini, des russischen Botschafters in Kiew, Michail Surabov, und dem Verteidigungsminister der "Volksrepublik Luhansk", Igor Plotnitski, das Minsker Abkommen unterzeichnet, das 12 Punkte enthält. In diesem Abkommen wurde :

- eine entmilitarisierte Pufferzone in der Ostukraine vereinbart, d.h. ein Rückzug der Konfliktparteien auf mindestens 15 km hinter eine sogenannte Kontaktlinie, so dass eine Pufferzone mit einer Breite von 30 km entsteht, die unter Aufsicht der OSZE gestellt werden soll;
- beschlossen, keine schweren Waffen gegeneinander einzusetzen;
- eine Waffenruhe vereinbart, die trotz vereinzelter Gefechte bisher weitgehend hielt;
- vereinbart, Donezk und Lugansk mehr Autonomie zu gewähren;

(Dazu hat das ukrainische Parlament bereits ein Gesetz verabschiedet, das den Regionen einen Sonderstatus zusagt)

- von Kommunalwahlen gesprochen;
- ein Amnestiegesetz für Kämpfer beider Seiten beschlossen.

Zum 3. Mal seit Ende August 2014 ist ein russischer Hilfskonvoi, bestehend aus 30 Lastkraftwagen mit Wasser und Lebensmitteln in der Ostukraine eingetroffen.

Während Russland ständiges Entgegenkommen bei der nicht militärischen Lösung der Ukrainefrage an den Tag gelegt hat, ging es der US/NATO allem Anschein nach darum, Russland militärisch herauszufordern und damit auch Europa in einen größeren Krieg zu verwickeln, der sogar in einen 3. Weltkrieg mit atomarem Schlagabtausch zwischen der US/NATO und Russland münden könnte.

So einigte sich die US/NATO bei ihrem Gipfel in Wales Anfang September 2014 auf einen Aktionsplan für Osteuropa,

- Aufbau einer neuen Eingreiftruppe;

- Durchführen eines US/NATO-Manövers im Westen der Ukraine ab 15.09.;
- Aufbau von fünf regionalen Kommandozentralen entlang der Außengrenze Russlands.

Quelle: de.ria.ru/infographiken20140721/269064383.html

Resüme

Welchen perfiden Methoden die Kiewer durch einen westlichen Regimechange zur Macht gekommenen faschistischen Machthaber gegenüber den Teilen der ukrainischen Bevölkerung anwenden, die nicht mit ihrer Politik einverstanden sind, zeigen ebenfalls die Ende September 2014 in der Nähe des Donezker Flughafens vergraben und vor ihrem Tode ämissshandelten Zivilpersonen, darunter vieler Frauen und Kinder.

Erinnern wir uns nochmals, was der deutsche Außenminister Steinmeier am 25.08.2014 in seinem Vortrag auf der Konferenz der deutschen Außenminister in Berlin und später in seiner Rede auf der Tagung der EU-Botschafter in Paris gesagt hat: „Der Wettbewerb der Systeme“ sei „in vollem Gange“ und diesen Wettbewerb gelte es durch eine „gemeinsame Haltung der EU gegenüber Russland“ zu gewinnen ! (siehe UZ vom 26.09.2014)

Um welche beiden Systeme es sich handelt, ist glasklar: Entweder um das System einer multipolaren Welt, in der auch der kleinste Staat der Welt bestimmen kann, welchen Weg er einschlagen will.

Diese Systemauseinandersetzung zwischen Arm und Reich wird gegenwärtig in aller Welt geführt und spitzt sich immer mehr zu.

Die Reichsten dieser Welt wehren sich gegen den Untergang ihrer sogenannten liberalen Wirtschaftsordnung und führen deshalb Krieg in Syrien, aber auch in der Ukraine und anderswo mit den unmenschlichsten Mitteln.

Die Aussagen von G. Dimitroff zum Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Faschismus und Krieg sind hoch aktuell: „Als Erscheinungsform des besonders aggressiven staatsmonopolistischen Kapitalismus ist der Faschismus die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals (Dimitroff Schriften, Bd. 2, S. 525).

Er ist Ausdruck des Unvermögens des Finanzkapitals, die Volksmassen, insbesondere die revolutionäre Arbeiterbewegung, mit den bisherigen Mitteln der bürgerlichen Demokratie seinen Klasseninteressen unterzuordnen und seine Macht, eines bestimmten Grades der Verschmelzung von Monopolkapital und Staatsmacht, der Tendenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus, alle Sphären der Gesellschaft der staatsmo-

nopolistischen Formierung zu unterwerfen und damit die maximale Konzentration aller ökonomischen und politischen Kräfte zu erreichen.

Im Klasseninteresse der Monopolbourgeoisie hat der Faschismus die Aufgabe, vor allem die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Kampfpartei, sowie alle anderen demokratischen Kräfte und deren Organisationen mit blutigem Terror zu unterdrücken, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie auszuschalten und durch eine beispiellose soziale und nationale Demagogie für das Monopolkapital eine Massenbasis zu organisieren.“ (siehe: Kleines Politisches Wörterbuch, Dietz Verlag Berlin, 1978, S. 237)

Liebe Freunde !

Wir haben die Auswüchse des Monopolkapitals durch Kriege und Faschismus in Jugoslawien, dem Irak, Libyen, Afghanistan und anderen Ländern kennengelernt und erleben sie heute erneut in Syrien und in der Ukraine.

Wie schon der ehemalige Staatssekretär Dr. Willy Wimmer kürzlich ausgeführt hat, drohen diese schrecklichen Systemauseinandersetzungen auch auf Europa, einschließlich Deutschland, überzugreifen. Wehren wir den Anfängen!

Deshalb ist die Vereinigung aller antiimperialistischen, antifaschistischen Kräfte in Deutschland notwendiger denn je! Kriegshetze und Kriegsvorbereitung gegen Russland seitens der Politiker und Medien in Deutschland müssen aufhören!

Nicht das Monopolkapital, sondern WIR, die Völker aller Länder der Welt, müssen diese Systemauseinandersetzung gewinnen!

*

Unter: www.muetter-gegen-den-krieg-berlin.de kann unsere Petition über die Einhaltung des Grundgesetzes, gegen Kriegshetze und Kriegsvorbereitung in Bezug auf Russland mit unterzeichnet werden !

Brigitte Queck

Irene Eckert: Frieden braucht Bewegung, Zuversicht und das Wissen um die wahre Geschichte!

„ .. kann uns irgendetwas, das von dieser Welt ist, so wertvoll sein, um deswegen Krieg anzufangen, ein so verderbliches, so widerwärtiges Geschäft, dass selbst wenn der Krieg noch so gerecht, er keinem wirklich guten Menschen gefallen kann?“ Erasmus von Rotterdam

Die Bewegungsrichtung entscheidet über den Erfolg

Bewegung ist nötig. Wir müssen uns aufrichten und tätig einmischen. Aber das genügt nicht. Da die Welt um uns herum in Scherben liegt und der Scherbenhaufen täglich anwächst, müssen wir uns behutsam bewegen. Wollen wir nicht in diesem Scherbenhaufen mit versinken, brauchen wir alle unsere Sinne. Die Richtung unserer Bewegung wird für den friedenspolitischen Erfolg schließlich den Ausschlag geben, nicht die Bewegung als solche.

Ohne Ortung sind wir in diesem immer unübersichtlicher und gewalthaltiger werdenden Chaos verloren. Alles Bemühen wäre dann vergeblich gewesen, wenn wir wieder den Falschspielern aufsitzen, jenen nämlich, die an unserer Desorientierung ein Interesse haben. Verspielt wäre dann endgültig, was Generationen vor uns im Schweiß ihres Angesichts, mit Blut und Tränen erkämpft haben. Die Geschichte aber lehrt, dass der Menschheitsfriede durchaus erkämpft werden kann. Ohne solchen Kampf aber ist er auch nicht zu haben. Es kommt dabei auf die Wahl der Waffen an. Der Kampf um den Frieden und um das Menschen- und Völkerrecht ist mit Opportunismus und Duckmäuserei nicht zu gewinnen. Erforderlich sind Aufrichtigkeit und Einsatzbereitschaft auf der Basis von überzeugenden, widerspruchsfreien Argumenten. Solche Argumente gewinnt man aus Einsicht in die wahren Zusammenhänge.

Lassen wir uns also nicht von modernen Irrationalismen beirren. Die Wahrheit existiert, aber sie sieht je nach Perspektive, je nach Interessenlage anders aus. Wir müssen uns folglich unseres eigenen Standpunktes vergewissern und diesen dann verteidigen. Dafür gilt als erstes, dass wir uns der massenmedial betriebenen Vernebelung unserer Gehirne erwehren. Das ist ein durchaus mühsamer Prozess, denn die Vernebelung ist allgegenwärtig und die Macht der Illusionsmaschinerie gewaltig. Wir müssen zunächst auch sämtliche Parteienbindungen ablegen und unseren persönlichen Ort in der Geschichte richtig bestimmen, daraus werden sich neue Verbindungen gegeben, allmählich und zwangsläufig.

Die von jeglichem Opportunismus befreite, auf historischen Fakten und nicht auf Geschichtsmythen beruhende logische Argumentationsführung wird unser Kompass,

unser unverzichtbares Requisit. Wir werden jedes Wort daraufhin abklopfen, wem es zu nutzen vorgibt und wem es wirklich zugute kommt.

Mit zugkräftigen Argumenten wird es wieder möglich werden, eine unverzichtbare, gut organisierte Massenbewegung aufzubauen. Die Menschen sind nämlich nicht irrational veranlagt, höchstens gezielt verblendet. Wie es schon in der UN-Menschenrechtserklärung von 1948 in Artikel 1 richtig heißt, sind

alle Menschen mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Um zu einer rationalen, gewissenhaften, ethischen und damit dem Frieden dienenden Politik zurückzukehren, bedarf es allerdings einer klarsichtigen Strategie, die ihre Kräfte auf den Gegner eines solchen Anliegens fokussiert.

Den Gegner richtig erkennen

Der Gegner muss klar erkannt und benannt werden. Dieser Gegner einer friedlichen humanen Weltordnung existiert. Es ist kein einzelner Mensch, keine bestimmte Nation, kein Staatsgebilde als solches. Der Gegner ist systematischer Natur, handelt es sich doch um den global agierenden und die westliche Welt beherrschenden militärisch-industriellen Komplex und das mit ihm verflochtene Finanzkapital. Eingeschlossen in diesen überschaubaren Kreis sind alle mit und an diesem Komplex verdienenden gesellschaftlichen Kräfte.

Natürlich haben diese 'Elemente' Firmennamen und Adressen, natürlich werden sie von Individuen vertreten. Diese Vertreter des systemischen Unfriedens sind auszumachen und sie gehören an den Pranger. Solange sie nämlich ihre gewissenlosen Geschäfte unerkannt im Dunkeln abwickeln können, solange bleibt der Krieg für sie – auf Kosten des Rests der Menschheit – ein äußerst profitables Geschäft. Nicht wenige Parasiten profitieren davon und hängen sich deswegen an falsche Freunde. Damit das alles so bleibt, kontrollieren die Kriegsgewinnler praktisch den gesamten massenmedialen Markt der noch tonangebenden Welt. Ihre gekauften Leitmedien, ihre NGOs, ihre Zuträger und ihre Mietlinge verunreinigen systematisch unsere Gehirne mit Müll. Sie verhindern so das Zustandekommen einer wirklich widerständigen, perspektivweisenden Gegenbewegung. Diese Kreise erzeugen auch ihre Pseudo-Gegner selber, die sie dann wieder mit ihren teuren Waffen bekämpfen können. Jüngstes und extremstes Beispiel dafür ist der sogenannte „Islamische Staat“ (IS), eine Teufelsbrut aus ihren hauseigenen Laboren.

Es handelt sich bei diesen verhängnisvollen Machenschaften, aber dennoch nur scheinbar um einen ausweglosen Teufelskreis, denn es ist alles Menschenwerk. Was aber von Menschen erzeugt ist, kann auch von Menschen überwunden werden.

Die für das gegenwärtige Unheil verantwortlichen Kreise verfangen sich mehr und mehr in ihren systemisch erzeugten Widersprüchen. Ihre Widersprüche aber sind unsere große Hoffnung. Hier liegen ihre entscheidenden Schwachstellen. Hierauf müssen wir daher unsere Wachsamkeit lenken.

Geschichtslügen aufdecken

Ebenso wichtig ist es, dass wir ihre Geschichtslügen aufdecken. Über die Vergangenheit wurden wir nämlich genauso belogen wie über die Gegenwart. Das Wissen um frühere Überlebenskämpfe, um Erfolge und Niederlagen, vor allem im vorigen Jahrhundert, ist für unsere Orientierung unverzichtbar. Wir wurden in atemberaubendem Umfang getäuscht und genasführt. Großartige Erfolge im Kampf um eine humanere, friedlichere Welt, im Aufbau einer auf Gerechtigkeit ruhenden Menschheitsordnung gab es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das Wissen darum ist weitgehend verloren. Der Blick darauf wurde uns verstellt. Auch mangelt es an Kenntnissen darüber, woran diese Alternativordnungen gescheitert sind oder besser, wie sie zugrunde gerichtet wurden.

Fatalismus ein Feind des Friedens

Aus dem uns verordneten falschen Geschichtsbild erwächst ein gefährlicher Fatalismus. Die aus allen medialen Kanälen heraus dringende und immer hysterischer werdende Verurteilung einer mit der DDR untergegangenen ersten deutschen Alternativordnung sollte uns hellhörig werden lassen. Noch ungeheurer ist die vorausgegangene und weiter anhaltende Dämonisierung der Stalin-Epoche in der russischen Geschichte, die erschreckender Weise kaum auf Widerstand stößt. In geradezu selbstzerstörender Weise wird das falsche Geschichtsbild sogar von ehemaligen DDR-Bürgern und von ganz kleinen Leuten mitgetragen, verteidigt und stabilisiert. Dennoch sind sich unsere "Leitmedien" der Sache nicht sicher. Sie betreiben deswegen zu allen Gedenktagen ihre Hetzorgien sozusagen präventiv.

Unsere Oberen fürchten sich vor unserem Erwachen. Sie fürchten sich gar davor, dass ihnen in Putin ein neuer Stalin erwachse. Ein Zeichen dafür, wie sehr dieser tote Staatsmann sie bis heute Mores gelehrt hat. Präsident Putin, gegenwärtiger Staatschef des geografisch verkleinerten und um den Sozialismus amputierten Russland wird deswegen heute im Westen ebenso dämonisiert, wie man es zuvor mit dem großen Staatsführer Stalin bis zum heutigen Tage erfolgreich betrieben hat.

Nachdem das Mittel gegen den schier unangreifbar scheinenden, populären Sieger über den Faschismus gewirkt und man mit Hilfe dieses Strategems die Stalinsche Sowjetordnung, allmählich und systematisch zerrüttet hatte, waren die weiteren Schritte ein Kinderspiel. Unter dem von westlichen Geheimdiensten lancierten und protegierten Chruschtschow verlor die einst große Sowjetunion ab 1953 immer mehr

an Glaubwürdigkeit. Mit ihr wurde das gesamte sozialistische Staatensystem peu a peu unterminiert und schließlich so ziemlich komplett ruiniert. Das Ziel des Faschismus war erreicht. Das Ziel genau jener Weltordnung, die vom militärisch-industriellen-finanzkapitalistischen Komplex geschaffen worden war, um die Welt ein für alle Male vom Sozialismus zu 'befreien' und zu 'reinigen'. Deswegen rief die US-Regierung nach 1989 zunächst einmal das Ende der Geschichte aus.

Staatschefs, die dem Westen und seinem militärisch-industriellen Interessenkomplex die Stirn boten, weil sie eine eigenständige souveräne, antikoloniale Ordnung vertraten, wurden in der Ära des 'Kalten Krieges' einer nach dem anderen beseitigt. Weit zurück liegt die Erinnerung an das Verbrechen am kongolesischen Ministerpräsidenten Patrice Lumumba (1961). Fast vergessen ist der plötzlich an einem Herzinfarkt verstorbene, in der ganzen arabischen Welt populäre ägyptische Staatschef Gamel Abdul Nasser (1970), verblasst die Erinnerung an seinen ermordeten Nachfolger Anwar as Sadat (1981). Näher ist uns vielleicht noch das qualvolle Sterben des Palästinenserführers Jasser Arafat (2004). Die beiden letztgenannten waren Träger des Friedensnobelpreises.

Die letzten Opfer in einer langen Kette politisch gewollten Frühablebens waren nach voraufgegangener Dämonisierung: Der irakische Staatschef Saddam Hussein (2003), der jugoslawische Staatschef Slobodan Milosevic (2006), das libysche Staatsoberhaupt Muammar al-Gaddafi (2011).

In unseren Tagen sind im Visier derselben Kräfte der syrische Präsident Anwar al-Assad und der russische Staatschef Vladimir Putin.

Manch einer unter den Friedensaktivisten der frühen 80iger Jahre erinnert sich vielleicht auch noch an die Ermordung zweier bedeutender Neutralitäts- und Friedenspolitiker aus jener Zeit, Indira Ghandi (1984) und Olaf Palme (1986). Erinnert sei ferner in friedenspolitischem Zusammenhang auch an den plötzlichen Tod Franklin D. Roosevelts am 12. April 1945 nach seiner Rückkehr aus Jalta, wo er mit Stalin konferiert hatte. Dies und seine sozialdemokratische New Deal Politik verziehen ihm seine politischen Gegend bis über den Tod hinaus nicht. Mit Harry S. Truman setzte nach F. D. Roosevelts verfrühtem Tod eine sofortige Kehrtwendung in der US-Politik ein. Bedacht sei auch die geschichtswirksame Ermordung John F. Kennedys (1963), nach dessen Tod die Rüstungsaktien in die Höhe schnellten und der Vietnamkrieg in Fahrt kam.

Politische Morde und „plötzliche Tode“ wirken lange nach

Politische und Ruf-Morde wirken nachhaltig. So gilt es bis heute als äußerst unfein den Namen Stalins anders als mit den Attributen Diktator und Massenmörder in Ver-

bindung zu bringen. Ähnliches gilt für die im Sinne von IWF/Weltbank und WTO unbotmäßigen Politiker Milosevic, Hussein und Gaddafi.

Anders als jene drei galten Olaf Palme und Indira Ghandi auch im Westen als Symbolfiguren der atomaren- und Blockfreiheit, sowie als IKONEN einer Friedenspolitik. Selbstredend waren sie nur Opfer interner Querelen. Ein Tor, der wie einst Hugo Chavez Schwefel riecht und Teufelshandwerk wittert. Dennoch haben derartige Morde friedenspolitisch verhängnisvolle und weitreichende Konsequenzen.

Schlüsselfaktor für Friedenspolitik: ein neuer Blick auf die Stalinära

Ganz im Gegensatz zu ihrem heutigen Ruf war die Stalinperiode zwischen 1924 bis 1941 eine Epoche der Prosperität, von der nicht nur alle Sowjetvölker profitierten. Von der UdSSR jener Tage gingen bedeutende friedenspolitische Signale aus. Das Sowjetvolk brauchte den Frieden dringend für seine enorme Aufbauarbeit. Auf das große Sterben im 1. Weltkrieg waren ja an allen Sowjet-Fronten bis 1923 die Interventionskriege gefolgt. Dann kam im Sommer 1941, entgegen allen kooperativen Bemühungen seitens der Allunionsregierung, der un-provozierte, verheerende deutsche Angriffskrieg mit 27 Millionen toten Sowjetbürgern, unter ihnen ein sehr hoher Anteil jüdischer Ethnie oder Religionszugehörigkeit. Perfider Weise werden diese Opfer in westlichen Quellen meist unterschlagen oder doch minimiert.

Die Niederringung des Faschismus war eine Friedenstat.

Der Sieg über den Faschismus, aus heutiger Sicht ein vorläufiger, war maßgeblich durch die Opfer- und Kampfbereitschaft der Sowjetmenschen unter Stalins Führung zustande gekommen. Die Alliierten der Anti-Hitlerkoalition hatte sich so lange Zeit mit dem Aufbau einer zweiten Front gelassen, bis sichtbar war, dass die SU den Sieg davon tragen würde. Immerhin Jalta auf der Krim und das Zustandekommen der Atlantik-Charta, der Geburtsstunde der UN, waren Meilensteine auf dem Wege einer kooperativen, dem Frieden dienenden Außenpolitik. Sie wären ohne die Kooperationsbereitschaft zwischen Roosevelt und Stalin nicht möglich gewesen.

Unmittelbar nach Kriegsende begann in der Sowjetunion, noch unter Stalins Anleitung, eine atemberaubende Wiederaufbauarbeit. Hewlett Johnson, der damalige anglikanische Bischoff von Canterbury, legt in seinen Schriften Augenzeugenkenntnis darüber ab.

Die Moskauer Prozesse der Jahre 1935-38 sind gut und auch von ausländischen Beobachtern dokumentiert. Berühmtestes Beispiel die Aufzeichnungen von Joseph E. Davies, dem damaligen Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Rechtmäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit, ja die Notwendigkeit der Prozesse wurden von seriösen Zeitgenossen weder angezweifelt noch bestritten. Man denke etwa an die

Zeugnisse der Schriftsteller Lion Feuchtwanger und Henry Barbusse. Die Prozesse richteten sich gegen Saboteure der Sowjetordnung. Diese zu verteidigen war eine menschheitlich notwendige Aufgabe, die dem Frieden diene. Anhand von Zeitdokumenten aus unabhängiger Feder lässt sich das beweisen. Die Verbrechen der Verurteilten waren von ähnlichem Zuschnitt wie die der heutigen Islamo-Faschisten oder die der Todesschwadronen, die in den 70iger Jahren in Lateinamerika wüteten. Wären sie damals nicht erfolgreich bekämpft worden, hätten wir damals schon heutige Zustände gehabt.

Ersichtlich wird aber die ausgleichende, friedenspolitische Kraft der UDSSR, die noch lange über Stalin hinaus vorhielt, auch indirekt anhand der globalen Entwicklung seit Auflösung der Allunionsrepublik und der von ihr geprägten sozialistischen Staatengemeinschaft seit 1989. Einige Stichworte dazu, betreffend die westliche Hemisphäre, sind:

- Aushebelung des in der UN-Charta verbrieften Völkerrechts
- Ausweitung der Kriegszonen inzwischen ohne voraufgegangene Kriegserklärung
- ständig bedrohlicher werdende Terrorismusherde
- Drohnenkriege
- soziale Verwerfungen ungeahnter Größenordnung
- Ausspähung von Bürgern weltweit in ungeahnter Dimension
- Aushebelung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- astronomische Aufblähung der Militärausgaben
- wirtschaftlicher Niedergang

Dennoch kein Grund für Pessimismus, denn Gefahr erkannt, Gefahr gebannt

Der rasanten Verschlechterung unserer Lebensbedingungen sowie dem Kriegskurs ist Einhalt zu gebieten. Die Entwicklung ist kein Selbstläufer, aber sie wird gegen die Wand fahren, wenn wir sie nicht daran hindern.

Halten wir fest: Die Entwicklung ist aufhaltbar. Der Weg in die Ausweitung der Kampfzonen oder gar in den Atomkrieg ist alles andere als zwangsläufig. Wir müssen nur die Verursacher und Profiteure der zum Kriege drängenden Politik richtig erkennen und zu benennen wissen. Wir müssen uns konsequent gegen die verordneten Sprachregelungen und damit gegen die Knebelung unserer Sinne stellen. Sich der richtigen, präzisen Sprache zu befleißigen, ist dafür unabdingbar. Sprechen wir also nicht mehr von unserem "Verteidigungsbudget" sondern von der Kriegskasse. Einer

Kasse, die wundersame Weise selbst in Zeiten verordneter Sparpolitik ständig erweitert wird. Machen wir, wie Oskar Lafontaine es uns rät, das Gerede von der westlichen 'Wertegemeinschaft' nicht länger mit. Weisen wir stattdessen auf den unheilbringenden Charakter des NATO-Kriegsbundes hin. Weigern wir uns im Stile unserer Leitmedien von Präsident Putin oder Bashar al-Assad als "Diktatoren" zu fabulieren. Bezeichnen wir Landesbürger, die sich ihrer bloßen Haut erwehren, wie etwa die Palästinenser im GAZA-Streifen und im Westjordanland oder die Angehörigen der offiziellen syrischen Landstreitkräfte oder die Bürger der Ostukraine nicht länger pauschal als 'Aufständische', als 'Rebellen' oder gar als "Terroristen". Widerstand gegen eine Unrechtstat, auch gegen unheilbringende Politik, beginnt im Kopf. Ein klares Bewusstsein von Recht und Unrecht ist die wichtigste 'Waffe' und das wichtigste Mittel der Solidarität mit Menschen und Völkern, die um ihr Recht auf Land und Leben kämpfen.

In der Partei 'Die Linke' scheint jetzt immerhin ansatzweise ein echter Diskurs zumindest über die notwendige Aufrechterhaltung friedenspolitisch-programmatischer Leitvorgaben begonnen zu haben. Ihre wichtigsten Protagonisten sind Sevim Dagdelen, Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine. Wenngleich auch deren Geschichtsbild, in vielleicht opportunistischer Weise, noch die gleichen Defizite aufweist, wie sie bezogen auf die Stalin-Epoche ebenso wie bezüglich Präsident Assad und Präsident Putin 'Vorschrift' sind, so weisen jedoch ihre jüngsten friedenspolitischen Stellungnahmen in die richtige Richtung. Diese Stimmen bedürfen trotz mancher Halberzigkeit der Rückendeckung genauso wie die vielen einzelnen aus allen Fraktionen, die sich gegen den reißenden Strom wenden, wenngleich sie dem verhängnisvollen alten Opportunismus und Kompromisslertum noch hie und da anhaften. Wichtigstes Gebot der Stunde ist die richtige friedenspolitische Grundhaltung. Der am 16. August verstorbene deutsche Journalist **Peter Scholl-Latour** bietet uns dafür in seinem höchst aktuellen, jüngst erschienenen Buch "**Der Fluch der bösen Tat – das Scheitern des Westens im Orient**" "durchaus wichtige Hinweise.

Das Versagen des Westens ist schließlich in diesem Jahr endlich überdeutlich geworden. Der wirtschaftliche Niedergang ist kaum noch aufhaltbar, während China nun definitiv auch die Vereinigten Staaten von Amerika an Wirtschaftskraft überholt hat und mit seinen 1,3 Milliarden Menschen heuer die Nummer eins der Weltwirtschaft geworden ist.

Sehen wir die Chancen, die daraus für eine friedlichere, multipolare Weltordnung erwachsen.

Die Aufarbeitung der Geschichte, die am Ende den Niedergang der westlichen Unheilbringer bewirken wird sowie die Richtigstellung der verheerendsten Fälschungen bleiben ein Friedens-Gebot dieser Stunde. Auch im Westen gibt es dafür viele kleine

Hoffnungsschimmer. Grover Furr, ein US-amerikanische Forscher und Professor an der Montclair-Universität, hat uns zwei Bücher beschert, die uns helfen können, die Herkules-Aufgabe zu meistern. Sein älteres Werk "Chruschtschows Lügen" erscheint in diesem Herbst endlich auf Deutsch. Sein jüngstes Buch trägt den Titel "Blood Lies" und liegt vorerst nur auf Amerikanisch vor.

Aus dem vorbildlichen Wirken unserer Vorgänger schließlich, der großen Friedenskämpfer des 20. Jahrhunderts und aller voraufgegangenen Zeiten erwächst uns Mut und Kraft zum Widerstand gegen den Kriegskurs unserer Tage. Wir dürfen uns nicht in opportunistischer Manier in der Hoffnung auf zweifelhafte Zugeständnisse den Vorgaben einer erkennbar verbrecherischen, dem Kriege Vorschub leistenden Politik in der Gegenwart beugen.

Beziehen wir uns daher positiv auf jene Staaten, die dem Terror ernsthaft die Stirn bieten, allen voran das von Assad geführte Syrien und seine Verbündeten Iran, Russland, Lateinamerika und China.

Vergessen wir bei unserer vermeintlichen Sisyphosaufgabe nicht die Klassiker, die sich mit ähnlichen Sorgen und Zwängen quälten und lernen wir von ihnen. Befassen wir uns mit dem eingangs zitierten Erasmus von Rotterdam (1469-1536) und seiner personifizierten „Klage des Friedens“, die bezeichnender Weise nicht mehr aufgelegt wird, aber in Bibliotheken und Antiquariaten erhältlich ist.

Irene Eckert, 24. 10. 2014

Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas

Sekretariat der Initiative Kommunistischer und Arbeiterparteien Europas: Stellungnahme zum 97. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

„Wesentlich ist, dass das Eis gebrochen, dass die Bahn frei gemacht, dass der Weg gewiesen ist.“ (W. I. Lenin, LW 33, S. 37)

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution 1917 in Russland ist ein historischer Meilenstein des Kampfes der Arbeiterklasse dafür, die Macht der Kapitalisten zu stürzen, den Sozialismus aufzubauen und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen. Sie war ein entscheidender Bruch mit der alten Weltordnung

und legte das Fundament für die politische, soziale und ökonomische Befreiung der Menschheit.

Die bolschewistische Revolution war das Resultat der explosiven Zuspitzung der sozialen Widersprüche im zaristischen Russland und des Ersten Weltkrieges, was das Land zum schwächsten Kettenglied im weltweiten imperialistischen System machte.

Ihre Verwirklichung bestätigt, dass nur eine kommunistische Partei mit einer revolutionären Strategie, die durch den Marxismus-Leninismus geleitet und in den Betrieben und den Gemeinschaften der Arbeiterklasse aufgebaut wird, die führende Rolle der Arbeiterklasse in ihrem Bündnis mit den unterdrückten Volksschichten für den „revolutionären Sprung“ sicherstellen kann.

Die Oktoberrevolution führte in eine neue historische Ära, die Ära des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Dieser wird durchgeführt durch die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den armen Volksschichten, durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, durch zentrale Wirtschaftsplanung und Arbeiterkontrolle, um die neue sozialistische und kommunistische Gesellschaft aufzubauen, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

Der Sozialismus leistete einen großen Beitrag zu den Kämpfen der Völker, und dies kann durch die schändlichen Angriffe seiner Gegner, der Bourgeoisie und der opportunistischen Apologeten des Kapitalismus, nicht ausgelöscht werden.

Die Sowjetunion spielte eine entscheidende Rolle beim antifaschistischen Sieg der Völker im Zweiten Weltkrieg, mit 20 Millionen Toten und nicht zu beziffernden materiellen Verlusten.

Das Problem der Arbeitslosigkeit wurde gelöst und das Recht auf Arbeit war gesichert in den sozialistischen Ländern. Die Arbeitszeit wurde verkürzt, soziale Sicherheitsrechte wurden eingeführt. Eine moderne Gesundheitsversorgung und wirkliche Bildung wurden kostenlos bereitgestellt und zu einem realen Menschenrecht. Es gab eine umfangreiche Fürsorge für Kinder, Jugendliche, junge Paare, ältere und kranke Menschen.

Der Sozialismus garantierte das Recht auf Wohnen, Sport, Kultur und Erholung. Er war das Gegengewicht zur imperialistischen Aggressivität und ein Faktor der Friedenssicherung.

Die Errungenschaften der Sowjetmacht gaben dem Kampf der Völker auf der ganzen Welt einen Antrieb.

Der konterrevolutionäre Sturz des Sozialismus ändert nicht den Charakter unserer Epoche.

Kommunistinnen und Kommunisten lernen aus den Fehlern, den Nachlässigkeiten und den Verletzungen der Gesetze des sozialistischen Aufbaus, die zum Sturz des Sozialismus und zur Restauration des Kapitalismus geführt haben, mit schmerzhaften Folgen für die Menschen der ehemals sozialistischen Staaten und für die gesamte Menschheit.

Die gesellschaftliche Entwicklung schreitet fort mittels des Klassenkampfes als ihre treibende Kraft.

Der Kapitalismus, das System, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen basiert, hat seine historischen Grenzen erreicht. Er ruft Krisen, Armut und imperialistische Kriege hervor.

Der Sozialismus ist notwendig und aktuell!

Die Macht in die Hände der Arbeiterklasse!

Der Reichtum jenen, die ihn schaffen!

Für eine neue Gesellschaft mit der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen als ihr Ziel

Es lebe die Große Sozialistische Oktoberrevolution!

Sekretariat der Initiative Kommunistischer und Arbeiterparteien Europas,

6. November 2014.

(Übersetzung aus dem Englischen: Partei der Arbeit Österreichs)

Die Partei der Arbeit Österreichs

Partei der Arbeit Österreichs: Partei – Klassenkampf – Sozialismus

Das erste Jahr der Partei der Arbeit Österreichs – Rückblick und Ausblick¹⁴

Vor etwas mehr als einem Jahr, am 12. Oktober 2013, wurde die Partei der Arbeit Österreichs geschaffen. In der Grundsatzerklärung hieß es damals, der Akt der Gründung verlange (neben der umfassenden Vorbereitung) *„danach selbstredend den weiteren gezielten strukturellen Auf- und Ausbau der Parteiorganisationen, die Entfaltung umfassender Tätigkeiten und Aktivitäten sowie die ständige Auseinandersetzung mit der Analyse, Strategie und politischen Praxis der PdA. Es versteht sich von selbst, dass eine neue revolutionäre Partei der Arbeiterklasse nicht per Deklaration zu einer solchen wird, sondern dass sie sich durch konsequente Arbeit in und mit der Klasse, durch aufrichtige Teilnahme an ihren Kämpfen, durch ehrliche Interaktion mit den Massen entwickeln wird und muss.“*

Hinzuzufügen ist die simple Wahrheit: Das geht natürlich nicht von einem Tag auf den anderen – und auch nicht binnen 13 Monaten. Es ist daher an der Zeit, zu überprüfen, welche Fortschritte seit vergangenem Jahr gemacht wurden, welche Dinge hingegen unerledigt blieben und welche Aufgaben daher vor der PdA liegen. In diesem Sinne ist auch zu evaluieren, inwieweit die PdA ihren grundsätzlichen Ansprüchen – im Selbstverständnis, in den Aufgaben, in den Zielen – nähergekommen ist.

Seit dem Gründungsparteitag sind auf Basis der vorhandenen Mitgliedschaft Grundorganisationen geschaffen worden, sowie dort, wo es sinnvoll ist, auch Landesorganisationen. Diese Grundorganisationen haben sich unterschiedlich entwickelt, gingen aber auch von verschiedenen Voraussetzungen aus, was Mitgliederzahl, tatsächliche Aktivistenzahl, Aktionsgebiet oder Bewusstseinsstand betrifft. Daher gibt es nun solche Grundorganisationen, deren bisherige Tätigkeit als äußerst positiv zu bewerten ist, und solche, wo Verbesserungsbedarf besteht. Diese Verbesserungen sind möglich u.a. durch die Vorbildwirkung anderer Grundorganisationen sowie durch vermehrte und konkrete Hilfestellungen seitens der verantwortlichen Leitungen. Für alle Partei-

¹⁴ Anmerkung: Anlässlich des einjährigen Bestehens der PdA fand am Samstag, 8.11.2014, eine Mitgliederversammlung statt, die neben anderen Anträgen auch die Stellungnahme „Partei – Klassenkampf – Sozialismus“ beschloss.

strukturen – auch die Leitungen – gilt aber: Die Aktivität, die Mobilisierungsfähigkeit, das durchgehende Verantwortungsbewusstsein und das politische wie strategische Bewusstsein sind optimierbar. Und auch wenn die absolute Anzahl der Parteimitglieder seit dem Gründungsparteitag signifikant gestiegen ist, so ist klar, dass eine tagtägliche, aktive und bundesweite Parteiarbeit noch mehr Menschen und weitere Grundorganisationen benötigt – dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die finanziellen Mittel der Partei begrenzt und daher natürlich keine hauptamtlichen FunktionärInnen vorhanden sind.

Seit dem Gründungsparteitag sind gemäß dessen Beschlüssen Kommissionen geschaffen worden. Die Programmkommission hat ihre Tätigkeit aufgenommen und widmet sich der Erarbeitung des Parteiprogramms der PdA, das unsere Grundsätze präzisieren wird. Im Zuge dieser Arbeit liegt mit der heutigen Parteikonferenz auch die erste Ausgabe von „Einheit & Widerspruch“, des theoretischen Organs der PdA vor, dessen Niveau sich sehen lassen kann. Die Bildungskommission hat Überlegungen zur marxistisch-leninistischen Schulungsarbeit angestellt, diese müssen nun forciert umgesetzt werden. Die Zeitungskommission hat ein sehr gutes Konzept für das Zentralorgan der PdA vorgelegt, dessen Realisierung aufgrund finanzieller Schwierigkeiten jedoch aufgeschoben bleibt – einstweilen müssen regionale und lokale Printprodukte sowie elektronische Medien aushelfen, was aber selbstverständlich kein Dauerzustand bleiben kann und wird.

Seit dem Gründungsparteitag wurden die internationalen Kontakte und Beziehungen der PdA erweitert, ausgebaut und vertieft – durch die Teilnahme an internationalen Konferenzen, durch bilaterale Gespräche, durch rege weltweite (elektronische) Korrespondenzen, durch Veranstaltungen mit ausländischen Gästen, durch die Beteiligung der PdA an gemeinsamen Stellungnahmen kommunistischer und Arbeiterparteien, durch Beiträge in den Medien befreundeter Parteien, durch vielerlei solidarische Interaktion in der besten Tradition des proletarischen Internationalismus. Doch auch hier gibt es deutliche Verbesserungsmöglichkeiten, vor allem durch ein strukturiertes und auf einer klaren Strategie fußendes Vorgehen – eine Aufgabe, die in nächster Zeit der internationalen Kommission zukommen wird.

Seit dem Gründungsparteitag war die PdA auch als Gesamtorganisation – neben den Grundorganisationen – regelmäßig auf der Straße präsent, nämlich bei Kundgebungen und Demonstrationen. Es handelte sich dabei um antiimperialistische und soziale Proteste, um Kundgebungen gegen Faschismus, Rechtsextremismus und Repression, um solidarische Aktionen zugunsten von Arbeiterorganisationen und FreiheitskämpferInnen in anderen Ländern, um alljährliche Demonstrationen wie zum 1. Mai oder zum Jahrestag der Februarkämpfe von 1934, um Bündnisveranstaltungen mit Migrantenorganisationen aus der Türkei und Kurdistan sowie, nicht zuletzt, um die Unter-

stützung gewerkschaftlicher Kämpfe. Die Bandbreite des Engagements und die Tätigkeitsintensität vieler GenossInnen, die Anerkennung als ernsthafter Bündnispartner und die guten Beziehungen zu befreundeten Organisationen sprechen für die PdA. Trotzdem ist auch in diesem Bereich anzumerken, dass das eigene Mobilisierungspotenzial oft nicht ausgeschöpft wurde. Hinkünftig wird die PdA zahlreicher und v.a. auch sichtbarer auf diesen Veranstaltungen auftreten müssen.

Seit dem Gründungsparteitag konnte die PdA gemeinsam mit ihren Bündnispartnern bedeutende Wahlerfolge erzielen. Wir haben auf unserem Parteitag die Teilnahme an den Arbeiterkammer-Wahlen 2014 im Rahmen der Liste „Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International“ (KOMintern) als unsere Hauptaufgabe für die ersten Monate definiert – und diese band viele personelle und finanzielle Ressourcen, die sodann im unmittelbaren Parteiaufbau fehlten. Doch diese Konzentration hat sich ausgezahlt: Mit deutlichen Stimmengewinnen wurde das seit 2009 vorhandene Mandat in Wien klar abgesichert, in Niederösterreich gelang beim ersten Antreten der Einzug in die AK, in Tirol – wo ein derartiges Ergebnis kaum zu erwarten war – wurde das Mandat nur knapp verfehlt, und dies mit dem prozentuell besten Ergebnis aller Bundesländer. Diese Erfolge sind ein großartiges Verdienst der aufopferungsvollen Aktivität vieler GenossInnen und Grundorganisationen. Gleichzeitig ist kritisch zu bemerken, dass einerseits eine Reihe von GenossInnen auch in dieser Wahlauseinandersetzung nicht zu mobilisieren war, sowie dass andererseits aufgrund des großen Aufwandes einige Erfordernisse der unmittelbaren Parteiarbeit massiv verzögert wurden oder unerledigt blieben.

Seit dem Gründungsparteitag sind die PdA und die KOMintern von Angriffen durch Rechtsextreme und durch Repressionen durch die Polizei und bürgerliche Justiz betroffen – und diese haben sich fortlaufend verschärft. Sie bedrohen nicht nur die Motivation, Gesundheit und Freiheit, sondern die Existenz von GenossInnen, sie erfordern viel Arbeit und abermals nicht zuletzt entsprechende Geldmittel. Es ist davon auszugehen, dass sich die Situation nun keineswegs entspannen, sondern auf absehbare Zeit weiter zuspitzen wird. Auf das Ausmaß und die neue Qualität der Repression waren die Partei und ihre Mitglieder nicht vorbereitet, weswegen die betroffenen Organisationen als solche in diesem Bereich dazulernen und die Mitglieder entsprechend geschult werden müssen. Doch eines können wir jetzt schon feststellen: Die Einschüchterung und die Unterdrückung, die sich die Herrschenden von ihrem Vorgehen versprechen, treten nicht ein. Wir antworten mit Entschlossenheit und Unnachgiebigkeit, mit Mut und Widerstandsgeist. Gleichzeitig können wir auf verlässliche und solidarische Unterstützung vieler befreundeter Organisationen und von Bündnispartnern vertrauen, die z.T. ebenso von Repression und Aggression betroffen sind. Wenn diese Angriffe etwas zeigen, dann die Tatsache, dass die Herrschenden angesichts der fortgesetzten kapitalistischen Krise und der imperialistischen Kriegsgefahr

darauf orientieren, quasi präventiv gegen aufkommende emanzipatorische und revolutionäre Bewegungen, Bündnisse und Organisationen vorzugehen. Wir nehmen das als „Anerkennung“ unserer Arbeit und unserer Fortschritte.

Wir können hierunter einen Strich ziehen. Wir haben einiges auf der Haben-Seite, aber auch einiges auf der Soll-Seite. Wir haben mehr erreicht, als uns viele zugetraut haben oder zutrauen wollten, aber auch weniger, als manche erhofft haben. Wir bleiben realistisch. Wir wissen um unsere Schwächen – und an diesen werden wir arbeiten und sie überwinden. Wir wissen um unsere Stärken – und diese werden wir nutzen.

Beides ist alternativlos. Denn es braucht eine revolutionäre Arbeiterpartei, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, es braucht eine konsequente Partei des Klassenkampfes, des Antiimperialismus und des Internationalismus, es braucht eine entschlossene Partei für die Sache des Sozialismus und Kommunismus. Diese Partei muss die PdA werden. Wir werden nicht aufhören, dafür zu arbeiten und zu kämpfen.

Es lebe die Arbeiterklasse!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Vorwärts zur sozialistischen Revolution!

Stefan Klingersberger/PdA: Einige Aufgaben unserer theoretischen Arbeit

„Nur eine Bewegung, die die Überlegenheit ihrer wissenschaftlichen und moralischen Weltanschauung gedanklich durchgearbeitet vorstellen und überzeugungskräftig verbreiten kann, wird die Gesellschaft verändern können.“¹⁵ (1)

Wer nicht weiß, wer er/sie ist, woher er/sie kommt und wohin er/sie will, wird niemanden überzeugen, mitzugehen. Wenn wir möglichst viele von der Arbeiterbewegung, vom Sozialismus, von der PdA überzeugen wollen, dann müssen wir so genau wie möglich wissen, wovon wir sie eigentlich überzeugen wollen. Hier daher, mit Anspruch auf Unvollständigkeit, einige damit zusammenhängende Aufgaben, denen wir uns stellen müssen.

¹⁵ Die Anmerkungen findet Ihr am Ende des Artikels. (Red. offen-siv)

Wo wir hinwollen

„Wer will vom Gegenwärtigen richtige Begriffe nehmen, ohne das Zukünftige zu wissen? Das Zukünftige bestimmt das Gegenwärtige und dieses das Vergangene, wie die Absicht Beschaffenheit und den Gebrauch der Mittel.“ (2)

Unsere Orientierung ist die bessere Zukunft, unsere Aufgabe lässt sich gänzlich damit zusammenfassen, ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Ihre Verwirklichung lässt sich nicht wie die Zukunft der abstrakten Uhr-Zeit chronometrisch messen, sondern nur danach, wie sehr wir uns konkret einer humanen Weltgesellschaft annähern, in der Solidarität zum Prinzip des Zusammenlebens wird, in der die Interessen von Individuen, Gruppen und der Gesamtgesellschaft in harmonischen Einklang gebracht werden, mit einem Idealzustand vor Augen, der nie verwirklicht werden kann, aber als Orientierung dienen muss.

Dass in der heutigen Gesellschaft so einiges im Argen liegt, braucht nicht lange ausgeführt zu werden. Wir leben sehr wahrscheinlich in demjenigen – noch jungen – Jahrhundert, welches die Frage „Sozialismus oder Barbarei“ endgültig entscheiden wird. Die scheußlichen materiellen Auswirkungen des Kapitalismus, die sich immer mehr zuspitzen, paaren sich, zumindest im sogenannten „Westen“, mit einer fatalen Orientierungslosigkeit, die insbesondere durch die Konterrevolution in Osteuropa sowie die aktuelle tiefe Krise des Kapitalismus bestärkt wurde und wird. Die individuelle Perspektivlosigkeit breiter Bevölkerungsteile geht mit der Unsichtbarkeit gesellschaftlicher und historischer Perspektiven einher. Die Menschen haben die kapitalistische Herrschaft gründlich satt, aber sie können keine Alternative erkennen, denn die bürgerliche Propaganda hat es geschafft, den Sozialismus als ein Tabuthema niederzuhalten. Dies führt zu Resignation und Apathie, vor allem bei jungen Menschen aber auch zu großer Empfänglichkeit für faschistische Ideologien, weil diese den Anschein einer Perspektive und Alternative bieten.

Unsere dringende Aufgabe ist es daher, wirkliche Perspektiven und Alternativen anzubieten, sie glaubhaft und attraktiv zu machen. Der Glaube an die Möglichkeit historischen Fortschritts muss in mobilisierender Absicht und Form breitenwirksam entzündet werden, denn er ist eine notwendige Bedingung ebendieser Möglichkeit, ebenso wie der Glaube daran, dass die Menschen die Kraft haben, diesen Fortschritt bewusst zu befördern. Dies und die damit verbundene Hoffnung zu wecken, passiert vielleicht mehr auf einer ästhetischen als auf einer rein wissenschaftlichen Ebene. Daraus würde allerdings nicht folgen, dass man sich in der theoretischen Arbeit von dieser Aufgabe bequem fernhalten könnte – das könnte man nur unter dem Vorzeichen eines bürgerlichen, veralteten Verständnisses von Wissenschaftlichkeit vermuten. Nein, ganz im Gegenteil: Für uns kann nicht die wechselseitige Trennung der

wissenschaftlichen, politischen und ästhetischen Ebene – des Wahren, Guten und Schönen – als anzustrebendes Ideal gelten, sondern nur ihre trinitarische Einheit (3).

Wir müssen die Welt, wie sie sein sollte, anschaulich und verständlich machen. Selbst wenn es dabei um einen prinzipiell unerreichbaren paradiesischen Zustand gehen mag, ist dergleichen Schwärmerei, solange sie keine bloße bleibt, doch notwendig. Schon das Marxsche Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ wird sich ja wohl nie in vollkommener Weise verwirklichen lassen. Es hilft aber dabei, zu erfassen, wie eine perfekte Welt eigentlich aussehen würde, was es bedeuten würde, darin zu leben, und welche Richtung man daher im politischen Kampf einschlagen muss. Schon aus der bisherigen Geistesgeschichte gibt es viele weitere Beispiele für solche Prinzipien und Ideale, die wir erläutern, auf ihre Adäquatheit überprüfen und in einen kohärenten Zusammenhang bringen müssen. An ihnen müssen wir weiterdenken, mit dem Ziel, möglichst alle Aspekte wünschenswerten Weltzustands begrifflich-anschaulich zu erfassen, um damit zum Denken und Handeln anzuregen und eine Richtschnur zu liefern, der man folgen soll – wenn sie auch unendlich lang sein mag.

Die abstrakte Malerei perfekter Welt allein kann jedoch kein Selbstzweck sein, sondern sie muss als ein Mittel zur relativen Annäherung der wirklichen Welt an die Produkte ebendieser Malerei verstanden werden: Eigentlicher Zweck ist der konkrete historische Fortschritt, und die jeweilige Nähe zur genannten Richtschnur sowie das Vorankommen entlang ihrer sind sein Maßstab. Dazu gilt es, sie und ihre Richtung zu kennen, sie im Schlaf von Fälschungen unterscheiden zu können und den Weg, an dem sie entlangführt, vorausschauend zu studieren.

Hierzu gehört in unserer heutigen Situation zentral, möglichst genau zu wissen, was denn diesen Sozialismus eigentlich ausmacht, den wir als das nächste größere Wegstück auffassen und daher erkämpfen wollen. Wenn wir von Sozialismus reden, so fragen ArbeiterInnen völlig zu Recht, was er denn genau sei, und wir müssen eine Antwort geben können – wenn schon vorerst nur in Grundzügen, so doch sukzessive immer detaillierter und umfassender. Dass es dabei wesentlich um jene konkrete Form des Sozialismus gehen muss, die unter den jeweils vorhandenen Bedingungen möglich und notwendig ist, sollte sich von selbst verstehen. Diese Bedingungen müssen ebenfalls analysiert und dargelegt werden, es muss verständlich und anschaulich gemacht werden, wie und warum die heutige Gesellschaft geradezu nach Sozialismus verlangt.

Überdies müssen wir den Menschen helfen, die individuelle und kollektive subjektive Verantwortung des Daseins an historischer Front nicht nur zu verstehen, sondern zu verinnerlichen. Für all unsere Aufgaben gilt doch: Wir müssen inspirieren. Es reicht nicht, wenn wir in einem Flugblatt den ArbeiterInnen einige Dinge bloß mitteilen, wir

müssen sie darüber hinaus zum Weiterdenken und oft auch zum Umdenken anregen, nicht zuletzt was den Sprung von der guten Idee zur revolutionären Tat betrifft. Weil das Schicksal der Jugend stets am längsten und engsten mit dem zukünftigen Geschichtsverlauf verknüpft ist, wird ihr bloßer Wunsch besonders leicht zum tatendrängenden Willen. Wir müssen daher insbesondere die revolutionäre Phantasie der jungen Menschen befördern. Auch deshalb freilich, weil ein Jugendlicher, einmal überzeugt, den Kampf um eine bessere Welt noch länger führen kann als ein Greis.

In Konfrontation mit der immer wieder vorgetragenen These, der Mensch sei eben von Grund auf „böse“, „schlecht“, „egoistisch“ und daher dem Menschen ein Wolf, müssen wir den historischen Fortschritt in der bisherigen Geschichte als Einheit von sozialem, ökonomischem, philosophischem, wissenschaftlichem, technischem, künstlerischem und weitere Aspekte betreffenden Fortschritt denken und als existent beweisen. In praktischen politischen Auseinandersetzungen muss gezeigt werden, dass sehr wohl kleinere und größere Fortschritte errungen werden können, und dass die Auflehnung gegen das Unrecht auch bei zeitweiliger Erfolglosigkeit nie erstickt werden kann. Wir müssen aber auch unser Verhalten im alltäglichen Leben danach ausrichten, einen Vorschein auf solidarisches Zusammenleben zu liefern, gleichwohl uns die objektiven gesellschaftlichen Umstände davon leider allzu oft, je schlechter sie sind, desto mehr Abstriche abverlangen. Wir müssen die Bedingungen, wie eine Gesellschaft verwirklicht werden kann, in der der Mensch dem Menschen gerade kein Wolf mehr, sondern ein „Helfer“ (Brecht) ist, aufdröseln, analysieren, benennen und sie sodann auch – erfüllen.

Wo wir herkommen

Um unseren Aufgaben bestmöglich nachkommen zu können, müssen wir all die Erfahrungen des bisherigen Menschengeschlechts aufarbeiten und für uns und unseren Kampf um eine klassenlose Gesellschaft fruchtbar machen. Nicht nur, aber insbesondere geht es dabei stets um den Blick auf die je fortschrittlichen Klassen und Bewegungen samt deren Kampf gegen ihre Widersacher, denn darin steckt am meisten Vorschein auf bessere Zukunft. Zwar wiederum nicht nur – denn um all das richtig interpretieren und einordnen zu können, müssen wir uns in der gesamten Weltgeschichte von der Urgesellschaft bis zur Gegenwart orientieren können –, aber doch ganz besonders müssen wir uns der Geschichte der Arbeiterbewegung – die Staat gewordene Arbeiterbewegung notwendigerweise eingeschlossen – widmen. Von ihr können wir am unmittelbarsten und meisten für unsere heutigen politischen Kämpfe lernen.

Wir können objektiv an die Geschichte herangehen, denn wir interessieren uns ausschließlich für die Wahrheit. Ob wir auf Fehler oder Errungenschaften seitens der Arbeiterbewegung kommen, wir können aus beidem lernen. Das ist ja der Haupt-

grund, weshalb wir uns mit der Geschichte befassen, weil wir aus ihr lernen können und müssen und weil wir diese Lehren für den neuerlichen Anlauf zum Sozialismus fruchtbar machen wollen. Unser Streben nach vorne verlangt den objektiven Blick nach hinten, denn nur der *objektive* Blick in die Vergangenheit erleichtert den Weg in die Zukunft.

Wenn wir uns mit der Arbeiterbewegung befassen, so tun wir das daher nicht wie all jene, die sich starrköpfig an der Distanzierung vom Realsozialismus festklammern und somit über Bausch und Bogen ein zentrales Kapitel der Geschichte der Arbeiterbewegung verwerfen, aus dem sie folglich auch nichts lernen können. Auch nicht wie jene, die sich und ihre Geschichtsschreibung dogmatisch in der Tradition des schlimmsten inneren Feindes der Sowjetunion verstehen, in der Tradition des Antibolschewisten (4) Leo Trotzki, der zum Kampf gegen die Sowjetmacht aufgerufen hat (5) und zu diesem Zweck vor der Kollaboration mit Faschisten (6) nicht zurückschreckte. Nicht wie diejenigen, die sich als noch so links verstehen mögen, sich aber im Zweifelsfall immer der vorherrschenden Meinung des bürgerlichen Mainstreams unterwerfen, welcher die Interessen der herrschenden Klasse widerspiegelt und sich daher ganz natürlicherweise gegen den Fortschritt der Wahrheit und die Wahrheit des Fortschritts wendet. Selbstverständlich auch nicht wie der offene Klassenfeind.

Zwar können wir aus allen historischen Wahrheiten etwas lernen, doch gilt es, den Entstellungen durch die Verabsolutierung tatsächlicher Fehler und durch die Lügen und Verzerrungen der bürgerlichen Mainstream-Historiographie entgegenzuwirken und demgegenüber die Errungenschaften der realsozialistischen Staaten zu betonen. Nicht in einer abermals verabsolutierend entstellenden Form, also verherrlichend, sondern in einer die tatsächlichen Fehler ins rechte Licht gerückt und in die Darstellung aufgenommen habenden Form. Dabei muss die Komplexität des jeweiligen historischen Kontexts möglichst umfassend einbegriffen werden. Verteidigen wir den bisherigen Realsozialismus und sein historisches Erbe – und zwar anhand des Faktenmaterials und der Wahrheit.

Viele Vorwürfe, die der Sowjetunion insbesondere der dreißiger Jahre gemacht werden, haben sich inzwischen als falsch herausgestellt, nicht zuletzt aufgrund der Öffnung russischer Archive. Dass die wichtigsten Lügen, auf die sich die kalten Krieger des Westens fortan stützen konnten, ausgerechnet aus dem Zentrum des Weltkommunismus kamen, nämlich vom damaligen KPdSU-Generalsekretär Nikita Chruschtschow, hatte eine fatale Desorientierung in der kommunistischen Bewegung zur Folge, die nach wie vor hochgradig wirksam ist. Den Grundstein dafür legte Chruschtschow in seiner berüchtigten „Geheimrede“ am XX. Parteitag der KPdSU 1956, von der „*wortwörtlich JEDE Aussage gelogen ist und sich mit verifizierten Archivquellen und Zeugenaussagen widerlegen lässt*“, wie im Klappentext der in

Kürze vorliegenden deutschen Ausgabe von Grover Furrs Buch „Chruschtschows Lügen“ zu lesen ist (7). Der Historiker Eric Hobsbawm urteilte über die Bedeutung dieses Parteitages folgendermaßen: *„In der Geschichte der revolutionären Bewegung des vergangenen Jahrhunderts gibt es zwei ‚zehn Tage, die die Welt erschütterten‘: die Tage der Oktoberrevolution, die in dem Buch von John Reed mit dem gleichnamigen Titel beschrieben wurden, und der XX. Parteitag der KPdSU (14. – 25. Februar 1956). Beide Ereignisse teilen diese Geschichte abrupt und unwiderruflich in ein ‚Davor‘ und ein ‚Danach‘. Ich kenne kein vergleichbares Ereignis in der Geschichte einer bedeutenden weltanschaulichen oder politischen Bewegung. Um es in wenigen einfachen Worten auszudrücken, die Oktoberrevolution schuf eine weltkommunistische Bewegung, der XX. Parteitag zerstörte sie.“* (8)

Wollen wir sie neu aufbauen, so müssen wir dem hegemonialen Geschichtsbild etwas entgegensetzen. Das mag alles andere als einfach sein, es ist aber jedenfalls absolut unumgänglich. Unser Kampf um die Geschichte ist wesentlich auch ein Kampf gegen den Antikommunismus, und je erfolgreicher er geführt wird, desto schnellere Fahrt kann die Entwicklung der kommunistischen Bewegung annehmen. Wenn wir die größeren und kleineren Säulen der antikommunistischen Propaganda zum Einsturz bringen, so gerät durch die Entlarvung der Verzerrungen der bürgerlichen Ideologie diese selbst und damit letztlich auch das kapitalistische System immer mehr ins Wanken. Wir müssen uns daher anstrengen, wir müssen die Wahrheit in den Tatsachen suchen, wir müssen die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Realsozialismus wie auch ganz allgemein die jüngere und ältere Vergangenheit studieren.

Doch damit nicht genug, denn wir wollen uns nicht nur selbst Wissen aneignen, sondern es auch verbreiten. Wir müssen daher die ArbeiterInnen anhand konkreter historischer und aktueller Beispiele davon überzeugen, dass es sich bei der herrschenden Meinung um die Meinung der Herrschenden und damit in allen wichtigen Fragen um ideologisch verzerrte Propaganda handelt. Wir müssen die ArbeiterInnen dazu bringen, die Zerrlinsen, die ihnen von der bürgerlichen Ideologie immer und immer wieder unbemerkt ins Auge gedrückt werden, herauszunehmen und sie abzuwehren, um fortan der Wirklichkeit unmittelbar ins Gesicht zu sehen. Die meisten haben sich an diese Zerrlinsen gewöhnt und werden sie nur mit viel Überzeugungsarbeit unsererseits gänzlich und endgültig abstreifen, und einigen werden wir ins Auge fassen müssen, um ihnen den unbequemen, aber erhellenden Gefallen zu tun.

Eines steht fest: Der Klassenfeind ist derzeit übermächtig und er betreibt nahezu unbeirrt Geschichtsschreibung nach seinen Interessen, er sorgt dafür, dass uns allen von klein auf ins Hirn defäkiert wird. – Und dennoch spricht der wichtigste Anknüpfungspunkt für die Möglichkeit unseres Sieges: Das Klasseninteresse der Arbeiterklasse, das auf historischen Fortschritt abzielt und dazu objektive Geschichtserkenntnis vo-

raussetzt. Denn ohnehin spüren die ArbeiterInnen aufgrund der täglichen Erfahrungen mit den menschenfeindlichen Auswirkungen des Kapitalismus, dass mit der bestehenden Welt und damit, wie sie allüberall erklärt wird, irgendetwas nicht ganz stimmen kann. Aber dieses Bauchgefühl ist für die meisten erst sehr unbestimmt. Zu unseren Aufgaben gehört es, den ArbeiterInnen begreiflich zu machen, dass sich die Welt nach Ablehnung der antikommunistischen Dogmen – und erst recht nach Einnahme einer marxistischen Perspektive – viel plausibler erklären lässt und dass diese aufgeklärte Sicht auf die Dinge obendrein auch noch mit ihren ureigensten Klasseninteressen harmoniert.

Wer wir sind

Würde man die kommunistische Bewegung aristotelisch nach *genus proximum* und *differentia specifica* (nächste Gattung und spezifische Differenz) definieren wollen, so könnte man etwa Folgendes sagen: Gattungsbegriff ist, was eingangs schon erläutert wurde, nämlich dass wir eine Bewegung sind, die den historischen Fortschritt forcieren und einer solidarischen Gesellschaft zum Durchbruch verhelfen will. Es kommt darauf an, entgegen der antikommunistischen Propaganda glaubhaft zu machen, dass es auch uns um nichts anderes geht als was letztlich ohnehin jeder (gute) Menschen wünscht: „*Über die Ziele, wie man leben will, hat es in der Geschichte der Menschheit nie Meinungsverschiedenheiten gegeben*“ (9), meinte dazu in gewohnt überspitzter Form der Begründer der sozialistischen Klassik Peter Hacks.

Die spezifische Differenz zu anderen Bewegungen, die sich ebenfalls einer solidarischen Gesellschaft verschrieben haben, besteht in einer bestimmten Art und Weise, wie wir sie zu erkämpfen versuchen. Der Anspruch lautet, den direktesten Weg zu finden, und die Suche nach ihm ist, was den ideologischen Streit ausmacht. Es stimmt zwar, dass es in einer zukünftig verwirklichten solidarischen Gesellschaft ein Leichtes sein wird, rückwirkend zu beurteilen, welcher Weg zu diesem neuen Zusammenleben geführt hat und daher offenbar der direkteste und beste war. Allein: Nur zu verlautbaren, die künftige Geschichte würde es schon zeigen, nützt herzlich wenig, denn weder sagt uns das etwas darüber, wie wir politisch wirken sollen, noch kann man damit irgendjemanden überzeugen, mitzumachen. Um diese beiden Effekte zu erreichen, zählt es stattdessen zu den zentralen Aufgaben unserer theoretischen Arbeit, schon im Hier und Jetzt ebendieses Hier und Jetzt denkend zu überschreiten, dabei vom guten „Ende“ auszugehen und die Bedingungen der Möglichkeit seiner Verwirklichung zu ergründen.

Die kommunistische Bewegung muss, um ihrem Anspruch nachzukommen, Avantgarde an historischer Front zu sein, auch den Anspruch erfüllen, diese Bedingungen am genauesten zu kennen und mit ihnen am besten umzugehen zu wissen (10). Zwar kann man spekulieren, dieses „am genauesten“ würde aufgrund des Superlativs stets

nur auf eine einzige Person zutreffen können, und Tatsache ist jedenfalls, dass es zwischen Individuen graduelle Abstufungen darüber geben kann und gibt. Doch geht es wie gesagt um die Bestimmung einer politischen Bewegung, die zur Durchsetzung ihrer Ziele selbstverständlich eine kollektive sein muss. Es stellt sich somit die Frage nach dem Ort des Umschlags von Quantität zu Qualität: Wie genau muss man die Bedingungen der Möglichkeit historischen Fortschritts kennen, um – was die ideologische Ebene betrifft – zur kommunistischen Bewegung gezählt werden zu können? Anders formuliert, aber dasselbe bedeutend: Welche politisch-strategischen Konzepte, Prinzipien und Perspektiven muss man erkannt und anerkannt haben?

Es gibt ein Kriterium, das den Ort dieses Umschlags angibt, welcher im Verlauf der Geschichte tendenziell immer höher angesetzt werden kann und muss. Wie hoch jeweils, bestimmt sich danach, auf welcher Höhe der historische Fortschritt bestmöglich forciert werden kann, das zu-hoch wäre genauso schlecht wie das zu-niedrig. Das gesuchte Kriterium kann daher ebenfalls kein ahistorisches sein. Es heißt kommunistisches Parteiprogramm und muss in einer mobilisierenden Form die wesentlichen sowie dringlichsten Bedingungen der Möglichkeit historischen Fortschritts möglichst exakt und pointiert beinhalten. Dabei in leeren Allgemeinplätzen zu verharren, würde hingegen früher oder später zwangsläufig zu ideologischer Beliebigkeit führen, die gegenüber irreführenden oder gar feindlichen Denkweisen wehrlos ist. Ebenso fatal wäre es, wenn die Programmatik nicht mit der tatsächlichen politischen Praxis übereinstimmen würde. Die politische Praxis muss auf dem Programm fundiert sein, umgekehrt muss das Programm nach Reflexion der Erfahrungen aus der politischen Praxis und deren Vermittlung mit den bereits akkumulierten theoretischen Positionen und Überlegungen sukzessive weiterentwickelt werden. Falsch wäre aber auch, Positionen in das Programm aufzunehmen, über welche in der Partei noch Uneinigkeit herrscht und noch nicht ausführlich und grundlegend diskutiert wurde. Die Zustimmung zu allen Positionen des Parteiprogramms ist nämlich ein Kriterium dafür, ob jemand Parteimitglied sein kann oder nicht. Wie klar wir dieses Verhältnis zwischen der Zustimmung zum Programm und der Parteimitgliedschaft hinkriegen, bedingt die Effizienz unserer Arbeit. Über das Programm muss in der Partei *Konsens* herrschen. Hier gibt es folglich keine Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, sondern nur die organisatorische Trennung der Minderheit von der Mehrheit. Wenn daher eine Mehrheit eine Minderheit weiterhin als Teil der Avantgarde akzeptieren möchte, kann sie ihre Position zur jeweils strittigen Frage vorerst nicht ins Parteiprogramm aufnehmen, stattdessen muss die Frage ausdiskutiert und eine gemeinsame Antwort gefunden werden. Die kommunistische Partei wirkt „*als ein Selektionsmechanismus zur Herausbildung der führenden Gruppe im gesellschaftlichen Emanzipationsprozess*“ (11), und das Parteiprogramm muss diesen Selektionsmechanismus der Avantgarde auf ideologischer Ebene widerspiegeln. Aus alledem ist ersichtlich, wie ernst die

Anstrengungen rund um das Parteiprogramm genommen werden müssen, und dass es daher von uns allen breit und tiefgehend diskutiert werden muss.

Unsere Überzeugungsarbeit muss dann darin bestehen, zu zeigen, dass unsere Strategie zur Verwirklichung einer besseren Welt konsequent gedacht die einzige ist, die dazu tatsächlich längerfristig beiträgt. Oben war zum Beispiel ganz allgemein von einer solidarischen Gesellschaft die Rede, die viele außer uns abstrakt anstreben mögen, von der es aber konkret zu zeigen gilt, dass und warum sie nur im und durch den Sozialismus, nach Organisierung der Arbeiterklasse, Verbreitung von Klassenbewusstsein und Ausfechtung heftigster Klassenkämpfe Wirklichkeit werden kann. Diese Herangehensweise ist der Sache nach, in logischer wie historischer Hinsicht, mindestens legitim, ihre Zweckmäßigkeit in der Überzeugungsarbeit ist aber – neben anderen Herangehensweisen – unbestreitbar: Man beginnt mit einem Ziel, dem alle zustimmen, leitet dann Schritt für Schritt her, wie es zu erreichen ist und führt gegebenenfalls im Gleichschritt dazu jene Begriffe und Prinzipien ein, gegen die bei sofortiger Verwendung viele aufgrund der antikommunistischen Propaganda allergisch reagieren könnten.

Im Ende fallen *genus proximum* und *differentia specifica* also sozusagen zusammen. Es reicht aber nicht, dies über unsere Strategie einfach nur zu behaupten, sondern wir müssen uns praktisch unter Beweis stellen und theoretisch den Weg vom *genus proximum* zur *differentia specifica* in einer überzeugenden Form herleiten. Es gilt, das Forcieren-Wollen des historischen Fortschritts auf den Begriff zu bringen. Und den haben wir, wenn auch klarer als sonst jemand, selbst erst sehr vage im Kopf und in der Hand. Seine nötige weitere Aufklärung ist ein wichtiger Teil der theoretischen Arbeit – vielleicht der zentrale, um den herum sich alle anderen theoretischen Fragestellungen gruppieren und von dem sie abhängen.

Stefan Klingersberger

Anmerkungen

- (1) Hans Heinz Holz: Theorie als materielle Gewalt – Die Klassiker der III. Internationale, Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie Band 2, Aurora Verlag, Berlin 2011, Seite 78.
- (2) Ernst Bloch zitiert Johann Georg Hamann. Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2013, Seiten 152f.
- (3) Als ein gutes und bekanntes Beispiel dafür könnte man etwa das „Kommunistische Manifest“ nennen, das sich gleichermaßen als wissenschaftliche Abhandlung, als politisches Manifest nach vorne in eine bessere Zukunft und als literarisches Kunstwerk darstellt.

(4) Vgl. Max Seydewitz: Stalin oder Trotzki?, siehe <http://bit.ly/Y0RELb>, zuletzt abgerufen am 24.09.2014.

(5) Ebenda, insbesondere der Abschnitt „Trotzkis Wahlspruch“.

(6) Vgl. Grover Furr: Evidence of Leon Trotsky's Collaboration with Germany and Japan, siehe <http://bit.ly/1mriLLc>, zuletzt abgerufen am 24.09.2014.

(7) Vgl. die Verlagsseite der Eulenspiegel Verlagsgruppe: <http://bit.ly/1uWVdiE>, zuletzt abgerufen am 24.09.2014.

(8) Eric Hobsbawm: Gefährliche Zeiten – Ein Leben im 20. Jahrhundert, Carl Hanser Verlag, München, Wien 2003, Seite 234.

(9) Peter Hacks, Hacks-Werke 13/235, zit. nach: ... und nimmt das Gegenteil – Gesellschaftsutopien bei Peter Hacks, Aurora Verlag, Berlin 2013, Seite 77.

(10) „Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“ Marx/Engels: Das kommunistische Manifest, siehe <http://bit.ly/Y3qxzz>, zuletzt abgerufen am 24.09.2014

(11) Hans Heinz Holz: Theorie als materielle Gewalt – Die Klassiker der III. Internationale, Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie Band 2, Aurora Verlag, Berlin 2011, Seite 81.

Zur Konterrevolution 1989/90

Gerhard Schiller: Zeittafel der Konterrevolution 1989/1990

1989

11.09.-- Ungarn öffnet die Grenze für die Ausreise von 6.000 DDR Bürgern

19.09.-- Das Neue Forum beantragt seine Zulassung, das wird abgelehnt wegen „Staatsfeindlichkeit“- am 31.10. erfolgt die Zulassung dann doch.

21.09.-- Der Stellvertretende Kulturminister der DDR Klaus Höpcke bekennt sich vor Studenten der Kunsthochschule in Ostberlin für Reformen in DDR.

25.09.-- Nach einem so genannten „Friedensgebet“ in der Leipziger Nicolaikirche formiert sich eine Demonstration von 5.000 Bürgern unter Ruf „Wir bleiben hier“.

01.10.-- Gründung „Demokratischer Aufbruch“.

01.10.-- LDPD Vorsitzender Gerlach fordert Reformen in der DDR.

04.10.-- 10.000 Ausreisewillige DDR-Bürger dürfen die CSSR verlassen. Die DDR schließt die Grenze zur CSSR.

06.10.-- Gorbatschow ermahnt die DDR-Führung zu Reformen.

07.10.-- Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR, gleichzeitige Demonstrationen „für Meinungsfreiheit und Reformen“ werden von der Polizei aufgelöst.

09.10.-- 70.000 Menschen demonstrieren in Leipzig mit Ruf „Wir sind das Volk“ und „keine Gewalt“. Die Polizei greift nicht ein.

11.10.-- Das Politbüro der SED veröffentlicht eine Erklärung zur Lage.

18.10.-- Im Land häufen sich Kritiken an Honecker.

19.10.-- Honecker, Mittag und Herrmann werden gestürzt, Krenz wird Nachfolger. Er kündigt Reformen an.

22.10.-- Eine Gesprächsrunde, zu der Kurt Masur einberufen hat, gibt den Auftakt für die so genannten „Sonntagsgespräche“.

24.10.-- Die beiden Pfarrer Eppelmann und Schorlemmer sprechen sich in einem Brief an Krenz für einen „offenen und partnerschaftlichen Dialog“ aus und betonen, dass es ihnen „um die Entwicklung von Demokratie und Sozialismus in unserem Land“ gehe.

25.10.-- Krenz wird Staatsratsvorsitzender.

28.10.-- Die DDR erlässt eine Amnestie für politische Flüchtlinge.

03.11.-- Krenz kündigt weitere Reformen an. Zahlreiche Politbüromitglieder treten zurück. Krenz untersagt jeden Waffengebrauch auch für Fall, dass Demonstranten in den Bereich der Grenzsicherungsanlagen eindringen sollten.

04.11. -- In Berlin findet die von Künstlern der DDR organisierte größte Demonstration der DDR-Geschichte statt, voller kleinbürgerlicher Illusionen.

07.11.-- Die Regierung Stoph tritt zurück.

08.11.-- Das Politbüro der SED tritt zurück.

09.11.-- Schabowski verkündet die Öffnung der Grenzen. Krenz und das Politbüro hatten sie beschlossen, die Veröffentlichung war allerdings erst für den nächsten Tag vorgesehen gewesen.

11.11.-- Die DDR beginnt mit dem Abriss der Mauer.

12.11.-- Auf Kundgebungen in mehreren Städten fordern SED-Mitglieder eine „Erneuerung der Partei von unten“.

13.11.-- Die Volkskammer wählt Hans Modrow zum Ministerpräsidenten - Trennung zwischen Partei und Regierung - Günther Maleuda, Bauernpartei, wird Präsident der Volkskammer

Mitte 11.-- Der in West- und Ostberlin tätige holländische Pfarrer Dick Boer wendet sich an Kirchenvertreter, Künstler, Wissenschaftler und Persönlichkeiten der Oppositions-Bewegung mit der illusorischen Idee, eine Aufrufung zur Rettung der DDR ins Leben zu rufen

17.11.-- Ministerpräsident Modrow kündigt in einer Regierungserklärung umfassende Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an. Er unterbreitet den Vorschlag, zwischen den Regierungen der DDR und der BRD eine Vertragsgemeinschaft herzustellen

23.11.-- Die SED lädt die Oppositionsbewegung zu Gesprächen am „Runden Tisch“ ein. In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau erklärt der SDP-Vertreter Steffen Reiche, dass seine Partei für die Zweistaatlichkeit Deutschlands eintrete und eine Wiedervereinigung nicht für aktuell halte.

24.11.-- Gründung der Grünen Partei der DDR in Berlin. Wolfgang Schnur und Rainer Eppelmann vom „Demokratischen Aufbruch“ besuchen Kohl in Bonn.

28.11.-- Kohl legt in Bonn den „Zehn-Punkte-Plan“ vor. Bei Demos in der DDR werden erstmals Forderungen nach der Wiedervereinigung laut. Auf einer internationalen Pressekonferenz in Berlin verliert Stefan Heym den von Künstlern, Wissenschaftlern, Arbeitern und Angestellten initiierten Aufruf „Für unser Land“.

01.12.-- Die Volkskammer streicht den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung. Gemeinsamer Aufruf west- und ostdeutscher Intellektueller für eine „offene Zweistaatlichkeit“.

02.12. Vor dem ZK-Gebäude der SED in Berlin fordert ein Teil der Parteibasis die „demokratische Umgestaltung“ der DDR.

03.12.-- Seit der Öffnung der deutschen Grenze für DDR Bürger haben etwa 11 Millionen das Bundesgebiet besucht. Krenz verliert sein Amt als SED-Chef. Das Politbüro und das ZK der SED treten geschlossen zurück. An die Spitze der SED tritt ein provisorischer Arbeitsausschuss, den Herbert Kroker leitet.

06.12.-- Krenz tritt als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zurück. Vorsitzender des Staatsrates wird Gerlach, LDPD.

07.12.-- Alexander Schalck-Golodkowski stellt sich Westberliner Justizbehörden. Die Gespräche am Runden Tisch beginnen. Der Termin für freie Wahlen wird auf den 6. Mai 1990 festgelegt. Die Grüne Partei der DDR fordert die schrittweise Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

11.12.-- Gregor Gysi wird Vorsitzender der SED. Eine Woche später beschließt der Sonderparteitag (auch „Putschparteitag“ genannt) die Abschaffung von Zentralkomitee und Politbüro. In der SED wird der so genannte „antistalinistische Grundkonsens“ durchgesetzt und die Partei wird in SED/PDS umbenannt.

14.12.-- Die „Bürgerbewegung“ „Demokratie Jetzt“ legt einen Dreistufenplan für die deutsche Einheit vor. (1. Stufe: Nationalversammlung beider Staaten, 2. Stufe Staatenbund und duale deutsche Staatsbürgerschaft, 3. Stufe politische Einheit in einem Bund deutscher Länder.

19.12.-- Modrow und Kohl treffen sich in Dresden. Hilfezusage an die DDR. Die UdSSR warnt die BRD vor einer zu schnellen Verwirklichung der deutschen Einheit.

20.12.-- Francois Mitterrand besucht die DDR. Erstmals trifft das Staatsoberhaupt einer westlichen Siegermacht in Ostberlin ein („zwei Deutschland sind besser als eins“).

28.12.-- Volkskammerpräsident Maleuda richtet ein Schreiben an den Runden Tisch und lädt dessen Teilnehmer zur Volkskammertagung in 1/1990 ein

1990

03.01.-- Ultimatum des Runden Tisches an Modrow: Protest gegen die Einrichtung eines DDR-Verfassungsschutzes und DDR-Nachrichtendienstes. Bei einer Demo in Leipzig erringen die Befürworter der deutschen Einheit die Oberhand

10.01.-- Die „Bürgerbewegung“ „Demokratie Jetzt“ wendet sich gegen eine überstürzte Währungsunion mit DDR, weil dann die Arbeitslosenzahlen binnen eines Jahres bis auf zwei Millionen steigen würden.

15.01.-- Sturm auf die Stasi Zentrale in Berlin. Es kommt zu keinem Widerstand (gelenkt).

16.01.-- Modrow bietet der Opposition eine Regierungsbeteiligung an.

24.01.-- Heinz Kessler, Verteidigungsminister der DDR, wird von den (neuen) Justizorganen der DDR unter Modrow festgenommen wegen des Vorwurfs der „Verschwendung von Volksvermögen“. Freilassung im April 1990. 1.267.048 DDR-Bürger bejahen per Unterschrift den Aufruf „Für unser Land - für eine eigenständige DDR“. 9.273 Bürger erklären sich zum Aufruf ablehnend.

25.01.-- Die DDR-CDU zieht ihre Minister aus der Regierung zurück

29.01.-- Erstmals treten Vertreter des Runden Tisches auf einer Volkskammertagung auf.

31.01. -- Modrow ist zu Gesprächen mit Gorbatschow in Moskau. Er erhält die Zustimmung der SU, den Prozess der Wiedervereinigung in eigener Verantwortung durchzuführen und einen Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft abzuschließen.

01.02.-- Modrow schlägt auf einer internationalen Pressekonferenz in Berlin unter dem Motto „Deutschland, einig Vaterland“ vor, einen einheitlichen deutschen Staat zu schaffen. Der „Runde Tisch“ spricht sich gegen Auftritte westdeutscher Politiker im Wahlkampf aus.

05.02.-- Politiker der West-CDU schmieden in Berlin (West) mit der Ost-CDU, der DSU und dem „Demokratischen Aufbruch“ das konservative Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“.

07.02.-- Die Bundesregierung beschließt, sofort über eine Währungsunion und Wirtschaftsreform zu verhandeln. Unter Kohl konstituiert sich der „Ausschuss Deutsche Einheit“.

11.02.-- Kohl und Genscher verhandeln mit Gorbatschow in Moskau über die deutsche Einheit - ohne Vertreter DDR. Sie erhalten die Zusage, dass „die Deutschen“ den Zeitpunkt und den Weg ihrer Einheit selbst bestimmen können.

13.02.-- Modrow ist mit acht Ministern aus Reihen der Opposition in Bonn. Die Regierung Kohl lehnt den in Dresden versprochenen Solidarbeitrag für die DDR ab. Einigung über die Einrichtung einer Expertenkommission zur Vorbereitung der Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft. Kohl geht davon aus, dass „die Einführung der D-Mark der Startschuss für ein Wirtschaftswunder in der DDR sein wird“.

24.02.-- Die DDR-Volkskammer beschließt die gesetzlichen Grundlagen für Wahlen in der DDR.

01.03.-- Kohl spricht sich für die deutsche Einheit nach Art. 23 des Grundgesetzes der BRD aus. Der Ministerrat der DDR beschließt die Gründung einer Treuhandanstalt zur Verwaltung des Volkseigentums sowie VO und zur Umwandlung der VEB und VEK und andere wirtschaftliche Einrichtungen der DDR in Kapitalgesellschaften mit „Mitspracherecht der Belegschaften“.

05.03.-- Der „Runde Tisch“ verabschiedet eine „Sozialcharta“ für die deutsch-deutschen Verhandlungen, die die sozialen Besitzstände der DDR-Bürger garantieren soll.

12.03.-- In seiner letzten Sitzung versucht der „Runde Tisch“, Verfassungs- und Eigentumsrechte der DDR-Bürger zu sichern. Er legt einen Verfassungsentwurf vor, worüber die Bürger am 17.6.1990 entscheiden sollen. Jeder Bürger soll mit 40.000 Mark am Gemeinbesitz der DDR beteiligt werden.

13.03.-- Kohl verspricht für die Einführung der DM einen Umtauschkurs von 1 : 1 für Sparkonten.

14.03.-- In Berlin treffen sich erstmals Vertreter beider deutscher Staaten und die der Alliierten zu „Zwei-plus-Vier-Gesprächen“.

17.03.-- SU-Außenminister Schewardnadse teilt Lothar de Maiziere bei einem Gespräch in Prag mit, dass die SU am 1.6. zahlungsunfähig sein werde und der Staatsbankrott drohe. Angesichts dessen habe Gorbatschow geraten, die deutsche Einheit recht zügig zu verwirklichen

18.03.-- Die „Allianz für Deutschland“ gewinnt überraschend die Wahlen. Mit 41 % wird die Ost-CDU unter de Maiziere mit Abstand stärkste Partei. Die vorher favorisierte SPD folgt mit 22 % und die PDS mit 16 %.

20.03.-- Aus einer Umfrage des Wickert-Institutes geht hervor, daß 67 % der DDR-Bürger gegen die deutsche Einheit noch in diesem Jahr sind. Für die Sicherung der Eigentumsverhältnisse sprachen sich 57 % aus, für die Wahrung sozialer Besitzstände 53 %, für die Verankerung des Rechtes auf Arbeit 50 %.

21.03.-- Kohl berät mit Vertretern der „Allianz für Deutschland“ die Regierungsbildung in der DDR. Die CDU denke keinesfalls daran, das Betriebsgesundheitswesen in seiner prinzipiellen Substanz in Frage zu stellen, die Betriebspolikliniken sollten nicht aufgelöst werden.

23.03.-- Das Präsidium der West-CDU schlägt vor, Lothar de Maiziere für das Amt des DDR-Ministerpräsidenten aufzustellen. Die SPD erhält ein Angebot zur Regierungskoalition. Die CDU lehnt die Forderung der SPD ab, Volkskammer-Abgeordnete auf Stasi-Verbindungen zu überprüfen, weil das eine Gefahr der Eskalation des Misstrauens bedeuten würde.

24.03.-- Bundesminister Blüm erklärt, gleiche Löhne und Renten für DDR-Bürger werde es aber erst ein paar Jahre nach der Einheit geben.

26.03.-- Ermittlungen gegen Honecker, Mittag, Mielke und Herrmann ergeben, dass der Verdacht des Hochverrates nicht bestehe.

28.03.-- Die NDPD der DDR tritt korporativ dem „Bund Freier Demokraten/die Liberalen“, vormals LDP der DDR, bei. Kohl äußert die Erwartung, dass es in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 Wahlen für ein gesamtdeutsches Parlament geben wird.

30.03.-- 34.000 DDR Bürger haben bis Ende März Arbeitslosengeld beantragt.

31.03.-- In Berlin konstituiert sich der Arbeitslosenverband.

01.04.-- Die Bundesbank löst mit dem Vorschlag, einen Umtauschkurs von 1 : 2 festzulegen, Unruhe und Proteste aus. Von Wahlbetrug ist die Rede. Die Forderung des Presse- und Informationsdienstes der DDR, keine westdeutschen Zeitungen und Zeitschriften in die DDR auszuliefern, wird empört zurück gewiesen.

02.04.-- Der Vorsitzende der SPD-Ost, Böhme, erklärt seinen Rücktritt.

03.04.-- Honecker wird zur medizinischen Behandlung von Lobetal in das SU-Militärhospital in Beelitz gebracht.

04.04.-- Der Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ wird vorgelegt, jedoch von Volkskammerpräsidentin Bergmann-Pohl, CDU, nicht zur Kenntnis genommen und am 26.4. durch einen Geschäftsordnungstrick an den Rechtsausschuss überwiesen, schließlich vom Vizepräsidenten der Volkskammer, Höpner, SPD, ganz vom Tisch gewischt..

06.04.-- Volkskammer-Präsidentin Bergmann-Pohl ist für eine Vereinigung nach Art. 146 GG.

08.04.-- Kohl versichert, dass es bei einem Umtauschkurs von 1 : 1 bleiben soll.

10.04.-- Modrow erklärt, die frühere SED sei auf dem Weg der Erneuerung.

12.04.-- Die Volkskammer bestätigt die aus den Wahlen hervorgegangene Regierung, eine Koalition der Allianzparteien, der Liberalen und der SPD unter de Maiziere. Der 1.Juli 1990 wird als Termin für die Währungsumstellung festgelegt.

19.04.-- Die Wirtschaftsminister von DDR und BRD versprechen, dass die Verpflichtungen gegenüber der UdSSR u.a. RGW Ländern eingehalten werden. In DDR sind in nächster Zeit 170.000 Obdachlose zu erwarten.

20.04.-- DDR-Finanzminister Romberg, SPD, erklärt, 70 % der DDR-Betriebe werden eine solche Währungsunion nicht überleben.

06.05.-- Kommunalwahlen in der DDR: CDU bei 34,4 %, SPD 21.3 %, PDS 14.6 %

09.05.-- Der FDGB gibt dem allseitigen Druck nach und beschließt die Auflösung der Einheitsgewerkschaft.

14.05.-- Der Mieterbund der DDR fordert eine Festschreibung der Eigentumsrechte von DDR-Bürgern an Grund und Boden im deutsch-deutschen Staatsvertrag.

31.05.-- Eppelmann, Verteidigungsminister (!) der DDR, würdigt zum Ausscheiden des Generalleutnant Lorenz aus den DDR-Grenztruppen dessen Verdienste für Jahrzehnte gesellschaftlich notwendiger Arbeit, für hohe Verantwortung und Verlässlichkeit im Dienst der Grenztruppen der DDR. (1994 wird Lorenz wegen Totschlags angeklagt.)

29.06.-- Bundespräsident v. Weizsäcker schlägt Berlin als Hauptstadt und Sitz der künftigen deutschen Regierung vor.

01.07.-- Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Einführung der DM: Sparguthaben für Kinder bis 14 Jahren können bis 2000 Mark 1 : 1 in DM umgetauscht werden, Sparguthaben der 15- bis 59-jährige Bürger bis 4000 Mark und Sparguthaben älterer Bürger bis 6000 Mark. Alle weiteren Sparguthaben wurden zum Kurs von 2 : 1 umgetauscht. Die „Treuhand“ genannte „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ übernimmt 7.894 volkseigene Betriebe, damit vier Millionen Beschäftigte mit dem Ziel der Privatisierung der Betriebe.

16.07.-- Im Kaukasus einigen sich Kohl und Gorbatschow unter Ausschluss von DDR-Vertretern darauf, dass das wiedervereinigte Deutschland selbst und frei über seine Bündniszugehörigkeit entscheiden kann, was einem Freibrief für BRD gleichkam.

02.08.-- de Maiziere erklärt nach einem Treffen mit Kohl am Wolfgangsee überraschend die schnelle Vereinigung, Termin Oktober.

11.08.-- Die FDP der BRD vereinigt sich mit dem BFD (Bund freier Demokraten) der DDR.

19.08.-- Die SPD verlässt die Koalitionsregierung de Maiziere.

23.08.-- Die Volkskammer der DDR erklärt den Beitritt zur BRD lt. Art. 23 GG.

31.08.-- Der Einigungsvertrag wird unterzeichnet; Schäuble und Krause. In DDR gibt es inzwischen 361.286 Arbeitslose.

10.08.-- Neuer Radikalenerlass der BRD-Regierung: Aussonderung von DDR Bürgern aus dem öffentlichen Dienst.

06.09.-- BRD und UdSSR einigen sich über den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR.

20.09.-- Der Einigungsvertrag wird angenommen, PDS und Grüne der DDR stimmen mit nein, SPD und die Koalition der Allianzparteien mit ja.

24.09.-- Austritt der DDR aus dem Warschauer Vertrag.

03.10.-- Beitritt zur BRD als „neue Bundesländer“.

Gerhard Schiller

Buchbesprechungen

Gerhard Feldbauer: Das Massaker von Sant' Anna di Stazzema. Mit den Erinnerungen von Enio Mancini.

Herausgegeben von Gabriele Heinecke, Christiane Kohl und Maren Westermann.

Ein Kapitel unbewältigter brauner Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland

Eines der barbarischsten Verbrechen, das unter dem Besatzungsregime Hitlerdeutschlands in Italien begangen wurde, war das SS-Massaker in der Gemeinde Sant' Anna di Stazzema in der Provinz Chieti nördlich von Rom in den toskanischen Abruzzen. Binnen weniger Stunden ermordeten dort am 12. August 1944 Angehörige der Aufklärungsabteilung der 16. Panzergrenadier-Division „Reichsführer SS“ unter dem Kommando des Obersturmbannführers Walter Reder 560 Einwohner, alles Zivilisten, darunter 120 Kinder unter 16 Jahren und acht schwangere Frauen. Das jüngste Opfer zählte drei Monate, das älteste 86 Jahre. Die Familie Tucci, die Frau Anna Maria, der Mann Antonio, wurde mit ihren acht Kindern niedergemetzelt. In Sant' Anna hatte es bis zu dieser Zeit keine Zusammenstöße mit Partisanen gegeben und kein Deutscher war getötet worden. Während die SS-Abteilung das Dorf überfiel, befand sich kein einziger Widerstandskämpfer dort.

Der für seine antifaschistischen Publikationen bekannte Hamburger Laika-Verlag hat anlässlich des 70. Jahrestages dieses Verbrechens die Erinnerungen Enio Mancinis, der als sechsjähriges Kind überlebte, veröffentlicht. Herausgeber bzw. weitere Autoren der Publikation sind der Historiker von der Universität Köln Carlo Gentile, die Hamburger Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, die langjährige Italien-Korrespondentin des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ und der „Süddeutschen Zeitung“ Christine Kohl und das Mitglied der Rheinischen Philharmonie Koblenz, Maren Westermann, die mit ihrem Mann u. a. durch Benefizkonzerte für Sant' Anna den Bau einer neuen Orgel für die bei dem Verbrechen zerstörte finanzierte. Das Buch stützt sich auf jahrelang von Mancini gesammelte Fotos, Dokumente und Be-

richte der Überlebenden, mit denen er in Sant' Anna ein Museum des Widerstandes einrichtete, das er bis 2006 leitete. Viele der Fotos sind in dem Buch zu sehen.

Auf Frauen und Kinder „rücksichtslos hineinzuschießen“

Nach dem Einmarsch der angloamerikanischen Truppen am 4. Juni 1944 in Rom hatte der Partisanenkampf, darunter auch in Chieti, stark zugenommen. Die Partisanen befreiten mehrere Städte, darunter am 14. Juni Terni, am 3. Juli Siena und am 11. August Florenz. Vom 28. Juli bis 3. August schlugen sie den Angriff von drei deutschen Divisionen auf die befreite Zone von Montefiorini in der Emilia Romagna zurück. Die Wehrmacht erlitt überall große Verluste. Ihre Antwort war Mord und Terror gegen die Zivilbevölkerung. Dabei war, wie ein Hitler-Befehl festlegte, „ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt“. Ausdrücklich hieß es, auf Frauen und Kinder „rücksichtslos hineinzuschießen“. So wurde auch in Sant' Anna verfahren. Die Feder sträubt sich, die in dem Buch enthüllten sadistischen Verbrechen wiederzugeben. Einer Schwangeren wurde der Leib aufgeschnitten und der Fötus herausgerissen. Die SS-Leute durchkämmt Gehöft für Gehöft, Weiler für Weiler, die Gebäude wurden angezündet und niedergebrannt, die Einwohner, soweit sie nicht flüchten konnten, umgebracht. 150 Menschen wurden auf dem von einer Mauer eingefriedeten Kirchplatz mit nur einem einzigen Zugang, zusammengetrieben und mit zwei Maschinengewehren und Handgranaten regelrecht hingeschlachtet. Anschließend schichteten die Mörder die Leichen übereinander, übergossen sie mit Benzin und zündeten sie an, um sie bis zur Unkenntlichkeit zu verstümmeln. Nur 350 der Mordopfer konnten später identifiziert werden. Dem Besatzungsterror fielen in den folgenden Wochen weitere Tausende Einwohner zum Opfer, darunter bis zum 5. Oktober in Marzabotto 1.830 Menschen. Wie der bundesdeutsche Militärhistoriker Gerhard Schreiber in „Deutsche Kriegsverbrechen in Italien“ (München 1996) schrieb, wurden unter dem deutschen Besatzungsregime „im statistischen Mittel – ohne die gefallenen Partisanen und regulären Soldaten – täglich 165 Kinder, Frauen und Männer jeden Alters“ umgebracht.

Deutsche Justiz verweigerte Auslieferung der Verurteilten

Jeder der unzähligen Fälle barbarischer Kriegsverbrechen ist ein Kapitel unbewältigter brauner Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland. Denn in den seltensten Fällen wurden die Mörder und ihre Offiziere in der Bundesrepublik gerichtlich zur Verantwortung gezogen, auch nicht die des SS-Massakers von Sant' Anna. In Italien verschwanden nach dessen Aufnahme 1949 in die Nato die Akten zu vielen Kriegsverbrechen der deutschen Besatzungsmacht auf mysteriöse Weise für viele Jahre. Als schließlich 2005 in Italien zehn der Verbrecher von Sant' Anna angeklagt und zu lebenslanger Haft verurteilt wurden, konnten die Strafen nie vollstreckt werden, da die deutschen Justizbehörden die Auslieferung der Verurteilten verweigerten. Enio

Mancini berichtet, dass in dem Prozess der SS-Mann Adolf Beckert, der mit einem weiteren Soldaten einigen Einwohnern zur Flucht verhalf, sechs Stunden lang über das Wüten der Einheit Reders in Sant' Ana aussagte. Zu den so Geretteten gehörte auch Mancini selbst. Obersturmbannführer Reder konnte in Italien gefasst werden und wurde 1951 von einem Militärgericht in Bologna zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt, 1985 begnadigt.

Gabriele Heinecke, eine mutige Anwältin

Gabriele Heinecke (Mitherausgeberin), die jahrelang im Namen der überlebenden Opfer versuchte, den SS-Mördern den Prozess zu machen, stieß auf schockierenden Widerstand der deutschen Justiz. In Sant' Anna wurde ein fünfjähriges Kind an den Beinen gepackt und so lange mit dem Kopf gegen eine Mauer geschlagen, bis sein Schädel zertrümmert war. Heinecke klagte auf Mord mit dem Mordmerkmal der Grausamkeit. Die Stuttgarter Staatsanwälte meinten zwar, es sei Grausamkeit gewesen, ob es auch subjektiv Mord war, negierten sie, da der Täter sich der Tat nicht bewusst gewesen sein könnte. Heinecke geht in dem Buch ausführlich auf die unfassbare Verhinderungspraxis der deutschen Justiz ein und hält fest, dass „jeder dieser gut ausgebildeten SS-Angehörigen wusste“, dass „ein Völkerrechtsverbrechen“ begangen wurde. „Eine andere Interpretation konnte man gar nicht haben“. Zuletzt stellte die Staatsanwaltschaft Stuttgart 2012 ihre Ermittlungen gegen acht noch lebende Beschuldigte ein. Im Oktober 2013 wies das Oberlandesgericht Karlsruhe einen Klageerzwingungsantrag als „unzulässig“ zurück.

Die Heuchelei des Bundespräsidenten Gauck

Gabriele Heinecke geht auch auf die Heuchelei des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck ein, der im März 2013 Sant' Anna besuchte und von „Versöhnung“ sprach. Die Anwältin nennt seine Rede „symptomatisch für den Umgang mit den NS-Kriegsverbrechen in der Bundesrepublik Deutschland“, wenn er behauptete, „im Fall des Massakers von Sant' Anna reichten die Instrumente des Rechtsstaates nicht aus, um Gerechtigkeit zu schaffen.“ Welche Unverfrorenheit, ist hinzuzufügen, leistet sich das deutsche Staatsoberhaupt hier, das jahrelang keine Skrupel hatte, Bürger der DDR, die sich nach Recht und Gesetz für ihren Staat auch auf antifaschistischen Positionen einsetzten, erbarmungslos mit allen Mitteln des „Rechtsstaates“ zu verfolgen. Nicht zu vergessen, dass dieser Bundespräsident die von Hitlergenerälen aufgebaute Bundeswehr heute in weltweite Kriegseinsätze schicken will.

Nazi-Richter und ihr Nachwuchs ließen die Verbrecher ungeschoren

Der Bundespräsident sollte sich daran erinnern, dass noch unter der dritten Adenauer-Regierung 1957 alle 104 zu dieser Zeit in der Bundeswehr aktiven Generäle und Admiräle unter Hitler gedient hatten, 8.250 führende Nazis sich in einflussreichen Posi-

tionen der Bundeswehr, der Polizei, der Justiz, der Verwaltung und des diplomatischen Dienstes befanden. Das Innenministerium leitete von 1953 bis 1961 der SA- und NSDAP-Gefolgsmann Gerhard Schröder, nunmehr Mitglied der CDU. Allein in diesem Ministerium waren 250 Gestapo-Leute in verantwortlichen Stellen tätig. 74 Prozent der Diplomaten des Auswärtigen Amtes hatten bereits die aggressive Außenpolitik Hitlerdeutschlands vertreten. 80 Prozent aller Richter und Staatsanwälte der Justiz der Bundesrepublik waren ehemalige Mitglieder der Nazipartei. 200.000 ehemalige Nazibeamte wurden in den Bonner Staatsdienst übernommen. Von Gefolgsleuten Hitlers im Dienst der Bundesrepublik wurde aber auch, in Sonderheit in der Justiz oder der Bundeswehr, ein zahlreicher gesinnungstreuer Nachwuchs herangezogen, dem auch die Mörder von Sant' Anna wie unzählige andere, verdankten, dass sie ungeschoren davorkamen.

Ukrainische Faschisten und ihre Parteigänger in den Fußtapfen der SS-Verbrecher

Beim Lesen des aufrüttelnden Buches fiel mir der Ausspruch von William Faulkner ein: Die Vergangenheit ist nicht tot, sie ist nicht einmal vergangen. Leider wird in dem Buch und auch vom Verlag – mit Ausnahme von Gabriele Heinecke – ein konkreter Bezug zur Gegenwart nicht hergestellt. Obwohl die Mahnung Berthold Brechts, dass der Schoß, aus dem das kroch, noch fruchtbar ist, täglich bestätigt wird. So auch durch die Vorgänge in der Ukraine, wo mit Unterstützung von EU- und Nato-Staaten mit Deutschland an der Spitze, Faschisten an die Regierung gebracht wurden. Oder ist das Massaker im ukrainischen Odessa nicht mit dem von Sant' Anna zu vergleichen, spricht aus den Worten der vorherigen Präsidentschaftskandidatin Timoschenko, gegen den anderweitig bereits als „Ratte“ und „Raubtier“ diffamierten russischen Präsidenten Putin „eigenhändig zur MPI zu greifen“ und ihm „in den Kopf zu schießen“, oder anderen Äußerungen, mit den „russischen Untermenschen“ Schluss zu machen und „die ganze Welt zu mobilisieren“, damit „von diesem Russland nicht mal mehr ein verbranntes Feld übrigbleibt“, nicht der Geist der faschistischen Mörder der Hitlerwehrmacht, die in Italien und fast ganz Europa wüteten?

Gerhard Feldbauer

Das Massaker von Sant' Anna di Stazzema. Mit den Erinnerungen von Enio Mancini. Herausgegeben von Gabriele Heinecke, Christiane Kohl und Maren Westermann. Laika Verlag, Hamburg 2014. ISBN 9783944233-27-7. 140 S.

Frank Flegel: Ernst Wolf. Weltmacht IWF¹⁶.

Der Autor widmet sein Buch „den Menschen in Afrika, Asien und Südamerika, die es nicht lesen können, weil die Politik des IWF ihnen den Besuch einer Schule verwehrt hat.“

Dazu einige Zitate aus dem Vorwort: „Offiziell besteht die Hauptaufgabe des IWF darin, das globale Finanzsystem zu stabilisieren und in Schwierigkeiten geratene Länder aus der Krise zu helfen. In der Realität erinnern seine Einsätze eher an Feldzüge kriegsführender Armeen. Wo immer er einschreitet, greift er tief in die Souveränität von Staaten ein, zwingt ihnen Maßnahmen auf, die von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden und hinterlässt eine breite Spur wirtschaftlicher und sozialer Zerstörung. Dabei setzt der IWF weder Waffen noch Soldaten ein, sondern bedient sich ganz einfach der Mechanismen des Kapitalismus, genauer gesagt: der Kreditwirtschaft. Seine Strategie ist in allen Fällen so simpel wie effektiv: gerät ein Land in finanzielle Schwierigkeiten, ist er zur Stelle und bietet finanzielle Unterstützung in Form von Krediten an. Im Gegenzug fordert er die Durchsetzung von Maßnahmen, die die Zahlungsfähigkeit des Landes zum Zwecke der Rückzahlung dieser Kredite sicherstellen sollen. ... Für die einfache Bevölkerung der betroffenen und zumeist einkommensschwachen Länder hat diese Politik verheerende Folgen, denn diesen Regierungen handeln allesamt nach dem gleichen Muster: Sie wälzen die Folgen der Sparmaßnahmen auf die abhängig Beschäftigten und die Armen ab. Auf diese Weise haben IWF-Programme Millionen von Menschen den Arbeitsplatz genommen, ihnen den Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung, einem funktionierenden Bildungswesen und menschenwürdigen Unterkünften verwehrt. Sie haben ihre Nahrungsmittel bis zur Unbezahlbarkeit verteuert, die Obdachlosigkeit gefördert, alte Menschen um die Früchte lebenslanger Arbeit gebracht, die Ausbreitung von Krankheiten begünstigt, die Lebenserwartung verringert und die Säuglingssterblichkeit erhöht.“(S.9f.)

Diese Beschreibung ist sicherlich zutreffend. Natürlich reichen Beschreibungen nicht aus dafür, eine weltweit agierende Finanzorganisation zu analysieren – und zum Glück geht das Buch auch weit über die reine Beschreibung hinaus.

Es stellt die gesamte Geschichte des IWF dar, von der Gründung (Bretton Woods) bis zum aktuellen Agieren gemeinsam mit EU und EZB (Europäischer Zentralbank) als so genannte „Troika“ z.B. in Griechenland.

¹⁶ IWF = Internationaler Währungsfonds

Aber der Reihe nach: Es beginnt in Bretton Woods 1944 mit den Kämpfen um die imperialistische Vorherrschaft im Nachkriegszeitalter. Bekanntlich haben sich die USA durchgesetzt. Zunächst gibt es den so genannten Nachkriegsboom, dann in den 70er Jahren aber schon erste Krisenerscheinungen und die radikale Wirtschaftspolitik der Junta in Chile. Diese sollte bald das Vorbild für die Forderungen sein, die der IWF während der lateinamerikanischen Schuldenkrise Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre an seine dort entstandenen Schuldigen stellte: Kürzungen der Staatsausgaben vor allem im sozialen Bereich, Abbau der Subventionen und der Hilfen für Arme, Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Kahlschlag. Natürlich regte sich Widerstand, dieser wurde aber mit einer unvorstellbaren Brutalität niedergeschlagen. *„Insgesamt kam es zwischen 1976 und 1992 in 39 Ländern zu etwa 150 Protesten gegen die Sparpolitik von Regierungen und IWF, bei denen insgesamt mehrere zehntausend Menschen getötet wurden.“* (S. 46f.)

Sehr konkret und mit Hintergrundanalysen dargestellt werden die Prozesse der Wiedereinführung des Kapitalismus in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die Aktivitäten des IWF in Südafrika (um zu verhindern, dass die Aufhebung der Rassentrennung auch zu sozialen Umwälzungen führen könnte), in Jugoslawien während und nach dem Krieg, in Asien vor allem gegenüber Südkorea und Japan und sein Handeln vor und während des argentinischen Staatsbankrotts 2001/2001. Darauf folgt die Analyse der Einflussnahmen des IWF während der tiefen Krise 2008, besonders betrachtet werden Island, Irland, Griechenland und Zypern. Das Buch schließt mit einem Ausblick auf die europäischen und speziell deutschen Zukunftsperspektiven. *„Während die Anzahl deutscher Millionäre auf über eine Million angewachsen ist, gilt inzwischen jeder siebte deutsche Haushalt als arm oder armutsgefährdet. ... Das Vermögen der Arbeitslosen nahm zwischen 2002 und 2012 um 40 % ab. Brauchten 2003 noch 258.000 über 65-Jährige eine Grundsicherung, weil ihre Rente zum Leben nicht ausreichte, waren es am Jahresende 2012 bereits 435.000. Darüber hinaus ist die Zahl der befristeten Arbeitsverträge 2013 auf 2,7 Millionen und damit auf 42 % aller Neuverträge gewachsen. ... Den Preis für den Erfolg des 'Wirtschaftsmotors' der EU haben Millionen Niedriglöhner, Leiharbeiter, Hartz-IV-Bezieher, in Altersarmut abdriftende Rentner und benachteiligte Kinder zahlen müssen. Für sie ist das Wort 'Chancengleichheit' zum Fremdwort geworden, ihr Umfeld hat nichts mehr mit dem von Tarifpartnerschaft und sozialem Konsens geprägten Nachkriegsdeutschland zu tun. Sie leben in einer von Ungleichheit zerrissenen und von sozialer Kälte geprägten Gesellschaft, die ihnen keine Zukunft zu bieten hat...“* (S.224)

Die Stärke des Buches liegt im Faktenreichtum, in der Detailkenntnis und in der Fähigkeit, die Zusammenhänge innerhalb der konkret untersuchten Situationen aufzudecken.

Die Schwäche des Buches besteht darin, dass der Autor sich nicht auf der Grundlage der Marschen ökonomischen Wissenschaft bewegt, auch hat er offensichtlich nichts von Lenins Imperialismusanalyse gehört. Deshalb bleiben alle hier vorgelegten Analysen in der Weise oberflächlich, dass sie nicht in den Gesamtzusammenhang der Bewegung des Kapitals - welchen man nunmal nur auf Grundlage des Marxismus-Leninismus begreifen kann - eingebettet sind. Dem entsprechend kommt das Buch hin und wieder in die Gefahr, die Bedeutung und die Selbstständigkeit des Finanzsektors in der kapitalistischen Ökonomie zu überschätzen.

Das Buch ersetzt also nicht eine marxistisch-leninistische Analyse der weltwirtschaftlichen Bewegungen des Kapitals, damit des Imperialismus und daraus abgeleitet der Entwicklung der innerimperialistischen Konkurrenzen und der jeweiligen Strategien sowohl ökonomischer und politischer wie auch militärischer Art. Nur können wir Kommunisten/innen aber auch nicht gerade prahlen, denn diese eben erwähnte Grundlagenforschung sind wir zur Zeit nicht in der Lage zu leisten, sie fehlt uns schmerzlich. Ihr Fehlen ist indes kein Wunder, denn die Forschungskapazitäten der kommunistischen Bewegung sind seit der Konterrevolution und der weiten Verbreitung revisionistischer Vorstellungen sehr begrenzt.

Trotz seiner Schwächen ist das Buch aber für all diejenigen empfehlenswert, die sich mit der Weltwirtschaft beschäftigen oder beschäftigen wollen, die sich für Zusammenhänge, die im Konkreten nachgewiesen werden, grundsätzlich interessieren oder diejenigen, die ein spezielles Interesse z.B. an Jugoslawien, Südafrika, der Konterrevolution in der UdSSR oder der vergangenen Krise 2008 und deren Folgen für Europa haben.

Ich habe das Buch mit großem Gewinn gelesen.

Frank Flegel

Ernst Wolf: Weltmacht IWF. Chronik eines Raubzuges. Tectum-Sachbuch. Tectum-Verlag Marburg, 2014. ISBN: 978-3-8288-3329-6

Leserbriefe

Ingo Wagner: Keine historische Zukunft

Die Antwort von Frank Flegel auf meinen Beitrag in offen-siv 3-2014 habe ich gelesen. Überrascht war ich keinesfalls, ich habe sie bereits so erwartet, als ich sie schrieb. Ein „Super-Gau“ für mich war sie keinesfalls.

In aller Kürze. Flegel unterschlägt mit seinen „Auszügen“ aus meiner Arbeit deren durchgängige Grundintention. Er spricht an einigen Stellen von „kommunistischer Bewegung“, die er wahrscheinlich selbst repräsentiert mit der Befugnis, „aus den kommunistischen Kreisen“ nach seinem Gusto zu „enttarnen“, „auszuschließen“ usw. ***Diese Richtung hat keine historische Zukunft. Sie ist in meiner Sicht der Sargnagel für die am Boden liegende kommunistische Bewegung.*** Diese meine Einschätzung hat mich trotz aller Meinungsverschiedenheiten noch nie dazu verführt, diesen Genossen die kommunistische Gesinnung abzusprechen, sie zu Feinden zu erklären, wie dies Flegel praktiziert. Und was mit solchen Feinden in der Vergangenheit passierte, ist ja hinreichend bekannt. Ich habe gerade über Michael Benjamin gelesen. Einen an Kurt Gossweiler gerichteten Brief führte er so ein: „Michael Benjamin gehört nicht zu denen, die sich die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung schönreden, besonders da wo sie hässliche Züge aufwies. Mischa zeigte sich entsetzt, daß Gossweiler ausgerechnet die dunkelsten Seiten unserer Geschichte hinwegzureden oder zu rechtfertigen versucht. Wir schaden in schrecklicher Weise unserer eigenen Sache, wollen wir das Unbestreitbare und Offensichtliche nicht zur Kenntnis nehmen. ... Michael Benjamin wollte den Dialog zwischen differierenden linken Positionen und einen linken Pluralismus, der respektvoll auszuhalten sei. ... Und er bekundete seine Hochachtung und Solidarität gegenüber dem Historiker und Antifaschisten Kurt Gossweiler. So war Mischa“. (Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, 6/ 2014, S. 29)

Ich weiß natürlich, daß man mit Fanatikern nicht diskutieren kann. Und deshalb habe ich nicht den Wunsch, diese Debatte fortzuführen, die bereits jetzt Züge von Abrakadabra und Hokuspokus aufweist. Und es kommt noch ein anderer Grund hinzu. Der von mir hochgeschätzte Fidel Castro meinte jüngst, daß der das Privileg hat, 88 Jahre alt zu werden. Dieses Privileg habe ich mit meinen 89 Jahren bereits überschritten. Ergo. Es gilt, die mir verbleibende Lebenszeit vernünftig für die kommunistische Sache, mit der ich seit 1945 verbunden bin, zu nutzen. Meine Arbeit war ein Appell an die Vernunft in unserer Zeit, der allerdings auf ihre Zerstörung stieß. Und was ich an dieser Stelle noch anmerken möchte: offen-siv stellt umfangreiche Literatur von Autoren vor, die die „Sache aus der Ferne“ – aus welchen Gründen auch immer –

einschätzen. Ich habe bei meinen Forschungen auf diese Literatur, die ich auch mehr oder weniger kenne – stets verzichtet und mich auf die Erkenntnisse der Genossen gestützt, die unmittelbar an diesem Geschehen des Geschichtsablauf beteiligt waren. Das betrifft nicht nur Kalt, sondern viele andere Akteure; ich denke zum Beispiel an Werner Eberlein, der mir wertvolle Erkenntnisse mit seinen „Erinnerungen“ vermittelte.

Abschließend, ich wiederhole: Ich gehe davon aus, daß der Marxismus nicht passé ist. Er zeigt nach der Niederlage, die der internationale Sozialismus hinnehmen musste, den historischen Ausweg aus der kapitalistischen Orientierungslosigkeit des Spätkapitalismus in eine neue Gesellschaft. Das sollte man deutlich sehen und begreifen und mit der Frage nach einer Strategie für die Zukunft des Sozialismus stellen. Wir befinden uns in einer nichtrevolutionären Etappe, in der es gilt, intensiv über die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie nachzudenken. Für den politisch-praktischen Weg des Ausbruchs aus den Fesseln des Spätkapitalismus bedarf es allerdings der Herausbildung eines subjektiven Faktors für einen sozialistischen Neuanfang – den intellektuellen moralischen und politischen Einsatz vor allem der werktätigen Menschen, für diese sozialistische Zukunft zu kämpfen. Diese Formierung kann jedoch nur auf der Grundlage eines weiterentwickelten Marxismus für das 21. Jahrhundert eine geschichtsmächtige Kraft werden – gestützt auf Lenins Denkmethode. Sie involviert, daß sowohl die marxistische Theorie als auch die gesellschaftliche Praxis, die sie anleitet, permanent im Werden begriffen sind. Insofern ist marxistische Theorie immer ungeschlossen und offen. Sie verlangt stets nach ihrer eigenen dialektischen Erneuerung. Sie ist mit Vorstellungen einer automatischen geschichtlichen Entwicklung unvereinbar. Marx hat gegen diese Denkweise sein Verständnis der Dialektik gerichtet. Denn für sie kommt sie einer babylonischen Gefangenschaft gleich. Sie ist ebenfalls mit einer Pluralisierung des Marxismus, der sich welthistorisch nur historisch differenziert durchsetzen kann, unvereinbar. ***Die Wiederaufrichtung eines sozialistischen subjektiven Faktors heute verlangt in meiner Sicht die Geburt einer kommunistischen Partei neuen Typs als Kompaß für die Zukunft.*** Von der Umsetzung dieser ***Notwendigkeit*** hängt die kommunistische Zukunft ab. Eine solche Partei muß die Frage nach der historisch-permanenten Endkrise des imperialistischen Spätkapitalismus beantworten: Wohin gehst Du! Kapitalismus heute! Sie muß die Kontur eines weiterentwickelten Marxismus für das 21. Jahrhunderte zeichnen und ein Ausbruchsprogramm aus dem Stamokap-Imperialismus erarbeiten und über die Aktualität des Kommunismus nachdenken. All dies verlangt, den historischen Blick nach vorn zu richten. Ich stimme Hans Heinz Holz prinzipiell zu, daß die marxistische Theorie als eine dialektische und an der Wirklichkeit orientierte Theorie imstande ist, Veränderungen in sich aufzunehmen und in ihrer Begrifflichkeit auszudrücken. Sie

enthält genügend Variablen, „um den geschichtlichen Prozeß gegenüber nicht zu versteinern. ... In diesem Sinne ist der Marxismus ein ‚offenes‘ System.“

Zu diesen Themen könnte ich mich auch künftig in offen-siv zu Wort melden. Da ich in offen-siv vieles Interessante und Zutreffendes lese, werde ich diese Zeitschrift natürlich weiter lesen.

Nach wie vor: Mit kommunistischen Grüßen!

Ingo Wagner

Tassilo Redlich: Zum Thema machen

Lieber Frank,

ich habe gerade Deinen Artikel gelesen „Wege des Revisionismus“. Hervorragend! Gefällt mir. Wir treffen uns ohnehin heute, also meine Kollegen und ich hier in Fürstenwalde, da werde ich das gleich zum Thema machen.

Rotfront!

Tassilo Redlich

Eberhard Kornagel: Viel gelernt

Lieber Frank,

nachdem ich Deine Geduld mit Professor Ingo Wagner kennengelernt habe und die Erläuterungen, was Revisionismus ist und bedeutet, gelesen und dabei viel gelernt habe, weiß ich jetzt: ich stehe bewußt auf Ervins, Dieters, Kurts und Deiner Seite.

Herzliche Grüße sendet Dir Eberhard

Werner Neubert: Nichts mehr hören

An Redaktion offen-siv, Gen. Flegel

Hiermit beende ich mein Abonnement bei Euch. Ich war ja schon einiges gewohnt von Euch, dass Ihr aber auch noch die angeblichen Geständnisse von Bucharin, Sinowjew und Kamenew in Eurer Argumentation verwendet, schlägt dem Fass den Boden aus.

Ich will von Euch nichts mehr hören.

W. Neubert

Zbigniew Wiktor: Großes Interesse

Lieber Genosse Frank Flegel,

schöne kommunistische Grüße aus Polen, auch im Namen der KPP. Vielen Dank für die jeweiligen Ausgaben der „offen-siv“, die ich bekomme und gern lese. Sie geben mir viel Neues nicht nur zur Geschichte der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung. Großes Interesse erweckte bei mir die letzte Ausgabe, Nummer 8-2014 – „Zur Geschichte der Sowjetunion“.

Herzliche Umarmung und beste Wünsche,

Prof. Zbigniew Wiktor

Brigitte Queck: Uranwaffengegner ehrliche Makler?

Warum haben die „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ die Petition der Internationalen Koalition zur Ächtung von Uranwaffen NICHT mit unterzeichnet? Der deutsche Mediziner Professor Dr. Günther war der erste in der Welt, der den Beweis erbracht hat, dass es sich bei „DEPLETED URANIUM-WAFFEN“ (Kugeln, Granaten und Bomben) um atomare Waffen handelt!

Warum wird diese Erkenntnis bis heute verschwiegen? Weil die NATO diese Waffen aufgrund ihrer Durchschlagskraft in Kriegsgebieten weiter einsetzen will, deklarieren die US/NATO diese einfach als konventionelle, also herkömmliche, Waffen.

Gewisse Organisationen aber, leider auch die ICBU, spielen dieses Spiel mit, indem sie diese Uranwaffen, als Waffen deklarieren, die völlig neuartig seien und die es deshalb zu verbieten gelte. Die Krux aber ist, dass „Depleted Uranium-Waffen“ atomare Waffen sind und der Einsatz atomarer Waffen vom Internationalen Gerichtshof bereits im Jahre 1996 verboten wurde!

Ein Glück ist, dass sich nicht alle Wissenschaftler bestechen, bzw. den Mund verbieten lassen. So haben auch Schweizer Wissenschaftler den Beweis angetreten, dass es sich bei „Depleted Uranium-Waffen“ um atomare Waffen handelt. Dr. med. Andreas Bau und Dr. sc. nat. Hans Könitzer haben dazu in der Schweizer Zeitung „Zeitfragen“ Nr. 23 bereits am 8. Juni 2009, unter: „Funktion und Bedeutung von Kalium für den menschlichen Körper“ Folgendes geschrieben: *„Untersuchungen von Bodenproben aus Serbien (es handelt sich dabei um Erde aus Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens, die von der NATO 1999 mit „Depleted Uranium-Waffen“ bombardiert wurden, d. Verf.) haben weitere Resultate zutage gefördert. Man fand nicht nur Uran und dessen Zerfallsprodukte, sondern weitere radioaktive Elemente/Substanzen. Diese Befunde werfen schwerwiegende Fragen auf - etwa das vorgefundene Isotopenver-*

hältnis im Kalium, was so in der Natur nicht vorkommt, in keinem Zusammenhang mit den Zerfallsprodukten von Uran steht, aber als Folge von Kernwaffenversuchen bekannt ist.

Nach der Bombardierung der nationalen Fernsehstation im Zentrum Belgrads waren zwei Leichname der 16 getöteten Fernsehmitarbeiter nicht auffindbar. Sie seien buchstäblich „verdampft“, wird im Film „Jugoslawien: der vermeidbare Krieg“ berichtet wird. Die Hitzeeinwirkung der eingesetzten Munition muss immens gewesen sein – so groß, dass als Erklärung nur der Einsatz radioaktiver Waffen bzw. einer erfolgten Nuklearexplosion im Kleinformat in Frage kommt. Wurde hier eine neue Generation von Nuklearwaffen getestet?

Eine Analyse der Bodenproben aus Serbien hat einen außerordentlichen Anteil von Kalium 40 ergeben, 100 Mal so hoch wie bei der natürlichen Isotopenverteilung. Kalium 40 kommt nicht in den Zerfallsreihen von Thorium oder Uran als Zerfallsprodukt vor. Dies schließt Uran als Ausgangsmaterial für Kalium 40 aus. Kalium 40 kann nur entstehen durch eine strahlenverursachte Umwandlung eines anderen Elements. So entsteht beispielsweise aus dem nicht radioaktiven Calcium 40 durch Neutronenbeschuss das radioaktive Kalium 40. Weil ferner die Analyse der Proben einen Hinweis auf eine erhöhte Konzentration weiterer radioaktiver Isotope wie Kohlenstoff 14 und Beryllium 10 gibt, muss man davon ausgehen, dass die erwähnten Radioisotope durch Kernreaktionen an Ort und Stelle erst gebildet wurden.

Das deutet auf den Einsatz von Waffen hin, bei denen die entsprechenden Kernreaktionen stattfinden (taktische Atomwaffen).“

Diese Tatsache muss endlich alle Atomkraftgegner auf den Plan rufen, die blauäugig, oder aus anderen Gründen „Depleted Uraniumwaffen“ weiterhin nicht als Atomwaffen der neueren Generation bezeichnen!

Aber auch für die Völkerrechtler ist dieser Umstand eine dringende Aufgabe, die US/NATO auf ihre internationalen Verpflichtungen hinzuweisen und im Interesse der Erhaltung der Spezies Mensch von ihnen zu fordern, keine atomaren Waffen in Kriegsgebieten einzusetzen!

Brigitte Queck, 15.11.2014

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt